

UNSER GENOZID

Übersetzt mit Hilfe von DeepL von Arne Andersen

Die Links und Quereweise sind vom Original übernommen.

Die Originalquelle befindet sich unter:

https://www.btselem.org/sites/default/files/publications/202507_our_genocide_eng.pdf



Juli 2025

| | | |
|----|---|----|
| 1. | EINLEITUNG | 4 |
| 2. | WAS IST GENOZID? | 10 |
| 3. | METHODIK | 14 |
| 4. | DER ISRAELISCHE VÖLKERMORD AN DEN PALÄSTINENSERN | 16 |
| | A. Tötung und schwere körperliche und seelische Schädigung | 19 |
| | Tötung und schwere Körperverletzung und psychische Schädigung im Gazastreifen | 19 |
| | Luftangriffe und Vertreibung der Bevölkerung | 19 |
| | Vorschriften zum Schusswaffengebrauch und Sperrzonen | 21 |
| | Verwundete Personen und fehlende medizinische Versorgung | 22 |
| | Indirekte Todesfälle | 23 |
| | Psychische Traumata | 24 |
| | Tötung und schwere körperliche und seelische Verletzungen im Westjordanland | 26 |
| | Luftangriffe | 26 |
| | Politik der Schussabgabe | 27 |
| | Jüdische Milizen im Westjordanland | 28 |
| | Schwere psychische Belastung | 28 |
| | Tötung und schwere Körperverletzung sowie psychische Gewalt innerhalb Israels | 30 |
| | Verbrechen | 30 |
| | B. Zerstörung der Lebensbedingungen | 31 |
| | Zerstörung der Lebensbedingungen im Gazastreifen | 31 |
| | Hunger und Zerstörung der Lebensmittelinfrastruktur | 31 |
| | Einsatz von Hunger als Kriegsmittel | 33 |
| | Routinemäßige Tötungen in „Hilfsgüterverteilungszentren“ | 34 |
| | Zerstörung der Strom- und Wasserversorgung | 35 |
| | Angriffe auf das Gesundheitssystem | 35 |
| | Domizid (Zerstörung von Wohnraum) | 39 |
| | Wirtschaftliche Zerstörung | 39 |
| | Zerstörung der Lebensbedingungen im Westjordanland | 41 |
| | Domizid (Zerstörung von Wohnraum) und Bewegungsbeschränkungen | 41 |
| | Wirtschaftliche Zerstörung | 42 |
| | Zerstörung der Wasser- und landwirtschaftlichen Infrastruktur | 42 |
| | Angriff auf das Gesundheitssystem | 44 |
| | C. Zwangsumsiedlung | 45 |
| | Zwangsumsiedlung im Gazastreifen | 45 |
| | Vertreibung in der Westbank | 47 |
| | Zwangsvvertreibung innerhalb Israels | 49 |
| | D. Soziale, politische und kulturelle Zerstörung | 50 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Soziale, politische und kulturelle Zerstörung im Gazastreifen | 50 |
| Die Ausbreitung der Anarchie | 50 |
| Angriff auf die Familie | 51 |
| Angriff auf das Bildungswesen | 55 |
| Beeinträchtigung der Berichterstattung in den Medien | 56 |
| Angriffe auf das historische und religiöse Erbe | 56 |
| Soziale, politische und kulturelle Zerstörung im Westjordanland | 57 |
| Angriff auf das Bildungswesen | 57 |
| Angriffe auf das historische Erbe und religiöse Rituale | 57 |
| Soziale, politische und kulturelle Zerstörung innerhalb Israels | 58 |
| Zensur und Unterdrückung von Meinungsfreiheit | 58 |
| Verbrechen | 59 |
| E. Das Gefängnisssystem als Netzwerk von Folterlagern | 61 |
| F. Angriff auf den Status der palästinensischen Flüchtlinge | 63 |
| G. Anstiftung zum Völkermord und Entmenschlichung seit Oktober 2023 | 65 |
| 5. Völkermord als Prozess | 71 |
| A. Grundlagen des Regimes (1948–2023) | 71 |
| Das israelische Apartheidregime – Demografische Manipulation, ethnische Säuberung und Trennung | 72 |
| Trennung | 73 |
| Demografische Manipulation und ethnische Säuberung | 74 |
| Mechanismen der Entmenschlichung und Darstellung der Palästinenser als existenzielle Bedrohung | 75 |
| Kultur der Straflosigkeit | 78 |
| B. Der Angriff vom 7. Oktober 2023: Ein auslösendes Ereignis | 81 |
| C. Ausnutzung der Gelegenheit durch eine rechtsextreme Regierung | 84 |
| 6. SCHLUSSFOLGERUNG | 86 |

1. EINLEITUNG

Seit Oktober 2023 hat Israel seine Politik gegenüber den Palästinensern grundlegend geändert. Nach dem von der Hamas angeführten Angriff am 7. Oktober 2023 startete Israel eine intensive Militäraktion im Gazastreifen, die auch mehr als 20 Monate später noch andauert. Die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen umfassen Massenmorde, sowohl durch direkte Angriffe als auch durch die Schaffung katastrophaler Lebensbedingungen, die weiterhin zu einer hohen Zahl von Todesopfern führen; schwere körperliche oder seelische Schädigungen der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens; die großflächige Zerstörung der Infrastruktur; die Zerstörung des sozialen Gefüges, einschließlich Bildungseinrichtungen und palästinensischer Kulturstätten; Massenverhaftungen und Misshandlung von Häftlingen in israelischen Gefängnissen, die faktisch zu Folterlagern für Tausende von Palästinensern geworden sind, die ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden; Massenvertreibungen, einschließlich Versuchen der ethnischen Säuberung und der Erklärung dieser zu einem offiziellen Kriegsziel; sowie einen Angriff auf die palästinensische Identität durch die vorsätzliche Zerstörung von Flüchtlingslagern und Versuche, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) zu untergraben. Die Folgen dieses umfassenden Angriffs auf den Gazastreifen sind schwerwiegend und zumindest teilweise irreparabel und betreffen mehr als zwei Millionen Menschen, die als Teil des palästinensischen Volkes im Gazastreifen leben.

Eine Untersuchung der Politik Israels im Gazastreifen und ihrer schrecklichen Folgen sowie Aussagen hochrangiger israelischer Politiker und Militärkommandeure zu den Zielen des Angriffs führen zu der eindeutigen Schlussfolgerung, dass Israel koordinierte Maßnahmen ergreift, um die palästinensische Gesellschaft im Gazastreifen absichtlich zu zerstören. Mit anderen Worten: Israel begeht Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen.

Der Begriff Völkermord bezeichnet ein sozio-historisches und politisches Phänomen, das in der gesamten Menschheitsgeschichte vorkommt. Seit der Unterzeichnung der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes im Jahr 1948 (die 1951 in Kraft trat) gilt Völkermord auch als eines der schwersten Verbrechen im Völkerrecht, das Handlungen umfasst, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Völkermord ist weder moralisch noch rechtlich unter irgendwelchen Umständen, zu rechtfertigen auch nicht als Akt der Selbstverteidigung.

Völkermord wird durch mehrere parallele Praktiken über einen längeren Zeitraum hinweg begangen, wobei Massenmorde nur eine davon sind. Die Zerstörung der Lebensbedingungen, manchmal in Konzentrationslagern oder Lagern, der systematische Versuch, die Fortpflanzung zu verhindern, weit verbreitete sexuelle Gewalt gegen Gruppenmitglieder oder deren Massenvertreibung können – und gehören im Laufe der Geschichte auch – zu den Mitteln, die Staaten oder herrschende Behörden einsetzen, um ethnische, nationale, rassische, religiöse und andere Gruppen zu vernichten. Dementsprechend sind genozidale Handlungen verschiedene Maßnahmen, die darauf abzielen, eine bestimmte Gruppe im Rahmen einer bewussten, koordinierten Anstrengung einer Regierungsbehörde zu vernichten.

Völkermord findet immer in einem bestimmten Kontext statt: Es gibt Bedingungen, die ihn ermöglichen, auslösende Ereignisse und eine Leitideologie. Die derzeitigen Angriffe auf das palästinensische Volk, auch im Gazastreifen, müssen vor dem Hintergrund von mehr als siebenzig Jahren verstanden werden, in denen Israel den Palästinensern ein gewalttätiges und diskriminierendes Regime aufgezwungen hat, das gegenüber den Menschen im Gazastreifen seine extremste Form annimmt.

Wie alle Regime ist auch das israelische Regime ein System, das einer zugrunde liegenden Logik folgt und staatliche Mechanismen einsetzt, um seine Ziele zu erreichen. Als Teil eines umfassenderen Siedlerkolonialismus, der die Beziehungen zwischen Juden und Palästinensern seit den Anfängen der zionistischen Besiedlung geprägt hat, arbeitet das israelische Regime daran, die Vorherrschaft der Juden über die Palästinenser zu sichern – wirtschaftlich, politisch, sozial und kulturell. Zu diesem Zweck hat das Apartheid- und Besatzungsregime Mechanismen der gewaltsamen Kontrolle, der demografischen Manipulation, der Diskriminierung und der Fragmentierung der palästinensischen Gemeinschaft institutionalisiert. Diese vom Regime geschaffenen Grundlagen ermöglichten es, unmittelbar nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 einen Völkermordversuch gegen die Palästinenser zu starten. B'Tselem hebt insbesondere drei grundlegende Elemente hervor:

- das Leben unter einem Apartheidregime, das Trennung, demografische Manipulation und ethnische Säuberung erzwingt;
- den systematischen und institutionalisierten Einsatz von Gewalt gegen Palästinenser, während die Täter straffrei bleiben;
- und institutionalisierte Mechanismen der Entmenschlichung und Darstellung der Palästinenser als existenzielle Bedrohung.

Solche Bedingungen können über einen längeren Zeitraum bestehen, ohne dass es zu einem Völkermord kommt. Oft ist ein gewalttätiges Ereignis, das bei der Tätergruppe ein Gefühl der existenziellen Bedrohung hervorruft, der Auslöser für das herrschende System, einen Völkermord zu begehen. Der Angriff der Hamas und anderer palästinensischer bewaffneter Gruppen am 7. Oktober 2023 war ein solcher Auslöser.

Der grausame Angriff, der sich hauptsächlich gegen Zivilisten richtete, umfasste zahlreiche Kriegsverbrechen und wahrscheinlich auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er kostete 1.218 Israelis und Ausländern das Leben, darunter 882 Zivilisten, und war mit umfangreichen und schweren Gewalttaten, einschließlich sexueller Gewalt, verbunden. Zehntausende Menschen wurden verletzt und 252 Menschen in den Gazastreifen entführt – die meisten von ihnen Zivilisten, darunter Frauen, ältere Menschen und Kinder. Das jüngste entführte Kind war ein neun Monate altes Baby, das zusammen mit seinem dreijährigen Bruder und ihrer Mutter während der Gefangenschaft im Gazastreifen getötet wurde. Für die Israelis lösten allein schon die Tatsache des Angriffs, sein Ausmaß und seine Folgen ein Maß an Angst und existenzieller Bedrohung aus, das zu tiefgreifenden sozialen und politischen Veränderungen in der israelischen Gesellschaft führte. Diese wiederum lösten einen Wandel in der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern im Gazastreifen aus: von Unterdrückung und Kontrolle zu Zerstörung und Vernichtung.

Der israelische Völkermord findet im Gazastreifen statt, wo die Gewalt des Regimes gegen die Palästinenser in ihrer extremsten und tödlichsten Form ausgeübt wird. Der Angriff auf Gaza kann jedoch nicht losgelöst von der eskalierenden Gewalt betrachtet werden, die in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlicher Form gegen Palästinenser im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und innerhalb Israels ausgeübt wird.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Gemeinsamkeiten zwischen diesen Gebieten zu beachten: Letztendlich operieren in Gaza und in den anderen Gebieten dieselben Truppen unter denselben Befehlshabern und derselben politischen Führung. Die Vorgehensweise Israels in anderen Gebieten spiegelt oft die in Gaza angewandte Logik wider: völlige Missachtung menschlichen Lebens, schwere Verletzungen Unschuldiger, weitreichende Zerstörung von Wohngebieten und Lebensgrundlagen, ethnische Säuberungen und eklatante Missachtung moralischer Verpflichtungen und des Völkerrechts. Gleichzeitig drohen viele hochrangige Militärs und Politiker, die derzeit in Gaza gegen Palästinenser eingesetzten Gewaltmittel auch in anderen Gebieten anzuwenden.

In diesen Gebieten werden wie in Gaza tödliche Verbrechen an Palästinensern begangen, ohne dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Die Gewalt und Zerstörung in diesen Gebieten verschärften sich mit der Zeit, ohne dass wirksame nationale oder internationale Mechanismen greifen, um sie zu stoppen. Infolgedessen werden diese Verbrechen in den Augen von Soldaten, Kommandeuren, Politikern, Medienvertretern und Israelis im Allgemeinen normalisiert.

Während das israelische Regime in dem Gazastreifen Völkermord begeht, kontrolliert es weiterhin das Leben der Palästinenser im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und innerhalb Israels. Angesichts der anhaltenden, eindeutigen Eskalation der israelischen Gewalt gegen Palästinenser in all diesen Gebieten – die selbst sehr schwere Verbrechen umfasst – müssen wir ein sofortiges Ende des israelischen Völkermords an den Palästinensern im Gazastreifen fordern und vor der eindeutigen und unmittelbaren Gefahr warnen, dass der Völkermord nicht auf den Gazastreifen beschränkt bleiben wird.

Verteidigung der Menschenrechte angesichts des Völkermords

B'Tselem ist eine israelische Menschenrechtsorganisation, die Schäden dokumentiert und untersucht, die Palästinensern unter dem Apartheid- und Besatzungsregime Israels zugefügt werden. Im Namen der Pflicht, Menschen, ihr Leben, ihre Würde und ihre individuellen und kollektiven Rechte zu schützen, setzt sich B'Tselem seit über 35 Jahren dafür ein, Israels systematische Verletzungen der Menschenrechte der Palästinenser aufzudecken.

Der Name B'Tselem bedeutet auf Hebräisch „nach dem Bild [Gottes]“ und stammt aus dem Bibelvers „Und Gott schuf den Menschen nach seinem Bild, nach dem Bild Gottes schuf er ihn“ (Genesis 1:27). Er spiegelt den Grundsatz des innewohnenden Wertes allen menschlichen Lebens wider. Diese moralische Grundlage leitet die Arbeit der Organisation seit ihrer Gründung.

Über Jahrzehnte hinweg haben wir Erfahrungen im Bereich der Menschenrechte gesammelt, ein tiefes Verständnis für die Mechanismen der Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch Israel entwickelt und Hunderte von Berichten und Positionspapieren veröffentlicht. B'Tselem dokumentiert Vorfälle vor Ort, deckt Israels Handlungen und Verbrechen auf, analysiert die Politik, die dahintersteht, und identifiziert die politischen, sozialen und staatlichen Mechanismen, die diese ermöglichen. Auf der Grundlage der von uns gesammelten Informationen und der daraus gezogenen Schlussfolgerungen verpflichten wir uns, eindeutige Positionen und Forderungen zur Lage der Menschenrechtsverletzungen und zu den Maßnahmen zu ihrem Schutz zu vertreten.

Im Jahr 2021 schloss sich B'Tselem vielen anderen an , allen voran palästinensischen Organisationen und Aktivisten, die seit Jahrzehnten das israelische Regime als Apartheidregime identifiziert hatten. Wir schrieben:

Im gesamten Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan setzt das israelische Regime Gesetze, Praktiken und staatliche Gewalt ein, um die Vorherrschaft einer Gruppe – der Juden – über eine andere – die Palästinenser – zu festigen. Eine wichtige Methode zur Erreichung dieses Ziels ist die unterschiedliche Gestaltung des Raums für jede Gruppe.

Die formalen Grundlagen dieses Regimes wurden bei der Gründung des Staates Israel auf der Grundlage bereits bestehender ideologischer Grundlagen gelegt. Von Anfang an hatte es ein klares Ziel: die Vorherrschaft der jüdischen Gruppe im gesamten von Israel kontrollierten Gebiet zu festigen. Das wichtigste Instrument zur Verwirklichung dieses Leitprinzips war die Errichtung eines Apartheidregimes (das im Gegensatz zur historischen und politischen Situation in Südafrika nie offiziell als solches erklärt wurde und von den israelischen Regierungen sogar konsequent geleugnet wird). Dieses Regime zielt darauf ab, die Vorherrschaft einer Gruppe durch demografische Manipulation, Trennung, Steuerung des öffentlichen Diskurses, Indoktrination, Militarismus und natürlich durch die Anwendung von Gewalt und Zwang zu festigen.

Das Regime hat seine Praktiken in jedem seiner Kontrollgebiete unterschiedlich umgesetzt und im Laufe der Jahre viele Änderungen und Verfeinerungen vorgenommen. Das Kernziel bleibt jedoch dasselbe. Das gesamte israelische System – politisch, militärisch, öffentlich und rechtlich – ist darauf ausgerichtet, die jüdische Vorherrschaft aufrechtzuerhalten, wobei es sich auf eine falsche Rechtsstaatlichkeit beruft, während die Rechte der palästinensischen Untertanen in Wirklichkeit ungeschützt bleiben.

Als Menschenrechtsorganisation, die sich für die Beendigung und Verhinderung systematischer und weit verbreiteter staatlicher Gewalt gegen Palästinenser einsetzt, ist es unsere Pflicht, Menschenrechtsverletzungen vor Ort im Kontext zu analysieren und dabei das Regime, das sie begeht, und seine politische Logik zu berücksichtigen.

Wie bereits erwähnt, hat sich seit Oktober 2023 die Praxis der Unterdrückung und Schädigung von Palästinensern durch Israel sowohl als Einzelpersonen als auch als Gruppe erheblich verändert. Wir haben Augenzeugenberichte gesammelt und Hunderte von Vorfällen dokumentiert, bei denen palästinensische Zivilisten im gesamten von Israel kontrollierten Gebiet Opfer beispielloser und extremer Gewalt wurden, während wichtige Politiker und Militärkommandeure offen die vor Ort umgesetzten Maßnahmen verkündeten. Unzählige Beweise für die Folgen dieser Politik spiegeln den erschreckenden Wandel des gesamten israelischen Systems in seiner Behandlung der Palästinenser wider.

Bei B'Tselem arbeiten jüdische Israelis und Palästinenser aus dem Gazastreifen, dem Westjordanland, Ostjerusalem und Israel Seite an Seite, geleitet von der Überzeugung, dass die Verteidigung der Menschenrechte eine grundlegende menschliche und moralische Verpflichtung ist. Wir alle leben unter einem diskriminierenden Apartheidregime, das einige von uns allein aufgrund unserer jüdischen Identität als privilegierte Untertanen einstuft, während andere allein aufgrund ihrer palästinensischen Identität jeglichen Schutzes für unwürdig befunden werden. Gemeinsam kämpfen wir für das Recht aller Menschen, zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan ohne Diskriminierung, gewaltsame Unterdrückung und Vernichtung zu leben.

Während wir diese Zeilen schreiben, verschärft Israel seinen brutalen, gnadenlosen Angriff auf die Palästinenser. Als Menschen dieses Landes und als Menschenrechtsaktivisten ist es unsere Pflicht, Zeugnis abzulegen von den Zuständen, die wir und viele andere dokumentiert und untersucht haben. Es ist unsere Pflicht, die Realität, die wir erleben und durchleben, beim Namen zu nennen, sie zu berichten und den Opfern beizustehen.

Wir rufen die israelische Öffentlichkeit und die internationale Gemeinschaft auf, dringend zu handeln, um Israels Angriff auf die Palästinenser im Gazastreifen und in allen von Israel kontrollierten Gebieten unverzüglich zu beenden, und dabei alle Mittel einzusetzen, die nach dem Völkerrecht zur Verfügung stehen.

2.

WAS IST VÖLKERMORD?

Der Begriff *Völkermord* bezeichnet ein gesellschaftspolitisches Phänomen, das in der gesamten Menschheitsgeschichte vorkommt. Es gibt verschiedene Definitionen dafür, aber im Grunde genommen ist Völkermord die **vorsätzliche, gewaltsame Vernichtung einer ethnischen, nationalen, religiösen oder rassischen Gruppe** oder der Versuch dazu, wodurch dieser Gruppe als solcher schwere und irreparable Schaden zugefügt wird. Nach der Definition von Raphael Lemkin, dem jüdisch-polnischen Juristen, der den Begriff geprägt hat, ist Völkermord ein „koordinierter Angriff“ auf verschiedene Aspekte des Lebens einer bestimmten nationalen, ethnischen, religiösen oder rassischen Gruppe durch verschiedene Maßnahmen, die auf die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Gruppe abzielen, mit dem Ziel, die Gruppe zu vernichten.

Seit der Verabschiedung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 gilt Völkermord auch als eines der schwersten Verbrechen nach dem Völkerrecht. Er umfasst Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören. Moralisch und rechtlich kann Völkermord unter keinen Umständen gerechtfertigt werden, auch nicht als Akt der Selbstverteidigung. Im Jahr 1950 verabschiedete der Staat Israel das Gesetz über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes 5710-1950.

In den meisten Fällen umfasst Völkermord eine Reihe von langfristigen Verhaltensmustern und Praktiken, wobei direkte, massenhafte Tötungen nur eine davon sind. Die Zufügung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden an Mitgliedern der Gruppe, die Zerstörung von Lebensräumen und die Schaffung lebensbedrohlicher Bedingungen, oft innerhalb von Konzentrationszonen oder Lagern, der Versuch, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern, weit verbreitete sexuelle Gewalt gegen Gruppenmitglieder oder die Massenvertreibung von Gruppenmitgliedern können zu den Methoden gehören die Staaten oder herrschende Behörden anwenden um ethnische, nationale, rassische, religiöse oder andere Gruppen zu vernichten, und wurden in der Vergangenheit auch eingesetzt.

Wie in der UN-Konvention festgelegt und durch verschiedene historische Fälle verdeutlicht, bedeutet Völkermord nicht zwangsläufig den Versuch, alle Mitglieder einer Gruppe physisch zu töten. In der Konvention wird er definiert als „die ganz oder teilweise Zerstörung“ der Gruppe und kann sich auf eine bestimmte Untergruppe der Gruppe oder ein bestimmtes geografisches Gebiet, in dem sie lebt, konzentrieren (während für andere Mitglieder derselben Gruppe, die unter der Kontrolle desselben Regimes stehen, eine andere Politik gelten kann).

Dennoch erhöht der Völkermord an einem Teil der Gruppe die Gefahr, dass sich völkermörderische Handlungen auf weitere Teile der Gruppe ausweiten, da die Hinwendung eines Regimes zum Völkermord in der Regel darauf hindeutet, dass alle Mitglieder der Gruppe als Bedrohung wahrgenommen werden, dass ihr Leben entwertet wird und ihnen der Rechtsschutz entzogen wird. Es spiegelt auch die Ansicht wider, dass extreme Gewalt bis hin zur Vernichtung als praktikable, wirksame und sogar notwendige Lösung für die vermeintliche Bedrohung durch die Gruppe angesehen wird. Sobald staatliche Organe in einem Gebiet mit der Umsetzung eines Völkermords beginnen, neigen sie dazu, die Anwendung solcher Gewalt zu normalisieren und genießen sowohl im Inland als auch international Straffreiheit, wodurch ihre Anwendung in anderen Gebieten erleichtert wird

Völkermord kann selten ohne Zustimmung, Unterstützung und Legitimierung innerhalb der Tätergruppe durchgeführt werden. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass Gesellschaften, die Völkermord begehen, sich selbst oft nicht als solche erkennen. In der Regel wird die Völkermordkampagne von den direkten Tätern als legitimer Akt der Selbstverteidigung gegen einen existenziellen Feind wahrgenommen und von der breiten Öffentlichkeit auch so verstanden. Die soziale Legitimität, die extremer Gewalt in einem Bereich zugeschrieben wird, schafft die Grundlage für ihre Akzeptanz in anderen Bereichen und erhöht das Risiko von Gewalt durch das Regime gegen die gesamte Gruppe. Daher ist die Erkenntnis, dass Völkermord an einem Teil einer Gruppe oder an einem bestimmten Ort stattfindet, auch eine ernste Warnung: Sie signalisiert die mögliche Ausweitung ähnlicher Gewaltmuster auf andere Teile der Gruppe oder auf andere Gebiete.

Zur Konvention der Vereinten Nationen und zur rechtlichen Diskussion über die Frage des Völkermords

Die Konvention der Vereinten Nationen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 (die 1951 in Kraft trat) definiert mehrere Handlungen, die als Völkermord gelten, wenn sie mit der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören: Tötung von Mitgliedern der Gruppe; Verbrechen gegen die Menschlichkeit; vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen für die Gruppe oder eines Einzelnen unter Ausnutzung oder ohne Ausnutzung der Bewusstseinsrichtung und der politischen und/oder kulturellen und/oder sozialen Verhältnisse, auf die sie sich beziehen, die in einer derart Weise erfolgen, dass sie auf die Zerstörung des Gruppenlebens in einer wesentlichen Aspekten abzielt; und die gewollte Verhinderung von Geburten innerhalb der Gruppe.

Die internationalen Tribunale, die über die Fälle in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien entschieden haben, haben auch weit verbreitete sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt als Taten eingestuft. Somit stellen die Konvention und ihre rechtliche Auslegung klar, dass die vorsätzliche Zerstörung einer Gruppe durch verschiedene Handlungen erfolgen kann und in der Tat häufig erfolgt, wobei die direkte Tötung nur eine davon ist.

Die Definition der Konvention betont die zentrale Bedeutung der Absicht, eine Gruppe als solche zu vernichten. In rechtlicher Hinsicht wird diese Absicht häufig anhand von mens rea – dem mentalen Element, d. h. der Absicht, die Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten – und actus reus – den physischen Handlungen zur Umsetzung dieser Absicht, wie sie in der Konvention aufgeführt sind – beschrieben. Völkermord erfordert eine besondere Absicht (dolus specialis), die Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten, und jede der in der Konvention definierten Handlungen gilt nur dann als Völkermord, wenn sie mit dieser Absicht begangen wird. Internationale Gerichte, die sich mit Fällen von Völkermord oder mutmaßlichem Völkermord befassen, haben entschieden, dass Vorsatz nicht nur aus offiziellen Dokumenten und Erklärungen politischer oder militärischer Führer abgeleitet werden kann, sondern auch aus dem Verhaltensmuster des Staates oder der Kräfte, die die Verbrechen begehen, wenn dieser Vorsatz die einzige Schlussfolgerung ist, die sich vernünftigerweise aus diesem Verhalten ziehen lässt.

Es besteht eine inhärente Kluft zwischen der rechtlichen und der historischen Analyse von Völkermord. Die rechtliche Definition ist eng gefasst und wurde weitgehend von den politischen Interessen der Staaten geprägt, deren Vertreter sie formuliert haben. Aus historischer Sicht hat die gewaltsame Vernichtung von Gruppen sowohl in der fernen als auch in der jüngeren Vergangenheit auf vielfältige Weise stattgefunden, wobei viele dieser Fälle nicht mit der strengen rechtlichen Definition übereinstimmen. Die hohen Anforderungen der rechtlichen Norm und die vorherrschenden Auslegungen durch internationale Gerichte haben zu einer paradoxen Situation geführt, in der Völkermord in der Regel erst dann anerkannt wird, wenn ein erheblicher Teil der betroffenen Gruppe bereits vernichtet wurde und die Gruppe als solche einen irreparablen Schaden erlitten hat.

Der Fall Israel und Gaza veranschaulicht dieses Problem: Während die rechtliche Debatte darüber, ob Israel in dem Gazastreifen Völkermord begeht, sowohl wichtig als auch notwendig ist, besteht eine kritische Kluft zwischen der Zeit, die die formellen Rechtsinstitutionen, vor allem der Internationale Gerichtshof, benötigen, um verbindliche Entscheidungen zu treffen, und der Realität der Gesellschaft in Gaza, die vor unseren Augen zerstört wird. Die Folgen der vorsätzlichen Handlungen Israels werden mit der Zeit immer gravierender, während die internationale Gemeinschaft entweder passiv bleibt oder Israels Verbrechen aktiv unterstützt.

Dieser Bericht stützt sich auf die rechtliche Definition von Völkermord gemäß der UN-Konvention, verwendet jedoch einen breiteren analytischen Rahmen, der sich auf Raphael Lemkins ursprüngliches Konzept sowie auf historische und soziologische Forschungen stützt, um den Prozess zu untersuchen, der zum Völkermord in Gaza und zu den Völkermordhandlungen Israels im Gazastreifen geführt hat. Der Bericht analysiert die Bedingungen, die dem Oktober 2023 vorausgingen und den Boden für die Umsetzung des Völkermords nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober bereiteten, die Gründe, warum dieser Angriff zum Auslöser für den Völkermord wurde, und die Bandbreite der Praktiken, die Israel seit dem 7. Oktober in Gaza anwendet. Zusammengefasst stellen diese Praktiken einen koordinierten Angriff auf die wesentlichen Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft in Gaza dar, mit der Absicht, die Palästinenser in Gaza als Gruppe zu vernichten. Der Bericht untersucht auch, wie diese genozidalen Praktiken allmählich auf andere Gebiete übergreifen, in denen Israel Palästinenser kontrolliert, und warnt vor der Gefahr, die sie für die Palästinenser in diesen Gebieten sowohl als Einzelpersonen als auch als Gruppe darstellen.

3.

METHODIK

Dieser Bericht soll einen Überblick über die allgemeine Natur der Angriffe geben, die Israel seit Oktober 2023 gegen Palästinenser in allen von ihm kontrollierten Gebieten verübt, wobei der Schwerpunkt auf dem Völkermord im Gazastreifen liegt.

In den letzten 20 Monaten hat B'Tselem Daten, Informationen und Unterlagen zu Tausenden von Fällen von Tötungen, Verletzungen, Vertreibungen, Folter, Zerstörung von Häusern, Gebäuden und Infrastruktur sowie einer Vielzahl anderer Menschenrechtsverletzungen gesammelt, die vom israelischen Regime gegen Palästinenser im Gazastreifen, im Westjordanland (einschließlich Ostjerusalem) und innerhalb des Staatsgebiets Israels begangen wurden. Um ein möglichst vollständiges Bild vom Ausmaß des Schadens für die Palästinenser zu vermitteln, enthält dieser Bericht Informationen und Daten aus externen Quellen. Die Entscheidung, diese Informationen zu verwenden, beruhte unter anderem auf der immensen Schwierigkeit, die Handlungen Israels im Gazastreifen zu dokumentieren. Seit Beginn der aktuellen Offensive hat Israel den Zugang von Organisationen und Medien zum Gazastreifen in beispielloser Weise eingeschränkt und damit dessen Isolation von der Welt verschärft. Die Feldforscher von B'Tselem im Gazastreifen, die nach Monaten der Vertreibung, des Leidens und der ständigen Gefahr mit ihren Familien fliehen konnten, sammelten trotz der anhaltenden Schwierigkeiten, den Kontakt aufrechtzuerhalten, weiterhin Zeugenaussagen von Hunderten von Einwohnern per Telefon und Sprachnachrichten.

Da wir uns zur Einhaltung höchster Standards in Bezug auf Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit verpflichtet haben, stammen alle Daten in diesem Dokument, die nicht direkt von B'Tselem untersucht und überprüft wurden, aus den folgenden Quellen: Veröffentlichungen und Berichte von Menschenrechtsorganisationen, humanitären Organisationen, UN-Büros und -Gremien, Untersuchungen und Berichte von renommierten Medien, die sich der journalistischen Ethik und Datenüberprüfungsstandards verpflichtet haben, Gutachten von international anerkannten Fachleuten sowie Primärquellen wie Zeugenaussagen und überprüfte Unterlagen aus dem Feld. Darüber hinaus haben wir auf eine breite wissenschaftliche Literatur zurückgegriffen, die Fälle von Völkermord in verschiedenen Teilen der Welt im Laufe der Geschichte untersucht hat, sowie auf die Arbeit von Forschern, die weit verbreitete Praktiken im Schatten des anhaltenden Krieges in Gaza dokumentiert und ihre Ergebnisse in anerkannten wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht haben.

Die Analyse aller gesammelten Informationen wurde von B'Tselem auf der Grundlage seiner langjährigen Erfahrung in der Sammlung und Überprüfung von Informationen sowie der Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durchgeführt.

Was die Zahl der getöteten und verletzten Palästinenser im Gazastreifen angeht, stützt sich dieser Bericht auf Zahlen, die vom palästinensischen Gesundheitsministerium in Gaza veröffentlicht wurden. Diese Zahlen gelten weithin als zuverlässig und wurden von zahlreichen Organisationen und Forschern übernommen. Darüber hinaus werden sie im Vergleich zur tatsächlichen Zahl der Opfer des Angriffs allgemein als konservativ angesehen. Dies ist auf die Methodik zurückzuführen, die das Ministerium zur Berechnung der Opferzahlen verwendet: Bei den Todesfällen erfasst das Ministerium nur Leichen, die in Leichenhallen von Krankenhäusern gebracht werden, oder Todesfälle, die den Behörden von Angehörigen gemeldet werden. Daher sind in den Listen des Ministeriums keine Verstorbenen enthalten, deren Leichen noch nicht aus den Trümmern zerstörter Gebäude geborgen wurden, deren Überreste nicht identifiziert werden können, die ohne Benachrichtigung der Behörden in provisorischen Gräbern beigesetzt wurden oder ganze Familien, die getötet wurden und niemanden mehr haben, der ihren Tod melden kann. Das Gleiche gilt für die Zahl der Verletzten, die nur diejenigen umfasst, die offizielle medizinische Einrichtungen erreichen konnten, um behandelt zu werden. Die systematische Zerstörung des Gesundheitssystems in Gaza hat dazu geführt, dass viele Verletzte die wenigen verbliebenen Krankenhäuser im Gazastreifen, die mit der Zahl der Toten, Kranken und Verletzten überfordert sind, nicht erreichen können oder wollen.

Aufgrund der oben beschriebenen Einschränkungen und des schier beispiellosen Ausmaßes der Ereignisse gibt dieser Abschnitt nur einen Teilüberblick über das Ausmaß der Schäden, die in allen Bereichen des palästinensischen Lebens in den verschiedenen von Israel kontrollierten Gebieten entstanden sind. Wir schätzen, dass jahrelange Dokumentations- und Forschungsarbeit erforderlich sein wird, um das Ausmaß der Zerstörung, die zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch andauert, sowie die langfristigen persönlichen, kulturellen, sozialen und politischen Folgen, mit denen die Palästinenser in diesen Regionen in Zukunft zu rechnen haben, vollständig zu erfassen.

4.

DER VÖLKERMORD DER ISRAELIS AN DEM PALÄSTINENSISCHEN VOLK

Fast zwei Jahre unerbittlicher israelischer Angriffe haben den größten Teil des Gazastreifens in Schutt und Asche gelegt. Bis Mitte Juli 2025 wurden schätzungsweise 58.026 Menschen getötet, darunter überwiegend Zivilisten, die nicht an den Feindseligkeiten beteiligt waren. Die Zahl der Verletzten wird auf etwa 138.520 geschätzt. Alle Krankenhäuser sind zerstört oder nur noch teilweise funktionsfähig, ebenso wie der Großteil der zivilen Infrastruktur. Es ist davon auszugehen, dass die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens, insbesondere Kinder, die etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, derzeit unter physischen und psychischen Traumata unterschiedlichen Schweregrades leidet. Es ist zu erwarten, dass aufgrund der anhaltenden Feindseligkeiten und der Folgen der absichtlichen Aushungerung der Bevölkerung und der Behinderung humanitärer Hilfe durch Israel noch viele Menschen sterben oder schwere, dauerhafte körperliche und psychische Schäden davontragen werden. Seit Israel Anfang März 2025 den Waffenstillstand gebrochen hat, wurden täglich Hunderte Menschen im Gazastreifen getötet oder verletzt: durch Luftangriffe, Schüsse und Beschuss rund um „Hilfsgüterverteilungszentren“ sowie durch Unterernährung oder eine tödliche Kombination aus Hunger, in Gaza grassierenden Krankheiten, verseuchtem Wasser und einem zerstörten Gesundheitssystem.

Diese Realität ist eine direkte Folge der Politik Israels im Gazastreifen seit Oktober 2023, die nicht als Versuch gerechtfertigt oder erklärt werden kann, die Herrschaft der Hamas oder ihre militärischen Fähigkeiten im Gazastreifen zu zerstören. In Erklärungen hochrangiger israelischer Entscheidungsträger zur Art des Angriffs auf den Gazastreifen kam durchweg die Absicht zum Ausdruck, einen Völkermord zu begehen. Völkermordabsichten wurden auch in zahlreichen Äußerungen von israelischen Militärs aller Dienstgrade, von Soldaten vor Ort, von Militär- und Sicherheitsexperten sowie von israelischen Medien- und Kulturschaffenden zum Ausdruck gebracht. Diese Stimmen artikulierten eine Weltanschauung, die von Entscheidungsträgern und einem bedeutenden Teil der jüdisch-israelischen Gesellschaft geteilt wird, wonach alle oder die meisten Bewohner Gazas entweder direkt für die Verbrechen vom 7. Oktober verantwortlich sind oder diese zumindest unterstützen. Dementsprechend wurde für viele Entscheidungsträger sowie Soldaten und Kommandeure vor Ort das Bestreben, die Herrschaft der Hamas und ihre militärischen Fähigkeiten zu zerstören und künftige Angriffe wie den vom 7. Oktober zu verhindern, in die gezielte Bekämpfung der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens umgesetzt. Die totale Entmenschlichung der Bewohner Gazas hat zu einer unter jüdischen Israelis nach wie vor weit verbreiteten Auffassung geführt, dass ihr Leben im Vergleich zu den nationalen Zielen Israels nur einen geringen Wert hat, wenn nicht gar wertlos ist.

Diese Wahrnehmung zeigt sich in Israels Kriegsführung im Gazastreifen, die unter anderem Folgendes umfasst: massive, wahllose Bombardierung von Bevölkerungszentren; Aushungern von mehr als zwei Millionen Menschen als Kriegsmittel; Versuche der ethnischen Säuberung und die formelle Aufnahme der ethnischen Säuberung der Bewohner Gazas in die Kriegsziele; die systematische Zerstörung von Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen, die nach dem Völkerrecht besonderen Schutz genießen, sowie des größten Teils der zivilen Infrastruktur in diesem Gebiet; und die beispiellose Tötung von medizinischem Personal, Hilfskräften, Personen, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuständig sind, und Journalisten. Die Behauptung Israels, dass Hamas-Kämpfer oder Mitglieder anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen in medizinischen oder zivilen Einrichtungen anwesend waren, die oft ohne jegliche Beweise vorgebracht wird, kann eine derart weitreichende und systematische Zerstörung weder rechtfertigen noch erklären.

Dieses Verhaltensmuster zeichnet ein klares Bild eines breit angelegten, koordinierten Angriffs auf die Palästinenser im Gazastreifen mit der Absicht, die dortige palästinensische Gesellschaft als Gruppe zu zerstören. Seit Beginn im Oktober 2023 wird diese Politik von den meisten jüdisch-israelischen Bürgern und Institutionen, einschließlich des israelischen Rechtssystems, unterstützt, legitimiert und normalisiert.

Das Element der Absicht, ein wesentlicher Bestandteil der Definition von Völkermord, kommt angesichts mehrerer Faktoren eindeutig zum Vorschein: das Bewusstsein der israelischen Führung über die vorhersehbaren Folgen ihrer Politik des offenen Feuers und der Aushungerung; die systematische Zerstörung der zivilen Infrastruktur, die das Leben ermöglicht; die Entscheidung, den Angriff trotz zahlreicher Warnungen und Beweise für seine Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen fortzusetzen und sogar zu eskalieren; sowie zahlreiche Erklärungen von politischen Entscheidungsträgern, in denen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass Israel die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens ins Visier nimmt.

Eine gründliche rechtliche Untersuchung dieser Frage findet sich im Bericht von Amnesty International vom Dezember 2024 mit dem Titel „You Feel Like You Are Subhuman: Israel's Genocide Against Palestinians in Gaza“ (Du fühlst dich wie ein Untermensch: Israels Völkermord an den Palästinensern in Gaza); in der Arbeit von Physicians for Human Rights, die derzeit veröffentlicht wird; in den Schriftsätzen des südafrikanischen Rechtsteams, dessen Hauptargumente in der Klage (und den ergänzenden Beweismitteln während des Angriffs hinzugefügt) vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) dargelegt wurden; sowie in Berichten von Experten der Vereinten Nationen.

Während Israels Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen mit voller Wucht stattfindet, kann er nicht losgelöst von der starken Eskalation der Gewalt Israels gegen Palästinenser unter seiner Kontrolle im Westjordanland, in Ostjerusalem und innerhalb Israels selbst betrachtet werden. Das Regime und das Militär, die in Gaza Völkermord begehen, sind dieselben, die Flüchtlingslager bombardieren, Hunderte von Zivilisten töten und eine Politik der Zwangsumsiedlung und Enteignung in beispiellosem Ausmaß im gesamten Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, betreiben. Es ist dasselbe Regime, das ähnliche Maßnahmen der Vertreibung, Enteignung und Vernachlässigung in der Negev (Naqab) durchführt und eine Politik der Einschüchterung und Unterdrückung palästinensischer Bürger Israels verfolgt, die gegen Israels Vorgehen im Gazastreifen protestieren oder einfach nur ihre Solidarität mit den Palästinensern dort zum Ausdruck bringen. Dasselbe Regime ist fest entschlossen, den Palästinensern das Recht auf nationale Selbstbestimmung zu verweigern und jede Äußerung palästinensischer Identität zu unterdrücken. All dies deutet darauf hin, dass die Eskalation der israelischen Gewalt in Gaza allmählich auf andere Gebiete unter seiner Kontrolle übergreift, dass Sicherheitskräfte, die an einem Ort extreme Gewalt ausüben, sich daran gewöhnen, solche Gewalt auch anderswo und mit weniger Zurückhaltung anzuwenden, und dass eine Gesellschaft, die den Völkermord in Gaza legitimiert – durch Beteiligung, Unterstützung, Leugnung oder Gleichgültigkeit –, natürlich auch die zunehmende Gewalt gegen Palästinenser insgesamt legitimiert.

Die folgenden Abschnitte beschreiben den umfassenden Angriff auf die palästinensische Bevölkerung als Gruppe, indem sie in erster Linie Israels völkermörderische Praktiken im Gazastreifen dokumentieren und die eskalierende Gewalt gegen Palästinenser in allen von Israel kontrollierten Gebieten nachzeichnen. Wir konzentrieren uns dabei auf vier Hauptbereiche: Tötungen, physische Zerstörung, gewaltsame Vertreibung und die Zerstörung des politischen, kulturellen und sozialen Lebens. In den folgenden Abschnitten wird dargelegt, wie Israels Völkermord auch auf die palästinensische Identität abzielt, insbesondere durch Angriffe auf Flüchtlinge und den Status der palästinensischen Flüchtlinge. Abschließend analysieren wir wichtige Ausdrucksformen der Entmenschlichung und Aufstachelung gegen Palästinenser im Gazastreifen.

A. Tötung und schwere körperliche und seelische Schädigung

Tötung und schwere Körperverletzung und psychische Gewalt im Gazastreifen

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza sind bis Juli 2025 mehr als 58.000 Menschen als direkte Folge des israelischen Militärangeiffs auf den Gazastreifen getötet worden. Eine vom Ministerium im Juli 2025 veröffentlichte Aufschlüsselung zeigt, dass 15 % der Todesopfer Frauen, 29 % Minderjährige und 7 % ältere Menschen sind. Eine im Februar 2025 veröffentlichte Studie schätzt, dass in den ersten 12 Monaten des israelischen Angriffs die **Lebenserwartung der Männer in Gaza um 51,6 % auf 40,5 Jahre gesunken ist**, was einem Verlust von 34,9 Jahren im Vergleich zur Lebenserwartung vor dem Krieg entspricht. **Bei den Frauen sank die Lebenserwartung um 38,6 % auf geschätzte 47,5 Jahre**, was einem Verlust von 29,9 Jahren entspricht.

Mehrere im vergangenen Jahr veröffentlichte Studien deuten darauf hin, dass diese Zahlen eine Unterschätzung der Zahl der Todesopfer darstellen und dass die tatsächliche Zahl der Opfer der israelischen Angriffe wahrscheinlich viel höher ist. Die Dauer des Angriffs, das immense Ausmaß der Zerstörung der Infrastruktur und die Einschränkung des Zugangs humanitärer und Rettungsorganisationen nach Gaza sind nur einige der Faktoren, die zu dieser Unterschätzung beitragen, die das gesamte Ausmaß der von Israel seit Oktober 2023 in Gaza begangenen Verbrechen nicht erfasst.

Luftangriffe und Vertreibung der Bevölkerung

Diese Zahlen sind das direkte Ergebnis der von Israel gewählten Politik des Schusswaffengebrauchs, die systematisch gegen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts wie Unterscheidung und Verhältnismäßigkeit verstößt. Israel verfolgt eine Politik, die bei Angriffen auf vermeintliche militärische Ziele ein beispielloses Ausmaß an Schaden für unbeteiligte Zivilisten zulässt. Bei den aktuellen Angriffen hat Israel in großem Umfang technologische Mittel eingesetzt, um Ziele zu identifizieren und zu kriminalisieren, und Angriffe nach dem Ermessen von niedrigrangigen Soldaten und Kommandeuren vor Ort genehmigt. Diese Vorgehensweise ermöglicht es dem Militär, die Häufigkeit der Angriffe zu erhöhen und das Risiko für Soldaten zu verringern, wobei Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz Unschuldiger vernachlässigt werden.

Die Evakuierungsbefehle, die Israel an die Zivilbevölkerung in Gaza erteilte, angeblich um sie gemäß dem humanitären Völkerrecht vor Bombenangriffen oder militärischen Einfällen zu warnen, waren oft unklar oder irreführend und ließen den Bewohnern nicht genügend Zeit zur Evakuierung. Darüber hinaus bombardierte Israel wiederholt die „sicheren Korridore“, die die Binnenflüchtlinge (IDPs) nutzen sollten, um in „humanitäre Zonen“ zu gelangen, nachdem es die Bewohner aufgefordert hatte, ihre Häuser zu verlassen. Aussagen von Bewohnern Gazas gegenüber B'Tselem sowie in internationalen Medien veröffentlichte Videos zeigten Leichen am Straßenrand, vermutlich von Binnenvertriebenen, die versucht hatten, ihre Häuser im nördlichen Gazastreifen in die „humanitären Zonen“ im Süden zu evakuieren.

Die „humanitären Zonen“, die den Binnenflüchtlingen Sicherheit bieten sollten, waren unbewohnbar und wurden selbst systematisch bombardiert. Eine Analyse der BBC ergab, dass die israelischen Angriffe auf die „humanitäre Zone“ al-Mawasi nach Mai 2024 – dem Monat, in dem die Bewohner Gazas aufgefordert wurden, dorthin umzuziehen – sogar noch zunahm. Zwischen Mai 2024 und Januar 2025 wurde das Gebiet 97-mal bombardiert.

Muhammad Ghrab, ein Bewohner der Stadt Gaza, der nach al-Mawasi östlich von Khan Yunis vertrieben wurde, beschrieb in einer Aussage gegenüber B'Tselem einen Luftangriff, den er am 13. Juli 2024 miterlebt hatte. Der Angriff, der laut Israel gegen zwei hochrangige Mitglieder des militärischen Flügels der Hamas, darunter deren Anführer Muhammad Deif, gerichtet war und zwei aufeinanderfolgende Bombardements umfasste, war der tödlichste Angriff auf die „humanitäre Zone“ in al-Mawasi in diesen Monaten. Bei dem ersten Angriff wurden viele Menschen getötet und verletzt, und als Rettungskräfte und Zivilisten eintrafen, um die Verwundeten zu evakuieren, bombardierte die Luftwaffe den Ort erneut. Bei den beiden Angriffen wurden insgesamt 90 Menschen getötet und 300 verletzt.

Plötzlich bildete sich ein Feuerring [...] Der Himmel war komplett von Wolken, Staub und Schmutz bedeckt. Die Menschen rannten in alle Richtungen. [...] Als wir die noch stehenden Zelte betraten, sahen wir, dass sie voller Leichen waren, hauptsächlich von Frauen und Kindern. Was wir an diesem Tag, zu dieser Stunde sahen, war wie die Verkörperung des Wahnsinns. Etwas Unbegreifliches. Es fühlte sich an, als würden Teile der Hölle auf die Erde fallen. Es ist unmöglich, das wirklich zu beschreiben. Sprache versagt. Sie kann die Schrecken, die wir erlebt haben, nicht fassen. Was ich beschreibe, ist nur ein kleiner Teil des Grauens, das sich dort abgespielt hat. [...] Seit diesem Tag habe ich Angst. Ich rechne ständig damit, dass die Zelte bombardiert werden und ich und meine Familie bei einem ähnlichen Angriff sterben.

Berichten zufolge brachen infolge der schweren Bombardierungen mehrere Brände in Zeltlagern für Binnenflüchtlinge aus. Bei vielen der dokumentierten Vorfälle kamen Menschen ums Leben. Ahmad a-Dalu aus Gaza-Stadt berichtete von einem Luftangriff der israelischen Luftwaffe auf ein Lager für Binnenflüchtlinge, in dem er und seine Familie im Oktober 2024 Zuflucht gesucht hatten. Sein 20-jähriger Sohn Sha'ban verbrannte vor seinen Augen in dem Feuer, das in dem Zelt ausgebrochen war:

[...] Als ich vom Badezimmer zu unserem Zelt zurückkam, hörte ich das laute Summen einer Drohne, die über uns flog. Das laute Geräusch erschreckte mich sehr und ich wurde sehr nervös. Ich bat Gott, uns zu beschützen, und betete, dass nichts Schlimmes passieren würde, aber ich fragte mich auch, wer von uns in dieser Nacht sterben würde. Plötzlich fiel ein Feuerball auf das Zelt und traf meine Kinder. Ich sah, dass sie sich nicht bewegten, und entschloss mich sofort, hineinzugehen und sie zu retten. Ich glaube, mein väterlicher Instinkt trieb mich dazu. Ich warf mich ins Feuer und schaffte es, 'Abd a-Rahman, Rahaf, Farah und meine Frau, die neben ihr schlief, aus dem Zelt zu ziehen. Ich sah, wie das Feuer Sha'bens Körper verbrannte. Er hatte auf einem Holzstuhl direkt neben der Stelle geschlafen, wo die Bombe eingeschlagen war. Ich sah, wie sein Gesicht in den Flammen schmolz, es war ein schrecklicher Anblick. In diesen Momenten erreichte ich den Höhepunkt meiner Niederlage und meines Herzensbruchs. Ich sagte zu ihm: „Es tut mir leid, mein geliebter Sohn, aber ich kann dir nicht helfen.“

Nach der Verletzung des Waffenstillstands im März 2025 nahm Israel seine aggressiven und wahllosen Angriffe im gesamten Gazastreifen wieder auf, darunter auch in den ausgewiesenen humanitären Zonen und anderen Gebieten, in denen Zehntausende mittellose Binnenflüchtlinge leben. Bis zum 14. Juli 2025 meldete das Gesundheitsministerium in Gaza mehr als 7.450 Tote und über 26.000 Verletzte seit der Verletzung des Waffenstillstands.

Vorschriften zum Waffeneinsatz und Todeszonen

Die Massenmorde an Zivilisten in Gaza wurden nicht nur durch Luftangriffe mit schweren Bomben aus großer Entfernung verübt, sondern auch durch willkürliche und manchmal sogar absichtliche Schüsse israelischer Soldaten vor Ort. Aus Aussagen von Soldaten geht hervor, dass die israelischen Streitkräfte im Gazastreifen während der monatelangen Kämpfe „Todeszonen“ eingerichtet haben: willkürlich abgegrenzte Gebiete, deren Grenzen manchmal selbst den Soldaten unklar waren und in denen jeder, der sich dort aufhielt, erschossen werden durfte. Soldaten und Offiziere, die während der gesamten Offensive in verschiedenen Gebieten des Gazastreifens im Einsatz waren, berichteten, dass es keine Einsatzregeln gab oder dass diese nach dem Ermessen der Kommandeure vor Ort oder nach willkürlichen Kriterien festgelegt wurden.

Einzelfälle wie die Tötung von 15 Sanitätern im April 2025 oder die Erschießung von drei israelischen Geiseln im Dezember 2023, die aus der Gefangenschaft geflohen waren und eine weiße Flagge schwenkten, zeigen, dass die Vorschriften zum Schusswaffengebrauch nicht nur gelockert, sondern vollständig außer Kraft gesetzt wurden. Diese Praktiken wurden durch Aussagen von Kommandeuren zu willkürlichen Tötungen und durch Zeugenaussagen von freiwilligen Ärzten in Gaza, darunter auch visuelle Beweise für gezielte Schüsse von Scharfschützen auf Kinder, bestätigt.

Verwundete Personen und mangelnde medizinische Versorgung

Seit Oktober 2023 hat Israels Angriff auf den Gazastreifen Hunderttausende Menschen schwer körperlich und psychisch verletzt, deren Folgen sie noch viele Jahre, wenn nicht sogar für den Rest ihres Lebens, zu tragen haben werden. Bis zum 14. Juli 2025 wurden insgesamt 138.520 Menschen durch Israels Militäroperation verletzt. Etwa 25 % von ihnen erlitten lebensverändernde Verletzungen, die eine sofortige und langfristige rehabilitative Versorgung erfordern, darunter Amputationen von Gliedmaßen, Wirbelsäulenverletzungen, traumatische Hirnverletzungen und schwere Verbrennungen. Die Zahlen basieren auf Aufzeichnungen des Gesundheitsministeriums in Gaza und beziehen sich nur auf Personen, die sich in einer offiziellen medizinischen Einrichtung behandeln ließen. Angesichts der extremen Arbeitsbelastung im Gesundheitssystem Gazas und der katastrophalen Bedingungen in den Krankenhäusern vermeiden es viele Verletzte, in Nicht-Notfällen medizinische Zentren aufzusuchen. Wie bei den Todeszahlen scheint auch bei den offiziellen Zahlen zu den Verletzten die tatsächliche Zahl zu niedrig angesetzt zu sein.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza gegenüber Physicians for Human Rights-Israel (PHRI) wurden seit Oktober 2023 mehr als 4.700 Menschen amputiert, darunter über 940 Kinder und etwa 370 Frauen. Gespräche von PHRI-Mitarbeitern mit Ärzten in Gaza sowie Informationen von Médecins Sans Frontières (MSF) zeigen, dass Ärzte einen gravierenden Mangel an Schmerzmitteln meldeten, was dazu führte, dass Amputationen ohne Betäubung durchgeführt wurden, auch bei Kindern. Ärzte berichteten außerdem von Amputationen unter unhygienischen Bedingungen, ohne angemessene chirurgische Ausrüstung und in einigen Fällen sogar außerhalb von Krankenhäusern. In Fällen, in denen grundlegende Medikamente wie Antibiotika nicht verfügbar waren, waren Ärzte gezwungen, Patienten Gliedmaßen zu amputieren, um ihr Leben zu retten, obwohl unter normalen Umständen Amputationen nicht notwendig gewesen wären.

Zahlen, die B'Tselem im Mai 2025 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgelegt wurden, zeigen, dass Zehntausende Verwundete und Amputierte ohne angemessene Versorgung zurückgelassen wurden. Viele wurden unter unbewohnbaren Bedingungen entlassen: in Zelten, zerstörten Gebäuden oder Notunterkünften, ohne ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser, Strom oder Medikamenten und in vielen Fällen ohne familiäre Unterstützung. Dies hat ihren Gesundheitszustand verschlechtert und zu irreversiblen Komplikationen geführt. Im Mai 2024 warnte der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, dass Menschen mit Behinderungen in Gaza aufgrund der anhaltenden israelischen Offensive „ein höheres Risiko haben, zu sterben, verletzt zu werden und weitere Beeinträchtigungen zu erleiden“.

Ahmad al-Ghalban, ein 16-Jähriger aus Beit Lahiya, berichtete in einer Aussage gegenüber B'Tselem, wie er bei einem israelischen Granatenangriff am 22. März 2025 seinen Zwillingenbruder und seinen Onkel sowie beide Beine und vier Finger verlor:

Vor meiner Verletzung war ich professioneller Turner. Muhammad und ich nahmen an Wettkämpfen und Veranstaltungen teil. Wir gehörten zu den Besten im Norden Gazas. Aber die Besatzung hat mir alles genommen: meinen Zwillingenbruder, meine Beine, meine Fähigkeit, irgendetwas zu tun. Meine Seele ist gebrochen. [...] Ich werde immer noch im Patient's Friends Hospital im Stadtteil a-Rimal behandelt. Es ist sehr schwer, dorthin zu gelangen, weil die Straßen mit Trümmern und Schutt übersät sind. Mein Vater versucht, mir Schmerzmittel aus der Apotheke zu besorgen, aber die sind sehr teuer. Das Krankenhaus hat weder Salben noch Verbände. Wir kaufen alles selbst. Ich habe starke Schmerzen und bin emotional in einem schlechten Zustand. Ich habe durch den Hunger viel Gewicht verloren. Es gibt kein Fleisch, kein Gemüse, kein Obst, nur Linsen und Kichererbsen.

Indirekte Todesfälle

Im Laufe der Monate der Kämpfe wurden verschiedene Schätzungen über die Zahl der „indirekten Todesfälle“ veröffentlicht, die bereits eingetreten sind oder erwartet werden und nicht verhindert werden können. Diese Schätzungen reichen von Tausenden bis zu Zehntausenden von Todesfällen, zusätzlich zu den direkten Todesopfern durch den israelischen Angriff. Trotz der Unterschiede zwischen den verschiedenen Studien, die auf die Schwierigkeit zurückzuführen sind, das gesamte Ausmaß der Feindseligkeiten zu erfassen, sind sich die Forscher weitgehend einig, dass die offiziellen Zahlen des Gesundheitsministeriums in Gaza die Zahl der Opfer deutlich unterschätzen.

Die Hauptursachen für indirekte Todesfälle sind Verletzungen, Infektionskrankheiten, Unterernährung, Mütter- und Säuglingssterblichkeit sowie Komplikationen aufgrund unbehandelter chronischer Krankheiten. All dies ist eine direkte Folge der Zerstörung der Lebensbedingungen im Gazastreifen, der Beschränkungen Israels für die Einfuhr humanitärer Hilfe und des Angriffs Israels auf das Gesundheitssystem, das dadurch nicht mehr in der Lage ist, den kontinuierlichen Zustrom von Verletzten zu bewältigen. Experten warnen, dass die Zahl der indirekten Todesfälle weiter steigen wird, wenn die israelische Offensive fortgesetzt wird und die Bevölkerung Gazas weiter hungert.

Anfang Oktober 2024 veröffentlichten etwa 100 amerikanische Mediziner, die sich freiwillig im Gazastreifen engagiert hatten, einen Brief, in dem sie erklärten, dass fast alle Menschen, denen sie dort begegneten, krank oder verwundet waren und dass fast alle Kinder unter fünf Jahren an Husten und Durchfall litten. Sie berichteten, dass viele der von ihnen durchgeführten Operationen aufgrund einer Kombination aus Unterernährung, schlechten hygienischen Bedingungen und Medikamentenmangel zu Infektionen führten. Sie erklärten außerdem, dass Unterernährung und der akute Mangel an sauberem Trinkwasser zu weit verbreiteten Fällen von Untergewicht bei Neugeborenen und Stillunfähigkeit bei Frauen nach der Geburt geführt hätten, was oft zum Tod der Säuglinge geführt habe. In dem Brief wurde weiter beschrieben, wie schwangere Frauen und Föten, die sonst überlebt hätten, aufgrund der Zerstörung des Gesundheitssystems starben. Ein Arzt, der sich freiwillig im Nasser-Krankenhaus engagierte, nannte den Mangel an Säuglingsnahrung als weitere Ursache für die hohe Säuglingssterblichkeit. Im Juli 2024 berichteten Experten für Gesundheitsversorgung von Müttern, dass die Fehlgeburtenrate im Gazastreifen seit Oktober 2023 um mindestens 300 % gestiegen sei. Eine Schätzung des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) vom Mai 2025 ergab, dass jede dritte Schwangerschaft in Gaza als risikoreich galt und jedes fünfte Kind zu früh oder untergewichtig geboren wurde, zu einer Zeit, als die notwendige medizinische Versorgung für solche Fälle im gesamten Gazastreifen fast nicht verfügbar war.

Psychologische Traum

Zusätzlich zu den Verletzungen und körperlichen Behinderungen haben die Bewohner Gazas während der monatelangen Angriffe unzählige traumatische Ereignisse erlebt, deren langfristige psychologische Folgen nicht quantifizierbar sind. Von B'Tselem gesammelte Zeugenaussagen deuten darauf hin, dass in einer Realität, die von allgegenwärtigem Tod, unerbittlicher Vertreibung und anhaltendem Hunger und Krankheiten geprägt ist, viele Menschen unter psychischen Belastungen leiden, nachdem sie schreckliche Ereignisse miterlebt haben, darunter den gewaltsamen Tod ihrer Angehörigen.

Rajaa al-Harbiti, 35, beschrieb den Vorfall, bei dem ihr Ehemann Akram und ihre Söhne Muhammad und Ahmad in dem Flüchtlingslager, in dem sie in Rafah untergebracht waren, von einem israelischen Panzer überrollt wurden, nachdem das Lager in der Nacht zuvor aus der Luft bombardiert worden war.

In der Nacht hatten meine Kinder große Angst. Ich fragte meinen Sohn Ahmad, ob er Angst habe, und er verneinte, aber ich sah, dass er vor Angst zitterte. Ich versprach ihm, dass wir fliehen würden, und wir bereiteten weiße Fahnen für den Weg vor. [...] Plötzlich sah ich einen Panzer auf uns zurasen, der unterwegs das Zelt meiner Nachbarn zerstörte. [...] Mein Mann warf sich über unsere Söhne Muhammad, Ahmad und Ibrahim, um sie zu schützen, während ich meine Tochter Sanaa an der Schulter packte, sie hochhob und aus dem Zelt floh. Wir schafften es, etwa anderthalb Meter von meinem Mann und meinen Söhnen entfernt zu kommen, bevor der Panzer sie vor unseren Augen überrollte. Ich packte die Hand meiner Tochter, hob sie hoch und flehte die Soldaten an, uns nicht auch zu überfahren, aber der Panzer rammte uns und wir fielen zu Boden. Ich hob meinen Kopf und meine Hand und war mir sicher, dass ich sterben würde. Ich konnte Muhammad nicht hören, aber ich sah Ahmad, dessen Rücken mit Blut bedeckt war, und meinen Mann, der außer seinem Gesicht überall am Körper blutete. Seine linke Hand war abgetrennt. Er sagte zu mir: „Rajaa, meine Liebe, vergib mir.“ Ich antwortete: „Ich vergebe dir, Akram.“

Seit Oktober 2023 hat die Häufigkeit von psychischen Problemen deutlich zugenommen, insbesondere Traumata, Depressionen und Angstzustände in einer Bevölkerung, die aufgrund der langjährigen Besatzung, Blockade und wiederkehrenden militärischen Gewalt ohnehin schon hohe Raten an psychischen Erkrankungen aufweist. Laut einer im Dezember 2024 von MSF veröffentlichten Studie benötigten fast alle der 1,2 Millionen Kinder in Gaza aufgrund von Symptomen wie Depressionen, Angstzuständen und Selbstmordgedanken psychologische und psychosoziale Hilfe. Eine weitere Studie, die im selben Monat veröffentlicht wurde, ergab, dass 96 % der Kinder in Gaza den Tod als unmittelbar bevorstehend empfanden und fast die Hälfte aufgrund der erlittenen Traumata den Wunsch äußerte, sterben zu wollen.

Nach mehreren Wochen im Krankenhaus zog Rajaa al-Harbiti mit ihren beiden überlebenden Kindern Sanaa und Ibrahim in ein Zelt im Flüchtlingslager al-Mawasi. In ihrer Aussage beschrieb sie die Schwierigkeiten, mit dem Trauma und dem Verlust ihrer Angehörigen zu leben.

Sanaa hat Probleme beim Laufen, und ich benutze Krücken. Ich weiß nichts darüber, was mit meinem Mann und meinen Söhnen passiert ist. Ich weiß nur, dass niemand zu ihnen oder ihren Leichen gelangen konnte, nicht einmal, um sie zu begraben. [...]

Ich bin erschöpft, ebenso wie meine Seele. Ich kann nicht begreifen, dass Panzer meine Familie vor meinen Augen überrollt haben. Ibrahim erlebt immer wieder den Moment, als der Panzer seinen Vater und seine Brüder überrollte. Er beschreibt immer wieder, wie Muhammad geköpft wurde und wie Ahmad stark blutete. Er ist aggressiv geworden und schlägt andere Kinder in seiner Umgebung. Er schreit viel, hat nachts Albträume und macht in die Hose. Jedes Mal, wenn Sanaa ein lautes Geräusch hört, bekommt sie große Angst, hält sich die Ohren zu und sagt: „Panzer.“ Sie leidet auch unter unwillkürlichem Urinabgang. Ich habe das Gefühl, wir leben in einem Horrorfilm.

Tötung und schwere Körperverletzung und psychische Gewalt in der Westbank

Luftangriffe

Während die Angriffe auf Gaza weitergehen, sind auch Luftangriffe in Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlandes, einem der am dichtesten besiedelten Gebiete des Gebiets, häufiger geworden. Nach den Beobachtungen und Dokumentationen von B'Tselem wurden zwischen Oktober 2023 und Mitte Juli 2025 bei israelischen Luftangriffen 263 Menschen getötet, darunter mindestens 44 Minderjährige. Im Vergleich dazu wurden in einem Zeitraum von mehr als 18 Jahren, von 2005 bis Anfang Oktober 2023, nur 14 Menschen bei Luftangriffen im Westjordanland getötet.

Die tödlichen Folgen dieser Angriffe wurden im Januar 2025 bei einem Überfall auf Tammun im Norden des Westjordanlandes deutlich. Ein israelisches Flugzeug feuerte eine Rakete ab, die drei Cousins in der Nähe ihrer Häuser tötete, darunter zwei Kinder: Adam Bsharat, 23, Hamzah Bsharat, 10, und Rida Bsharat, 8. In einer anschließend veröffentlichten militärischen Untersuchung behauptete das Militär, der Mann und die beiden Kinder seien aufgrund von Geheimdienstinformationen als Personen identifiziert worden, die Sprengkörper gelegt hätten, doch letztendlich wurden in der Gegend keine Sprengkörper gefunden.

Fidaa Bsharat, 41, Mutter von fünf Kindern, darunter der getötete achtjährige Rida, sagte in ihrer Aussage:

Ich hielt meinen Sohn fest, aber ich wusste, dass er tot war. Kurz darauf brachten die Soldaten Decken aus Ablas Haus und deckten die drei Leichen zu. Sie versuchten nicht, ihnen Erste Hilfe zu leisten oder sie auch nur zu untersuchen. Es war klar, dass sie tot waren. Sie trugen sie auf einer Trage weg. [...] Rida war unser einziger Sohn. Er wurde nach vier Töchtern geboren. Er war der Prinz seiner Klasse und unser verwöhnter Junge. Er wollte immer, dass wir Jerusalem besuchen, aber wegen der Situation konnten wir das nicht. Er sagte immer zu mir: „Ich werde ein Auto kaufen und dich nach Jerusalem mitnehmen und dir alles kaufen, was du willst.“ Er hing sehr an mir und küsste mir immer die Hände und den Kopf. Obwohl er noch jung war, war er viel reifer als seine Freunde. Ich hatte das Gefühl, er war mein Freund. Jeden Tag spüre ich, wie er mir immer weiter entgleitet.

Politik des offenen Schusswaffengebrauchs

Zusätzlich zu den Luftangriffen hat das israelische Militär in der Westbank eine noch tödlichere Schusswaffenpolitik als je zuvor eingeführt. Laut einer Untersuchung von B'Tselem wurden in den ersten drei Wochen des Angriffs auf den Gazastreifen 118 Menschen in der Westbank durch israelische Militärschüsse getötet, von denen 81 keine Gefahr für andere darstellten. Bis zum 12. Juli 2025 hatten israelische Streitkräfte 926 Palästinenser getötet, darunter 195 Minderjährige. Fünf weitere Minderjährige wurden von einem nicht identifizierten israelischen Akteur getötet.

Im Februar 2025 berichtete Haaretz, dass während der Operation „Iron Wall“, die im Januar 2024 vom israelischen Militär im nördlichen Westjordanland gestartet wurde, der Kommandeur des Zentralkommandos, Generalmajor Avi Bluth, seinen Truppen die Erlaubnis erteilt hatte, jeden zu erschießen, der „mit dem Boden herumhantiert“, da dies den Verdacht auf einen Versuch, einen Sprengsatz zu legen, erweckte. Aussagen von Soldaten deuten darauf hin, dass eine ähnliche Anweisung seit Oktober 2023 auch im Gazastreifen gilt. Diese permissive Schusswaffenrichtlinie führte unter anderem zur Tötung von Sundus Shalabi, einer 20-jährigen Frau, die im achten Monat schwanger war. Im Rahmen der umfassenden „Gazafication“ der israelischen Kriegsführung wurden auch Kill Zones in das Westjordanland eingeführt. Soldaten, die für die Untersuchung von Haaretz befragt wurden, sagten, dass der Kommandeur der Division Judäa und Samaria, Brigadegeneral Yaki Dolf, den Befehl erteilt habe, auf jedes Fahrzeug zu schießen, das sich aus einer „Kampfzone“ einem Armeekontrollpunkt nähere, um den Fahrer vor Erreichen des Kontrollpunkts zu stoppen.

Jüdische Milizen im Westjordanland

Die eskalierende Gewalt Israels im Westjordanland beschränkt sich nicht auf Militäroperationen, sondern umfasst auch Angriffe von Siedlern. In vielen Fällen ist die Grenze zwischen beiden verschwommen: Im Rahmen der Vorbereitungen für die Offensiven im Gazastreifen und im Westjordanland rekrutierte und bewaffnete das israelische Militär Tausende von Siedlern für regionale Verteidigungsbataillone, die im gesamten Westjordanland stationiert sind und mit dem Schutz israelischer Siedlungen betraut sind. Die Zahl der Siedler, die in diesen Einheiten dienen, hat sich verfünffacht, und seitdem gibt es zahlreiche Berichte über Siedlersoldaten, die Palästinenser bedrohen und angreifen. Tausende weitere Siedler wurden in Siedlungssicherheitstrupps rekrutiert und waren an Angriffen auf palästinensische Bewohner beteiligt. Darüber hinaus verteilte das Ministerium für Nationale Sicherheit unter Minister Itamar Ben Gvir unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 Tausende von Schusswaffen an Siedler in der gesamten Westbank. Hunderte weitere Waffen, darunter Scharfschützengewehre, wurden von Regionalräten gekauft und verteilt. Darüber hinaus wurden in Koalitionsvereinbarungen mehrere zehn Millionen Schekel für die Anschaffung von Beobachtungs-, Patrouillen- und Verteidigungsausrüstung für Siedlungsaußenposten im Westjordanland bereitgestellt.

Die Verbreitung von Waffen unter Siedlern und die Unterstützung, die diese von der israelischen Regierung und den Strafverfolgungsbehörden erhalten; die zunehmende Entmenschlichung der Palästinenser und die Gleichgültigkeit gegenüber dem ihnen zugefügten Leid; die Verlagerung des internationalen Fokus von der Westbank auf den Gazastreifen – all dies hat zu einem beispiellosen Anstieg der täglichen Angriffe von oft bewaffneten und militärisch ausgerüsteten Siedlern auf Palästinenser in der Westbank geführt. Zu diesen Angriffen gehören Brandstiftung, Diebstahl, Hausfriedensbruch und Hausbesetzungen, bewaffnete Drohungen, Schläge und vieles mehr. OCHA listet 2.617 Angriffe von Siedlern auf, bei denen zwischen dem 7. Oktober 2023 und Ende Juni 2025 Palästinenser und/oder ihr Eigentum zu Schaden kamen. Laut Statistiken von B'Tselem wurden zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 12. Juli 2025 26 Palästinenser von israelischen Siedlern oder „unbekannten israelischen Parteien“ getötet und Dutzende weitere verletzt.

Schwere psychische Belastungen

Luftangriffe und Razzien im nördlichen Westjordanland, intensive militärische Aktivitäten, oft unter Einsatz scharfer Munition, und die ständige Gefahr von Gewalt durch Siedler und Soldaten, insbesondere in Gebiet C und in ländlichen palästinensischen Gemeinden, haben das Leben der Bewohner extrem instabil gemacht.

Im März 2025 berichtete MSF (Ärzte ohne Grenzen A.A.) über eine zunehmende psychische Gesundheitskrise unter Zehntausenden Binnenvertriebenen aus dem nördlichen Westjordanland, von denen viele aufgrund der von der Organisation als „äußerst prekäre Lage“ beschriebenen Situation unter Stress, Angstzuständen und Depressionen leiden: unzureichende Unterkünfte, Mangel an grundlegenden Versorgungsleistungen und kein Zugang zu medizinischer Versorgung. In einer weiteren Veröffentlichung beschrieb die Organisation einen Anstieg der Nachfrage nach psychologischer Ersthilfe unter den Bewohnern des Gebiets C um 91 % im Monat nach dem 7. Oktober 2023 im Vergleich zum Vormonat, was vor allem auf die stark zunehmende Gewalt durch Siedler und Militär zurückzuführen war. Diese Gewalt wurde später durch die Bemühungen der Siedler verschärft, Angst unter den Palästinensern im Westjordanland zu schüren, unter anderem durch die Anbringung einer Plakatwand im Herzen des Gebiets mit der Aufschrift „Es gibt keine Zukunft in Palästina“ und durch die Veröffentlichung drohender Nachrichten in palästinensischen Online-Gruppen.

Am 31. Juli 2024 stürmten israelische Soldaten das Haus der 50-jährigen Hala Rajabi, Mutter von neun Kindern, im Zentrum von Hebron. Die Soldaten griffen Hala und ihre Kinder an, ihr 14-jähriger Sohn Muhammad verlor das Bewusstsein. In ihrer Aussage gegenüber B'Tselem beschrieb sie die emotionalen Narben, die der Vorfall in ihrer Familie hinterlassen hat:

Meine Tochter versuchte, die beiden Soldaten von ihren Brüdern wegzuziehen, woraufhin sie uns beide mit ihren Gewehren schlugen, uns aus dem Zimmer stießen und es von innen mit dem Schlüssel verschlossen. Durch die Tür hörte ich, wie die Soldaten sie weiter attackierten. Ich klopfte an die Tür, weinte und schrie. [...] Mein ältester Sohn stieß die Soldaten von sich weg und schaffte es, in das Zimmer zu gelangen, in dem ich mich befand. Er schaffte es, Muhammad aufzuheben und aus dem Haus zu rennen, obwohl die Soldaten versuchten, ihn aufzuhalten. Mein anderer Sohn, der mit Muhammad im Zimmer war, versuchte ihm zu folgen, verlor jedoch das Bewusstsein und stürzte die Treppe hinunter, die zur Straße führte. Einige junge Männer hoben ihn auf und brachten ihn zu dem Auto, in das mein ältester Sohn Muhammad gelegt hatte, und fuhren ihn ins Krankenhaus. [...] Ich versuchte, ihnen zu folgen, aber die Soldaten ließen mich nicht. Sie warfen eine Blendgranate gegen die Haustür. [...] Muhammad leidet immer noch unter Schmerzen in den Hoden und unter Angstzuständen. Seit dem Angriff hat er Schlafstörungen. Er sagt, er habe Albträume, in denen Soldaten ihn verfolgen und schlagen. [...] Ich habe mich seitdem nicht wirklich erholt. Es ist sehr schwer, hilflos dazustehen und zuzuhören, wie Soldaten deine Kinder in deinem eigenen Haus schlagen.

Tötung und schwere Körperverletzung sowie schwere psychische Schädigung innerhalb Israels

Verbrechen

Die Angriffe Israels auf Palästinenser haben die Hetze verschärft und die Entmenschlichung der palästinensischen Gemeinschaft beschleunigt. Diese Entwicklungen, die vor dem Hintergrund langjähriger institutioneller Diskriminierung stattfinden, haben die Vernachlässigung der palästinensischen Minderheit in Israel weiter verschärft, darunter auch das Versagen des Staates, gegen die Verbreitung illegaler Schusswaffen und die Verfestigung krimineller Organisationen in einigen arabischen Gemeinden vorzugehen. In den letzten zwei Jahren erreichte die Zahl der palästinensischen Bürger Israels, die bei Straftaten getötet wurden, einen Rekordwert und hat sich fast verdoppelt zwischen 2021 und 2024 . Allein im Jahr 2024 wurden 230 Menschen getötet, die meisten von ihnen Opfer der grassierenden Kriminalität und der weit verbreiteten Verfügbarkeit illegaler Schusswaffen.

Diese bewusste Vernachlässigung ist seit dem Amtsantritt von Itamar Ben Gvir als Minister für Nationale Sicherheit zur Politik geworden. Laut einer Studie der Notfallzentrale gegen Kriminalität und Gewalt aus dem Jahr 2024 kennen 87 % der palästinensischen Bürger Israels persönlich jemanden, der durch Gewalt oder Kriminalität verletzt oder getötet wurde, und 82 % gaben an, sich in ihren eigenen Gemeinden unsicher zu fühlen. Darüber hinaus gaben 80 % an, dass sie Angst hätten, die israelische Polizei zu kontaktieren oder Anzeige gegen Mitglieder krimineller Organisationen zu erstatten, die in ihren Gemeinden aktiv sind. Diese Angst ist in der anhaltenden Unfähigkeit der israelischen Polizei begründet, gegen das organisierte Verbrechen vorzugehen. Im Jahr 2024 wurden nur etwa 15 % der Mordfälle in arabischen Ortschaften von der Polizei aufgeklärt. Wie der Bericht zusammenfasst, vermittelt die israelische Polizei damit die Botschaft, dass „das Blut arabischer Bürger billig ist und die Staatsmacht ihnen nicht den Schutz gewährt, den jeder Bürger des Landes verdient“.

B. Zerstörung der Lebensbedingungen

Zerstörung der Lebensbedingungen im Gazastreifen

Hungersnot und Zerstörung der Lebensmittelinfrastruktur

Bereits vor der aktuellen israelischen Offensive galten etwa 64 % der Bevölkerung im Gazastreifen als von Ernährungsunsicherheit betroffen, und etwa 80 % waren auf humanitäre Hilfe in irgendeiner Form angewiesen. Unmittelbar nach Beginn seines Angriffs auf Gaza verhängte Israel eine vollständige Blockade des Gazastreifens, was schnell zu einer zunehmenden Verknappung der Lebensmittelvorräte führte. Nach Angaben des Welternährungsprogramms (WFP) führen zwischen Oktober 2023 und dem 10. August 2024 durchschnittlich 118 Lastwagen mit humanitären Hilfsgütern und 37 Lastwagen mit Handelsgütern pro Tag in den Gazastreifen ein. Dies liegt weit unter der Zahl der Lastwagen, die laut Schätzungen des WFP und anderer Organisationen erforderlich sind, um die Grundbedürfnisse der Bewohner Gazas zu decken. Im September 2024 veröffentlichten 15 Hilfsorganisationen eine Analyse, aus der hervorgeht, dass Israel 83 % der Nahrungsmittelhilfe für den Gazastreifen blockiert hatte. Berichten zufolge griff Israel auch Konvois an, die für die Verteilung humanitärer Hilfe zuständig waren, sowie palästinensische Polizeibeamte, die unter anderem für deren Sicherheit verantwortlich waren. Die Knappheit an verfügbaren Lebensmitteln führte zu starken Preissteigerungen in ganz Gaza, wodurch der Zugang zu Nahrungsmitteln für den Großteil der Bevölkerung weiter eingeschränkt wurde.

Israel blockiert nicht nur Hilfslieferungen, sondern hat auch systematisch einen Großteil der Infrastruktur zerstört, die die lokale Nahrungsmittelproduktion im Gazastreifen ermöglicht. So bombardierte Israel beispielsweise im November 2023 die einzige funktionierende Getreidemühle im gesamten Gazastreifen. Im Januar 2024 waren von den rund 130 Bäckereien nur noch 15 in Betrieb, die vor dem Krieg in Betrieb waren. Im April 2025 gab das WFP bekannt, dass die letzte von ihm unterstützte Bäckerei aufgrund von Mehl- und Treibstoffmangel geschlossen worden sei. Die Lage blieb bis Anfang Juli 2025 weitgehend unverändert. Bis Dezember 2024 waren 95 % der Rinder und mehr als die Hälfte der Schaf- und Ziegenherden in Gaza vernichtet worden. Die israelische Offensive hat auch die Fischereiindustrie, die seit langem eine wichtige Quelle der Ernährungssicherheit für die Bewohner Gazas ist, fast vollständig zerstört. Auch die landwirtschaftlichen Flächen wurden schwer beschädigt: Bis April 2025 waren mehr als 80 % der Anbauflächen, rund 70 % der Gewächshäuser und etwa 80 % der landwirtschaftlichen Brunnen in Gaza zerstört. Vor Oktober 2023 wurden 20 bis 30 % der konsumierten Lebensmittel in Gaza vor Ort produziert. Die israelische Offensive hat nicht nur die bestehenden Nahrungsquellen im Gazastreifen zerstört, sondern auch schwere langfristige Schäden verursacht, die die Fähigkeit der Bevölkerung, in Zukunft Nahrungsmittel zu produzieren, beeinträchtigen werden.

Einsatz von Hunger als Kriegsmittel

Im Januar 2024 erklärten UN-Experten, dass es keinen Präzedenzfall für das Ausmaß und die Geschwindigkeit der Hungersnot gebe, unter der die Zivilbevölkerung in Gaza leidet, und fügten hinzu, dass „Israel das Nahrungsmittelsystem Gazas zerstört und Nahrungsmittel als Waffe gegen das palästinensische Volk einsetzt“. Während der gesamten Dauer seines Angriffs bestritt Israel, dass es in dem Gazastreifen zu Nahrungsmittelknappheit oder Defiziten bei der humanitären Hilfe gekommen sei, und behauptete, dass, falls es in bestimmten Gebieten zu Engpässen gekommen sei, die Hamas dafür verantwortlich sei, weil sie die von der UNO gelieferte Hilfe gestohlen habe. Diese Behauptung wurde von den beteiligten Hilfsorganisationen zurückgewiesen. Zwei für die Koordinierung der humanitären Hilfe zuständige US-Behörden kamen zu dem Schluss, dass Israel die Einfuhr humanitärer Hilfe nach Gaza absichtlich verzögert und behindert habe und dass es die Hauptverantwortung für die Hungersnot dort trage.

Entgegen den Behauptungen Israels deuten zahlreiche Berichte und Aussagen von politischen Entscheidungsträgern darauf hin, dass einer der Hauptgründe für die Einschränkung der Hilfslieferungen darin bestand, Druck auf die Hamas auszuüben, damit sie einem günstigeren Deal für die Freilassung der israelischen Geiseln zustimmt, unter anderem durch Schüren innerer Unruhen gegen die Hamas unter der Bevölkerung Gazas.

Seit Israel im März 2025 den Waffenstillstand gebrochen hat, ist die Aushungerung der Bevölkerung in Gaza offizielle und offen erklärte Politik, was die Ernährungssicherheit in Gaza erheblich beeinträchtigt. Nach einer Einschätzung vom Mai 2025 litten etwa 1,95 Millionen Menschen, 93 % der Bevölkerung Gazas, unter schwerer Ernährungsunsicherheit. Davon lebten 244.000 unter „katastrophalen Hungerbedingungen“, der extremsten Einstufung der Integrierten Klassifizierung der Ernährungssicherheit (IPC). Zum Vergleich: Im Oktober 2024 schätzte die IPC die Zahl der Menschen, die unter katastrophaler Hungersnot litten, auf 133.000. Sie prognostizierte, dass diese Zahl ohne politische Veränderungen bis September 2025 auf 470.000 steigen würde, was etwa 22 % der Bevölkerung Gazas entspricht.

Hala Sha'sha'ah, eine 40-jährige Mutter von fünf Kindern, die vor Beginn des aktuellen Krieges in Gaza-Stadt lebte, berichtete B'Tselem, wie sie und ihre Kinder mit monatelanger schwerer Hungersnot zurechtkamen:

Es war besonders schwer, Gemüse und Fleisch zu finden. Es gab auch einen Mangel an Mehl, manchmal gab es überhaupt keines. Mein Jüngster, 'Az a-Din, weinte viel und sagte immer wieder: „Ich habe Hunger.“ Es brach mir das Herz, das zu hören, und ich weinte über seine Situation – aber so ging es allen.

Ich erklärte ihm, dass alle hungrig waren und ich nichts tun konnte. [...] Zwei meiner Kinder, Layan (20) und Mahmoud (17), erkrankten an Virushepatitis, und es gab keine Behandlung. Ich konnte ihnen nicht die gesunde Ernährung bieten, die sie zur Bekämpfung der Krankheit brauchten. Uns wurde geraten, ihnen zuckerreiche Lebensmittel zu geben, also gaben wir ihnen, was wir bekommen konnten – Halva und Marmelade. Sie hatten hohes Fieber, erbrachen sich und hatten Durchfall. Mahmoud weinte vor Schmerzen und dachte, er würde sterben. Wir brachten ihn ins Krankenhaus. Auch Layan litt sehr und konnte zwei Wochen lang nicht aufstehen. [...] Iz a-Din schlug vor, Pferdefleisch zu kaufen, aber ich sagte ihm: „Das kann man nicht essen.“ Aber wir sind an einem Punkt angelangt, an dem die Menschen alles essen, was sie finden können, egal woher es kommt. Meine Kinder gehen hungrig und mit leeren Mägen ins Bett. Layan und Banan (18) erzählen, wie sehr sie Snacks und Schokolade vermissen – Dinge, die verschwunden sind und hier nicht mehr existieren, zumindest nicht für uns.

Routinemäßige Morde in „Hilfsgüterverteilungszentren“

Ende Mai 2025 nahmen das israelische Militär und die Gaza Humanitarian Foundation (GHF), eine private Organisation mit Verbindungen zur israelischen und amerikanischen Regierung, vier „sichere Verteilungsstellen“ in Betrieb, an denen die Bewohner Gazas angeblich Nahrungsmittelhilfe erhalten. Nur wenige Tage nach Inbetriebnahme der Stellen bezeichneten UN-Vertreter diese als „Todesfallen“, in denen hungrige und erschöpfte Menschen unter extremer Überbelegung stehen mussten und um Hilfspakete kämpften. Fast jeden Tag, an dem die Zentren in Betrieb waren, wurden Dutzende Menschen erschossen, während sie auf die Öffnung der Zentren warteten oder als die Pakete ausgingen und das israelische Militär versuchte, die Menschenmassen zu zerstreuen, die noch auf Lebensmittel hofften. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums von Gaza wurden vom 27. Mai bis Juli 2025 758 Menschen getötet und mehr als 5.000 verletzt, als sie versuchten, in den Hilfsverteilungszentren Lebensmittel zu erhalten.

In einem Ende Juni 2025 von Haaretz veröffentlichten Untersuchungsbericht beschrieben Offiziere und Soldaten, wie sie den Befehl erhielten, auf die Menschenmengen zu schießen, um sie von den Lebensmittelverteilungsstellen wegzudrängen oder „Menschenansammlungen“ um die Hilfszentren herum aufzulösen. Das Abfeuern von Granaten, auch auf Menschen, die zu fliehen versuchten, wurde als „gängige Praxis“ in diesen Gebieten beschrieben. Zu einem der Schussvorfälle sagte ein hochrangiger Reserveoffizier:

„Als wir fragten, warum sie das Feuer eröffneten, wurde uns gesagt, es sei ein Befehl von oben gewesen und die Zivilisten hätten eine Gefahr für die Truppen dargestellt. Ich kann mit Sicherheit sagen, dass die Menschen nicht in der Nähe der Streitkräfte waren und diese nicht gefährdet haben. Es war sinnlos – sie wurden einfach umgebracht, ohne Grund. Diese Sache, unschuldige Menschen zu töten, ist zur Normalität geworden. Uns wurde ständig gesagt, dass es in Gaza keine Nichtkombattanten gibt, und offenbar hat sich diese Botschaft bei den Soldaten festgesetzt.“

Im Mai 2025, noch bevor die „Hilfszentren“ ihren Betrieb aufnahmen, warnen OCHA und der CEO von GHF, der vor der Eröffnung zurückgetreten war, dass die von den Zentren verwendeten Vorräte zu einer erheblichen Verringerung der humanitären Hilfe zu einem Zeitpunkt führen würden, an dem der Bedarf stieg. Die UNO und andere Hilfsorganisationen weigerten sich, sich an dem Betrieb der Zentren zu beteiligen, mit der Begründung, dass die Einrichtung einer kleinen Anzahl von massiven Verteilungsstellen, von denen die meisten im Süden Gazas konzentriert waren, hungernde Bewohner dazu zwingen würde, mit ihren Familien in das Gebiet nahe der ägyptischen Grenze umzusiedeln, was auf eine absichtliche Politik der Zwangsumsiedlung aus dem Gebiet hindeuten könnte. Ein an der Planung beteiligter israelischer Beamter erklärte, das Ziel des Projekts sei es, „eine Art Show zu veranstalten, bei der vor der Welt Hilfe verteilt wird, nur um den internationalen Druck abzuwehren“. All dies stützt die Schlussfolgerung, dass die Zentren dazu dienen sollten, die geplante Zwangsumsiedlung der Bevölkerung Gazas im Sinne des Trump-Plans zu unterstützen, und nicht, um den Zugang zu Hilfe zu erleichtern. Mit anderen Worten: Es scheint, dass die sogenannten Hilfszentren in Wirklichkeit ein weiteres Mittel Israels sind, um Hunger und ethnische Säuberungen durchzuführen.

Zerstörung der Strom- und Wasserversorgung

Die vollständige Blockade, die Israel zu Beginn des Angriffs über den Gazastreifen verhängte, umfasste auch die Trennung vom israelischen Stromnetz, das angesichts der Beschränkungen Israels für die unabhängige Stromerzeugung im Gazastreifen einen erheblichen Teil des Stromverbrauchs des Gazastreifens deckte und von der Palästinensischen Autonomiebehörde bezahlt wurde. Das einzige Kraftwerk des Gazastreifens, das ohnehin nur einen kleinen Teil des Strombedarfs des Gazastreifens deckte, musste bereits am 11. Oktober 2023 den Betrieb einstellen. Der Stromausfall hatte verheerende und weitreichende Folgen und führte zu einer schwerwiegenden Störung fast aller lebenswichtigen Systeme im Gazastreifen, darunter das Gesundheitssystem, die Wasserversorgung, die Lebensmittelproduktion und -verteilung, die Kommunikation und die kommunalen Dienstleistungen. Die Anbieter dieser Dienstleistungen waren gezwungen, auf Generatoren zurückzugreifen, um ihren Betrieb in begrenztem Umfang aufrechtzuerhalten, doch gleichzeitig wurde die Einfuhr von Treibstoff in den Gazastreifen blockiert, sodass die Treibstoffreserven schnell erschöpft waren.

Im November 2023 begann Israel mit der begrenzten Einfuhr von Treibstoff, behält die Kontrolle jedoch darüber, wer diesen nutzen durfte.

Die Solarenergieinfrastruktur des Gazastreifens, die in den letzten Jahren ausgebaut worden war, um die chronische Stromknappheit in dem Gebiet zu bewältigen, wurde erheblich beschädigt. Darüber hinaus waren bis März 2024 über 60 % des Stromverteilungsnetzes des Gazastreifens durch israelische Bombardierungen beschädigt oder zerstört worden. Die einzige Anlage, die seit Oktober 2023 wieder an das israelische Stromnetz angeschlossen war, war die zentrale Meerwasserentsalzungsanlage in Gaza-Stadt, doch im März 2025 gab Israel bekannt, dass auch die Stromversorgung dieser Anlage unterbrochen worden sei.

Die Wasserversorgung des Gazastreifens wurde am 9. Oktober 2023 von Israel unterbrochen und später in begrenztem Umfang wiederhergestellt. Im Laufe der Angriffe zerstörte das israelische Militär 84 % der Wasseranlagen in Gaza, darunter Anlagen für Trinkwasser und andere für Hygiene, Abwasserbehandlung, Bewässerung und ähnliche Zwecke. Nachdem diese Anlagen bei Luftangriffen getroffen worden waren, verhinderte das israelische Militär Reparaturarbeiten. Israel blockierte außerdem systematisch die Einfuhr von Hilfsgütern für die Wasserversorgung der Bevölkerung, darunter Filtersysteme, Tanks und Materialien für die Instandsetzung der Kriegsinfrastruktur. Diese Politik führte zusammen mit der weitreichenden Zerstörung des Abwassersystems in Gaza zur Verwendung von kontaminiertem Wasser und zur Ausbreitung von Krankheiten, die nach Experten Einschätzung von Tausende Todesfälle zur Folge hatten.

Epidemiologen und Gesundheitsexperten schätzen, dass die katastrophalen hygienischen Bedingungen zusammen mit der Zerstörung der Gesundheitsinfrastruktur in Gaza und der Verlegung der medizinischen Versorgung in provisorische Einrichtungen ideale Bedingungen für die Entstehung und Ausbreitung antibiotikaresistenter bakterieller Infektionen geschaffen haben. Einige vermuten, dass Gaza seit Oktober 2023 zum Zentrum eines „transparenten“ biologischen Krieges geworden ist, der nicht nur die lokale Bevölkerung, sondern möglicherweise auch die globale Gesundheit gefährdet.

Angriff auf das Gesundheitssystem

Seit Oktober 2023 führt Israel einen groß angelegten und systematischen Angriff auf die gesamte medizinische Infrastruktur im Gazastreifen durch, bei dem Krankenhäuser und medizinisches Personal gezielt schwer beschädigt werden.

Infolgedessen konnten in den ersten Wochen des Angriffs die meisten Krankenhäuser und Kliniken in Gaza nicht einmal mehr die medizinische Grundversorgung gewährleisten. Im Juni 2025 waren nur noch 17 von 36 Krankenhäusern im Gazastreifen teilweise funktionsfähig, wobei sie mit einem kritischen Mangel an Personal, Treibstoff und medizinischer Ausrüstung zu kämpfen hatten. Im Mai 2025 berichtete die Weltgesundheitsorganisation, dass in der gesamten Gazastreifen nur noch etwa 2.000 Krankenhausbetten für mehr als 2 Millionen Menschen verfügbar waren, die ständig angegriffen wurden und unter Hunger und extrem schlechten hygienischen Bedingungen litten. Darüber hinaus hat Israel während der gesamten Dauer der Angriffe die Einfuhr lebenswichtiger medizinischer Güter wie Medikamente, Schmerzmittel, Beatmungsgeräte und vieles mehr blockiert, eingeschränkt oder verzögert. Ein Teil der Hilfsgüter und Medikamente, deren Einfuhr in den Gazastreifen genehmigt worden war, wurde geplündert, bevor sie ihren Bestimmungsort erreichten.

Während der gesamten Dauer der Angriffe verhängte das israelische Militär eine Blockade und führte Razzien in Krankenhäusern durch, mit der Begründung, diese würden von der Hamas für militärische Zwecke genutzt. Diese Behauptung wurde laut dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) in den meisten Fällen nicht belegt und stand in einigen Fällen im Widerspruch zu vorhandenen Beweisen. Ein Bericht von Ärzten ohne Grenzen (MSF) untersuchte den Fall des Nasser-Krankenhauses in Khan Yunis, dem zweitgrößten Krankenhaus im Gazastreifen, als Fallstudie für die umfassenden israelischen Angriffe auf Krankenhäuser. Im Januar 2024 verhängte das Militär eine vollständige Blockade über das Nasser-Krankenhaus, wodurch viele der dort eingeschlossenen Patienten an behandelbaren Krankheiten starben. Im folgenden Monat stürmte das Militär das Krankenhaus, zerstörte Einrichtungen und Ausrüstung und verhaftete Dutzende von Mitarbeitern, Patienten und deren Angehörigen. Seitdem dauern die gezielten militärischen Angriffe auf das Krankenhaus und seine Umgebung an. Im Juni 2025 erließ das Militär einen Evakuierungsbefehl für das Krankenhaugelände. Daraufhin warnte die Weltgesundheitsorganisation vor dem drohenden Zusammenbruch aller Aktivitäten im Krankenhaus, wodurch Millionen Menschen im Süden Gazas ohne medizinische Versorgung bleiben würden.

Im Rahmen der Angriffe auf Krankenhäuser und medizinische Zentren wurden viele medizinische Mitarbeiter und Rettungskräfte verletzt. Bis Januar 2025 wurden etwa 2,5 % des medizinischen Personals in Gaza getötet. Darüber hinaus wurden medizinische Fachkräfte festgenommen und schweren Misshandlungen ausgesetzt, die in mehreren Fällen zu ihrem Tod in israelischer Haft führten. Dr. Husam Abu Safiyah, Direktor des Kamal Adwan-Krankenhauses im nördlichen Gazastreifen, wurde im Dezember 2024 während eines israelischen Militärangriffs auf das Krankenhaus festgenommen, der schließlich zur Schließung der letzten funktionierenden medizinischen Einrichtung im nördlichen Gazastreifen führte. Während des Angriffs weigerte Abu Safiyah sich der Aufforderung des Militärs nachzukommen, das Krankenhaus zu evakuieren und seine Patienten zurückzulassen.

Mitte Juli 2025 berichtete sein Anwalt, dass Abu Safiyah etwa ein Drittel seines Körpergewichts verloren habe und unter Hunger, Entzug medizinischer Versorgung und Misshandlungen durch Gefängniswärter im Ofer-Gefängnis leide.

In einer Aussage gegenüber B'Tselem beschrieb der Rettungssanitäter Mu'in Abu al-Eish die Belagerung, die Razzien und die militärischen Angriffe auf das Al-Awda-Krankenhaus in Jabalya, wo er arbeitete. Im Oktober 2024 wurde er gebeten, eine Frau und ein Kleinkind in einem Krankenwagenkonvoi voller Patienten, Kranker und Verwundeter zum Kamal-Adwan-Krankenhaus zu begleiten. Als sie sich dem Krankenhaus näherten, feuerte das Militär eine Granate ab, die den hinteren Teil des Krankenwagens traf.

Alle im Krankenwagen schrien. Ich stieg aus, um nach den Menschen zu sehen, die ich gefahren hatte. Ich fand eine der Frauen im Sterben, sie atmete buchstäblich ihre letzten Atemzüge. Ich konnte nichts mehr für sie tun. [...] Dann begannen sie, heftig auf uns zu schießen, also rannte ich mit dem verletzten Jungen, seinem Vater und einer der Frauen und ihrer Tochter davon. Wir versteckten uns in einem Lagerhaus. Die andere Frau und ihre Tochter rannten zum Kamal-Adwan-Krankenhaus. Die beiden anderen Frauen und das Neugeborene blieben im Krankenwagen.

Von seinem Versteck aus gelang es Mu'in, die Krankenwagenfahrer zu kontaktieren und zwei von ihnen zum Ort des Geschehens zu lotsen. Sobald sie ankamen, feuerte das Militär eine Granate auf sie ab.

Gott sei Dank haben sie überlebt. Einer der Krankenwagen fuhr los, und ich legte die Verwundeten zusammen mit dem Sanitäter, der bei mir war, in den anderen Krankenwagen. Aber wir hatten keine Zeit, alle zu transportieren, und mussten fliehen. Die Frauen und das Baby blieben in dem beschädigten Krankenwagen zurück. [...] Später kam ein Mann, der an der Stelle vorbeigekommen war, an der der Krankenwagen beschossen worden war, ins Krankenhaus. Er erzählte uns, er habe ein Baby im Krankenwagen weinen hören. In dieser Nacht konnte ich nicht schlafen. Ich musste ständig an das Baby denken, dass ich zu ihm musste, um es zu retten, aber ich hatte Angst um mich und meine Kollegen.

Mu'in kehrte über Nacht an denselben Ort zurück, um weitere Tote und Verwundete aus einem weiteren israelischen Angriff zu bergen:

Auf dem Rückweg hielten wir in der Nähe des Krankenwagens an. Ich fand das neugeborene Baby weinend im Krankenwagen.

Die Leiche einer der Frauen lag dort, die Leiche der anderen Frau lag draußen. Hunde hatten beide zerfleischt, aber das Baby hatte irgendwie überlebt. Wir nahmen das Baby und die Leichen und fuhren zum Kamal Adwan Krankenhaus. Das Baby wurde auf die Neugeborenen-Intensivstation gebracht und war bei guter Gesundheit. Durch Gottes Gnade hatten die Hunde es nicht erwischt.

Infolge der anhaltenden Angriffe auf das Gesundheitssystem erhalten viele Bewohner des Gazastreifens, die an chronischen Krankheiten und verschiedenen Behinderungen leiden, keine lebenswichtige medizinische Versorgung. Amerikanische Mediziner, die sich freiwillig in Gaza engagierten, schätzten konservativ, dass im ersten Jahr der Angriffe 5.000 Menschen mit chronischen Krankheiten im Gazastreifen starben. Einige dieser Patienten hätten überleben können, wenn sie Zugang zu einer Behandlung an einem anderen Ort erhalten hätten, doch Israel hinderte sie daran, den Gazastreifen zu verlassen.

In einer Aussage gegenüber B'Tselem berichtete Aya Kahil, eine 28-jährige Frau aus Gaza-Stadt, die mit ihrer Familie vertrieben wurde, von ihrem fünfjährigen Sohn Nabil, bei dem Leukämie diagnostiziert wurde:

Nach etwa einem Monat im Zelt hatte ich das Gefühl, dass etwas mit Nabil nicht stimmte. [...] Zu dieser Zeit begann er nachts schreiend aufzuwachen. Er kam zu mir und schlief zusammengekauert neben mir. Er wollte auch nichts essen. Er hatte Durchfall, und ich dachte, es könnte wieder eine Infektion des Verdauungssystems sein [...] aber Nabil wurde nicht besser.

Nach seiner Diagnose wurde Nabil auf die Liste der Patienten gesetzt, die über den Grenzübergang Rafah ausreisen durften, um in Ägypten medizinisch versorgt zu werden. Am nächsten Tag wurde der Familie jedoch mitgeteilt, dass der Grenzübergang aufgrund israelischer Militäraktionen geschlossen worden sei:

Ich dachte, der Grenzübergang würde innerhalb weniger Tage wieder geöffnet werden. [...] In der Zwischenzeit verschlechterte sich Nabils Zustand. Er konnte nicht mehr laufen und klagte ständig über Bauchschmerzen. Sein ganzer Körper war geschwollen. [...] Er erhielt nie eine Chemotherapie.

Es dauerte weitere drei Wochen, bis die Familie Nabil zur Behandlung in die Westbank bringen konnte:

Nabil wurde sofort auf die Intensivstation gebracht. Er weinte viel, weil er wollte, dass ich bei ihm bleibe, aber wegen seines schwachen Immunsystems durften sie mich zunächst nicht zu ihm lassen. [...]

Am frühen Nachmittag stand ich neben ihm, und er bat mich, näher zu kommen. Plötzlich bekam er Krämpfe und begann zu zittern und zu zucken. Er packte meine Hand und seine Zähne klapperten laut. Als er meine Hand losließ, fiel ich hin. Ich fing an zu schreien, zu weinen und mich selbst zu schlagen. Man sagte mir, ich solle keine Angst haben, dass es vielleicht nur Krämpfe seien. Der Direktor des Krankenhauses kam herein. Nabil lag im Sterben. Sie versuchten, ihn wiederzubeleben. Sein Herz schlug für ein paar Sekunden wieder, dann hörte es wieder auf. Sie konnten ihn nicht retten. Er starb. [...] Ich konnte ihn nicht zum Friedhof begleiten, weil ich aufgrund meiner Aufenthaltsgenehmigung das Krankenhaus nicht verlassen durfte. Nabil wurde in Ramallah beerdigt. Ein Verwandter von uns, der dort war, begleitete ihn. Er machte ein Foto vom Grab und schickte es uns.

Domizid (Zerstörung von Wohnraum)

Nach jüngsten Schätzungen sind etwa 92 % aller Wohngebäude und etwa 69 % aller Gebäude im Gazastreifen zerstört oder schwer beschädigt. Ganze Stadtteile und sogar ganze Städte wurden fast vollständig von der Landkarte getilgt.

Aya Hasunah a-Susi, eine 31-jährige Frau aus dem Norden von Gaza-Stadt, musste mit ansehen, wie ihr Mann und ihre kleinen Kinder bei einem Bombenangriff auf ihr Flüchtlingslager in al-Mawasi im August 2024 getötet wurden. Noch immer um ihre Angehörigen trauernd, beschloss sie, allein nach Gaza zurückzukehren. In einer Aussage gegenüber B'Tselem beschrieb sie das Ausmaß der Zerstörung, das sie vorfand:

Ich ging die Küstenstraße entlang und sah Menschen mit ihren Kindern nach Hause gehen. Mein Herz schmerzte. Ich kehrte ohne meinen Mann und meine Kinder nach Gaza zurück. Sie hätten bei mir sein sollen, und dieser Verlust überwältigte mich. Schrecklicher Schmerz. [...] Mein Bruder Ibrahim wartete an der Straße, am a-Nabulsi-Platz, auf mich. Er fragte mich: „Was kannst du sehen, das auffällt?“, damit er mich finden konnte, aber ich kannte mich dort nicht aus und erkannte nichts in den Trümmern wieder. Ich erkannte die Straßen von Gaza nicht wieder, weil sie komplett zerstört waren. Ich wusste nicht, wo die Stadt begann und wo sie endete. [...] Das Viertel, in dem wir lebten, im Norden von Gaza-Stadt, war komplett zerstört. Es gibt dort kein Lebenszeichen mehr.

Die Zerstörung des städtischen Raums von Gaza wird voraussichtlich so lange andauern, wie die israelische Offensive fortgesetzt wird. Soldaten, die im Gazastreifen gedient haben, haben ausgesagt, dass die systematische Zerstörung von Häusern, öffentlichen Gebäuden, Infrastruktur und Ackerland nicht nur aus operativen Gründen erfolgt, sondern zu einem Ziel an sich geworden ist. In diesem Zusammenhang ist auch das Anzünden von Häusern durch Soldaten weit verbreitet, sei es auf Befehl oder nach eigenem Ermessen – unterstützt durch die vorherrschende militärische Mentalität.

Seit Juni 2025 stehen etwa 85 % des Gazastreifens unter israelischer Militärkontrolle und/oder sind vom Militär als Evakuierungszonen ausgewiesen. Parallel zu dieser umfassenden territorialen Übernahme wurde die überwiegende Mehrheit der Bewohner Gazas in immer dichter besiedelte „humanitäre Zonen“ vertrieben, die ihrerseits systematischen Bombardierungen ausgesetzt sind.

Wirtschaftliche Zerstörung

In den ersten Tagen des Angriffs wurden große Teile des Stadtviertels a-Rimal in Gaza-Stadt durch schwere israelische Bombardements zerstört. A-Rimal galt als wirtschaftliches und administratives Zentrum des Gazastreifens und beherbergte eine hohe Konzentration von Unternehmen, Banken, Schulen, Universitäten, Telekommunikationsunternehmen, Gesundheitseinrichtungen sowie internationalen und lokalen Organisationen, darunter auch die lokale Zentrale der UNRWA.

Seit den umfangreichen Angriffen auf a-Rimal hat Israel während der gesamten Monate der Kämpfe weiterhin systematisch die kommerzielle und wirtschaftliche Infrastruktur des Gazastreifens ins Visier genommen. Laut einem gemeinsamen Bericht der Weltbank und der Vereinten Nationen vom April 2024 wurden fast vier von fünf öffentlichen, kommerziellen und industriellen Unternehmen durch den israelischen Angriff beschädigt oder zerstört, was zu einem fast vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaftstätigkeit im Gazastreifen führte. Zwischen Anfang Oktober 2023 und Ende September 2024 lag die Arbeitslosenquote in Gaza bei durchschnittlich 79,7 %. In diesem Zeitraum lebte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Gazas in Armut. Bis Oktober 2024 hatte der israelische Angriff die wirtschaftliche Entwicklung Gazas um etwa 70 Jahre zurückgeworfen – auf ein Niveau, das mit dem von 1955 vergleichbar ist.

Zerstörung der Lebensbedingungen im Westjordanland

In der Westbank kontrolliert Israel fast jeden Aspekt des palästinensischen Lebens, darunter Arbeitsgenehmigungen in Israel und in den Siedlungen, palästinensische Steuereinnahmen, Bewegungsfreiheit und Zugang, Bau- und Entwicklungsgenehmigungen, Hauszerstörungen unter dem Deckmantel von Baugesetzen und vieles mehr. Diese Kontrolle dient dazu, die Unterdrückung und Enteignung der Palästinenser seit der Besetzung des Westjordanlandes im Jahr 1967 zu verschärfen und ermöglicht es Israel, weitreichende Veränderungen „unter dem Radar“ durchzuführen, ohne Aufmerksamkeit zu erregen, die das israelische Regime daran hindern könnte, seine Ziele voranzutreiben.

Domizid (Zerstörung von Wohnraum) und Bewegungsbeschränkungen

Seit Beginn der israelischen Offensive im Oktober 2023 und bis Ende Juni 2025 hat Israel unter dem Vorwand des Bauens ohne Genehmigung 1.572 Gebäude im Westjordanland und 397 in Ostjerusalem zerstört. Von allen zerstörten Gebäuden waren 729 Wohnhäuser. Infolgedessen verloren 2.598 Menschen ihr Zuhause, darunter 1.304 Minderjährige. Allein im Jahr 2024 erreichte die Zahl der von Israel zerstörten Gebäude einen Höchststand seit zwei Jahrzehnten, und für 2025 wird eine noch schlimmere Entwicklung erwartet, wenn die Zerstörungen im aktuellen Tempo fortgesetzt werden. Gleichzeitig umfassten die Angriffe des Militärs im Norden des Westjordanlandes massive Zerstörungsaktionen von Gebäuden und Infrastruktur unter Einsatz von Sprengstoff und Bulldozern, wodurch unter dem Vorwand militärischer Notwendigkeit umfangreiche Schäden an Häusern in Städten und Flüchtlingslagern verursacht wurden. Nach Schätzungen der Stadtverwaltung von Jenin wurden im Februar und März 2025 allein im Flüchtlingslager Jenin etwa 600 Häuser zerstört oder unbewohnbar gemacht. Im Mai 2025 kündigte das israelische Militär an, zusätzlich zu den laut Schätzungen der UNRWA bis April 2025 bereits zerstörten oder schwer beschädigten rund 300 Häusern etwa 100 Häuser in den Flüchtlingslagern Tulkarm und Nur Shams abzureißen.

Gleichzeitig verhängte Israel strenge Bewegungsbeschränkungen für Palästinenser in der gesamten Westbank. Das von Israel aufrechterhaltene Netz von Bewegungshindernissen wurde erheblich ausgebaut und umfasst seit Mai 2025 849 Kontrollpunkte und Straßensperren. Die Bewohner des Westjordanlands beschreiben ihren Alltag als Leben in einem „großen Gefängnis“, in dem selbst eine einfache Fahrt außerhalb des Wohnortes stundenlange Verkehrsstaus mit sich bringen kann, die oft durch lange Wartezeiten aufgrund verschärfter Kontrollen an Militärkontrollpunkten verursacht werden, bei denen es häufig zu willkürlichen Schikanen kommt.

Wirtschaftliche Zerstörung

Seit Oktober 2023 zielt Israel gezielt auf die beiden zentralen Säulen der Wirtschaft im Westjordanland ab: den Zugang zu Arbeit in Israel und die Finanzierung durch die Palästinensische Autonomiebehörde. Im Jahr 2022 arbeiteten in Israel und in den Siedlungen 22,5 % aller beschäftigten Palästinenser im Westjordanland und etwa 20 % waren im öffentlichen Sektor beschäftigt und erhielten ihr Gehalt von der Palästinensischen Autonomiebehörde. Unmittelbar nach dem 7. Oktober entzog Israel etwa 150.000 im Westjordanland lebenden Personen, die in Israel arbeiteten, die Einreiseerlaubnis, und die überwiegende Mehrheit dieser Erlaubnisse wurde nicht wieder erteilt. In den ersten drei Monaten des Angriffs verloren etwa 306.000 Menschen in der Westbank ihren Arbeitsplatz, und im Jahr 2024 erreichte die Arbeitslosenquote in der Westbank etwa 31 %, verglichen mit 18 % im Jahr 2023.

Darüber hinaus blockierte Finanzminister Smotrich in der ersten Hälfte des Jahres 2024 die Überweisung palästinensischer Steuereinnahmen, die Israel im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde einzieht. Diese Einnahmen machen etwa 60 % der jährlichen Einnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde aus. Dieser Schritt stürzte die Palästinensische Autonomiebehörde in ein beispielloses Haushaltsdefizit und gefährdet ihre Fähigkeit, die Gehälter im öffentlichen Dienst zu zahlen und grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildung zu erbringen.

All diese Entwicklungen haben in Verbindung mit dem Handelsstopp zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen, den zunehmenden Schwierigkeiten beim Zugang zu Ackerland, insbesondere während der Olivenernte, und den drastischen Verschärfungen der Bewegungsbeschränkungen im gesamten Westjordanland, die die Bewohner erheblich daran hinderten, ihren Arbeitsplatz zu erreichen, zur schwersten wirtschaftlichen Rezession geführt, die das Westjordanland seit über drei Jahrzehnten erlebt hat. Ende 2024 bezeichnete die Weltbank den Zusammenbruch der Wirtschaft im Westjordanland als „freien Fall“. Im Jahr 2024 gaben an 87,2 % der Arbeitnehmer im Westjordanland einen Rückgang des Haushaltseinkommens; die kurzfristige Armutsquote hat sich mehr als verdoppelt von 12 % im Jahr 2023 auf 28 % Mitte 2024, und die Ernährungsunsicherheit der Haushalte ist stark gestiegen. Nach Angaben des WFP benötigten 2024 mindestens 700.000 Bewohner des Westjordanlands Nahrungsmittelhilfe, was einem Anstieg von fast 100 % gegenüber dem Zeitraum vor Oktober 2023 entspricht.

Zerstörung der Wasser- und landwirtschaftlichen Infrastruktur

Beschränkungen des Zugangs zu Ackerland und eskalierende Gewalt durch Siedler haben die landwirtschaftliche Arbeit, insbesondere die Olivenernte, seit Oktober 2023 fast unmöglich gemacht.

Gleichzeitig nehmen Fälle von Tötung, Vergiftung und Diebstahl von Vieh durch Siedler zu, während die Weideflächen für palästinensische Hirten aufgrund der dramatischen Ausweitung der Siedlungsaußenposten, die weite Landstriche eingenommen haben, immer weiter schrumpfen. Diese Bedingungen beschleunigen die Aufgabe der Landwirtschaft und Viehzucht, die seit Generationen die Lebensgrundlage der palästinensischen Gemeinden bilden, was wiederum die wirtschaftliche Not der Palästinenser verschärft.

In Städten und Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlandes verursachten militärische Aktivitäten schwere Schäden an der Wasserinfrastruktur und unterbrachen die Trinkwasserversorgung für Zehntausende Menschen. Nawaf Shahin, 64, Vater von neun Kindern, beschrieb die zunehmende Wasserknappheit im Flüchtlingslager al-Far'ah sowie den gravierenden Mangel an Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern, unter denen seine Gemeinde in den Wochen vor der gewaltsamen Vertreibung seiner Familie durch das Militär im Februar 2025 litt:

Die Armee überfiel das Lager Dutzende Male; viele junge Menschen wurden getötet, und die Menschen lebten in Leid und Angst. Aber der Überfall dieser Woche war anders als die vorherigen. Es war die härteste und grausamste Zeit, die die Menschen im Lager und meine Familie je durchgemacht haben. Vor acht Tagen überfielen viele Soldaten das Lager und riegelten es von allen Seiten ab. Sie zerstörten Straßen und Wasserleitungen. Sie umzingelten die Häuser und besetzten viele Dächer. Die Menschen mussten wie in einem Gefängnis leben, während die Vorräte in ihren Häusern zur Neige gingen. Die Menschen hatten weder Essen noch Wasser oder Medikamente.

Seit Oktober 2023 hat auch die Zahl der Vorfälle dramatisch zugenommen, bei denen Siedler Wasserquellen und -leitungen sowie Generatoren und andere Strominfrastrukturen palästinensischer Gemeinden zerstört und unter ihre Kontrolle gebracht haben. Die Zerstörungen durch Siedler werden durch die „offizielle“ Zerstörung der Wasser- und Strominfrastruktur durch die Zivilverwaltung noch verschärft, die auch viele Gemeinden daran hindert, sich an das Wasserversorgungssystem anzuschließen.

Es gibt viele weitere Fälle, in denen ganze Gemeinden nur eingeschränkt Zugang zu Wasser oder Wasserversorgung haben. Im Jordantal soll das Militär die Öffnungszeiten des Kontrollpunkts verkürzt haben, über den Bewohner von Hirtengemeinden, die nicht an das Wassernetz angeschlossen sind, Wasser in ihre Dörfer transportieren. Die palästinensische Wasserbehörde berichtete, dass das israelische Wasserunternehmen Mekorot die ohnehin schon minimale Wassermenge, die verschiedenen Gebieten im Westjordanland zugeteilt wird, weiter reduziert hat.

Der Staat Israel hat auch die Verantwortung für die Wasserversorgung von Kafr 'Aqab abgelehnt, einem Stadtteil innerhalb der Stadtgrenzen Jerusalems mit mehr als 100.000 Einwohnern, der seit Oktober 2023 von einer akuten Wasserkrise heimgesucht wird.

Angriff auf das Gesundheitssystem

Die ohnehin schon begrenzten Kapazitäten des Gesundheitssystems im Westjordanland wurden seit Beginn der Offensive weiter eingeschränkt. Die Finanzkrise, mit der das palästinensische Gesundheitssystem zu kämpfen hatte, verschärfte sich erheblich, insbesondere in den Monaten, in denen Israel die der Palästinensischen Autonomiebehörde zustehenden Steuereinnahmen einbehält. Verschärft wurde die Lage durch die Kampagne der israelischen Regierung gegen die UNRWA, die 43 Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung und ein Krankenhaus betreibt und rund 895.000 Flüchtlinge, etwa ein Drittel der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland, kostenlos medizinisch versorgt (weitere Informationen hierzu finden Sie in diesem Bericht unter „Angriff auf den Status der palästinensischen Flüchtlinge“).

Im nördlichen Westjordanland umfassten die routinemäßigen Tötungen und Zerstörungen durch das israelische Militär häufige Angriffe auf Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen, manchmal verbunden mit Razzien und Übernahmen, Störungen des regulären Betriebs oder der Blockierung des Zugangs und der Verweigerung der Versorgung von Patienten in Not. Darüber hinaus wurden laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation zwischen April und Dezember 2024 mindestens 172 medizinische Mitarbeiter im Dienst festgenommen und 25 Patienten während ihrer Behandlung inhaftiert. Aufgrund all dieser Vorfälle stellte ein Bericht von Ärzten ohne Grenzen im Februar 2025 fest, dass sich das Gesundheitssystem im Westjordanland seit dem 7. Oktober 2023 in einem „ständigen Ausnahmezustand“ befindet.

C. Zwangsvertreibung

Zwangsvertreibung im Gazastreifen

Seit Oktober 2023 wurden etwa 1,9 Millionen Palästinenser, etwa 90 % der Bevölkerung Gazas, mindestens einmal zwangsweise vertrieben. Die meisten Vertriebenen sind Flüchtlinge oder Nachkommen von Flüchtlingen, die während der Nakba 1948 aus ihren Häusern vertrieben wurden. Im Laufe des Angriffs wurden sie zum zweiten, dritten oder sogar vierten Mal zu Flüchtlingen. Das kollektive und persönliche Trauma, das die palästinensische Gesellschaft seit fast achtzig Jahren prägt, wurde erneut zur gelebten Realität.

So beschrieb es Olfat al-Kurd, Feldforscherin bei B'Tselem:

Vor 75 Jahren mussten meine Großeltern ihr Dorf Majdal an der Westküste des Sees Kinneret verlassen. Sie wurden zu Flüchtlingen im Gazastreifen, und meine Großmutter erzählte mir oft von dem Schmerz, das Dorf verlassen zu müssen, und von dem harten Winter, den sie in diesem Jahr im Gazastreifen in einem Zelt verbrachte, das sie sich mit meinem Großvater und seinen Schwestern teilte. Sie erzählte mir von ihrer Sehnsucht nach Majdal, nach dem Leben, das sie hatte und das es nicht mehr gab. Jetzt, wo ich mit meiner Familie in einem Zelt aus Plastik und Stoff im südlichen Gazastreifen lebe, muss ich ständig an sie denken. Ich bin mir sicher, dass sie sich nie hätte vorstellen können, dass ihre Enkelin auch einmal in einem Flüchtlingslager leben würde.

Am 13. Oktober 2023 erließ das Militär die ersten Massenevakuierungsbefehle für die Bewohner des Gazastreifens. Die Befehle wiesen die Bewohner des nördlichen Teils des Gazastreifens an, ihre Häuser sofort zu verlassen und nach Süden zu fliehen. Hunderttausende Menschen mussten sich entscheiden, wohin sie fliehen sollten, ohne zu wissen, ob und wann sie zurückkehren dürften. Ende 2023 begann das Militär mit der Einrichtung des Netzarim-Korridors, einer Pufferzone, die den Gazastreifen von Ost nach West entlang der südlichen Grenze von Gaza-Stadt durchzieht und den Norden vom Süden abtrennt. Im Laufe des israelischen Angriffs wurde die Pufferzone erweitert und erreichte in ihrer größten Ausdehnung eine Breite von bis zu sieben Kilometern. Dieses Gebiet wurde zur Todeszone erklärt, was bedeutete, dass jeder Palästinenser, der sich dort aufhielt, erschossen wurde. Der Zweck dieser Teilung bestand unter anderem darin, die Bewegung der Bewohner im Süden Gazas zu kontrollieren und ihre Rückkehr nach Norden zu verhindern.

Im Laufe der Zeit ordnete Israel wiederholt die Evakuierung der Bewohner an, und seit Juni 2025 sind 85 % des Gazastreifens entweder von militärischen Evakuierungsbefehlen betroffen oder unter der Kontrolle des israelischen Militärs.

Ab Oktober 2024 verschärfte Israel seine Kampagne zur Zerstörung der städtischen und landwirtschaftlichen Infrastruktur im Norden Gazas und verfolgte eine gezielte und besonders extreme Politik der Aushungerung, die darauf abzielte, die Region dauerhaft zu entvölkern, wie israelische Militärvertreter ausdrücklich erklärten. Diese Operationen wurden gemäß einem Plan durchgeführt, der von ehemaligen hochrangigen Militärs ausgearbeitet worden war und als „Generals' Plan“ bekannt ist. Obwohl dieser Plan nie offiziell vom israelischen Militär verabschiedet wurde, diente als Grundlage für er doch dessen Vorgehen vor Ort. Die Aktionen Israels im nördlichen Gazastreifen wurden von vielen Experten, darunter auch dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, als Versuch einer ethnischen Säuberung bezeichnet. Bis November 2024 wurden rund 100.000 Menschen, die im nördlichen Gazastreifen gelebt hatten, aus ihren Häusern vertrieben.

Verschiedene Berichte, die das Ausmaß der von Israel im Gazastreifen angerichteten Zerstörungen bewerten, deuten darauf hin, dass Israel angesichts des Fehlens klarer militärischer Ziele wahrscheinlich beabsichtigt, die „vorübergehende“ Vertreibung der Bevölkerung Gazas in eine dauerhafte umzuwandeln. Die Umgestaltung des physischen Raums in Gaza wird auch als Hinweis auf einen Plan Israels gesehen, langfristig im Gazastreifen zu bleiben und die Grundlagen für die Errichtung israelischer Siedlungen in der Zukunft zu schaffen. Die Existenz solcher Pläne wurde durch zahlreiche öffentliche Erklärungen israelischer Regierungsvertreter während des Angriffs sowie durch Maßnahmen des Militärs zur Festigung seiner Kontrolle über die eroberten Gebiete ausdrücklich bestätigt.

Anfang 2025 kündigte US-Präsident Donald Trump seine Absicht an, die „Aufnahme“ vertriebener Bewohner des Gazastreifens in Nachbarländern zu fördern. Verschiedenen Berichten zufolge, darunter auch Aussagen des israelischen Finanzministers Bezalel Smotrich, basierte dieser Plan tatsächlich auf einem Vorschlag, den die israelische Regierung einige Monate zuvor formuliert hatte. Die breite öffentliche Unterstützung für diese Initiative in Israel machte deutlich, dass die Praxis der Zwangsumsiedlung oder Vertreibung nun als legitime und wünschenswerte Lösung für das „Palästinenserproblem“ angesehen wird, wobei dieses Problem in der bloßen Anwesenheit von Palästinensern in den von Israel kontrollierten Gebieten besteht.

Diese breite politische und öffentliche Unterstützung für diese Politik war nicht nur Wunschenken.

Viele Monate lang hat die israelische Regierung aktiv versucht die Umsiedlung von Vertriebenen aus dem Gazastreifen in verschiedene Länder im Nahen Osten, Afrika, Europa und Südamerika zu fördern. Im März 2025 genehmigte das israelische Kabinett die Einrichtung einer Behörde für freiwillige Ausreise, die mit der Ausreise von Hunderttausenden Palästinensern aus dem Gazastreifen beauftragt wurde. Ab Mai 2025 erklärten hochrangige israelische Beamte ausdrücklich die ethnische Säuberung des Gazastreifens zum zentralen Ziel des Krieges und bezeichneten die Zerstörung des Gazastreifens und die Kontrolle Israels über humanitäre Hilfe als Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Im Rahmen eines laufenden Gerichtsverfahrens (Juli 2025) bestritt Stabschef Eyal Zamir, dass die Zwangsumsiedlung eines der Ziele der Operation sei. Die Aussagen israelischer Entscheidungsträger zeichnen jedoch ein ganz anderes Bild. Premierminister Benjamin Netanjahu wurde Anfang Mai in einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung mit den Worten zitiert: „Wir zerstören immer mehr Häuser, und die Bewohner Gazas können nirgendwohin zurückkehren. Das einzige unvermeidliche Ergebnis wird der Wunsch der Bewohner Gazas sein, aus dem Gazastreifen auszuwandern. Das „Hauptproblem“, fügte er hinzu, „liegt bei den Ländern, in die sie auswandern würden“. Netanjahu sagte auch unter Bezugnahme auf den Plan zur Verteilung humanitärer Hilfe in Gaza, dass der Zugang zu „Hilfskomplexen“ davon abhängig gemacht werde, dass die Bewohner Gazas nicht in die Gebiete zurückkehren, aus denen sie gekommen sind. Tage zuvor erklärte Minister Smotrich: „Ich denke, wir werden innerhalb weniger Monate den ‚Sieg‘ verkünden können. Gaza wird vollständig zerstört sein, seine Zivilbevölkerung wird aus dem Morag-Korridor [der den Gazastreifen zwischen Khan Yunis und Rafah von Ost nach West durchschneidet] nach Süden konzentriert und von dort aus in großer Zahl in Drittländer ausreisen.“

Die ethnische Säuberung Gazas zu einem der offiziellen „Kriegsziele“ zu erklären und diese mit Hunger, der Zerstörung der Infrastruktur und der Zerstörung von Häusern zu erreichen, sind nicht nur schwere Verbrechen und Völkermord an sich, sondern offenbaren auch die Denkweise und Absichten der führenden Entscheidungsträger während des gesamten Krieges.

Vertreibung in der Westbank

Seit Oktober 2023 haben militärische Angriffe sowie Gewalt durch Siedler und Militär in der Westbank palästinensische Gemeinden in einem Ausmaß vertrieben, wie es seit der Besetzung der Westbank durch Israel im Jahr 1967 nicht mehr gesehen wurde. Seitdem wurden 38 palästinensische Gemeinden, bestehend aus 67 Wohnsiedlungen, aufgrund von Gewalt gewaltsam umgesiedelt, acht weitere, bestehend aus neun Wohnsiedlungen, wurden teilweise vertrieben.

Insgesamt wurden 2.409 Menschen, darunter mindestens 1.056 Minderjährige, aus ihren Häusern vertrieben. Seit Juni 2025 sind Tausende weitere Menschen in Dutzenden anderen palästinensischen Gemeinden aufgrund anhaltender täglicher Angriffe von Siedlern von Vertreibung bedroht.

Palästinensische Gemeinden in Gebiet C sind seit Jahren dem Druck der israelischen Behörden ausgesetzt, der sich seit Oktober 2023 deutlich verschärft hat. Mit staatlicher Unterstützung wurden Dutzende von Siedler-Hirtenußenposten rund um diese Gemeinden errichtet, mit dem Hauptziel, die Palästinenser zu vertreiben und so viel Land wie möglich zu beschlagnahmen. Die Gewalt der Siedler aus diesen Außenposten ist eskaliert und hat während des israelischen Angriffs auf Gaza einen beispiellosen Höhepunkt erreicht. Diese Gewalt, die für die Palästinenser zu einer schrecklichen täglichen Realität geworden ist, umfasst schwere körperliche Übergriffe, Überfälle von Siedlern auf Gemeinden und Häuser bei Tag und Nacht, Brandstiftung, Vertreibung von Hirten aus Weidegebieten und von Bauern von ihren Feldern, Tötung und Diebstahl von Vieh, Zerstörung von Ernten, Diebstahl von Geräten und persönlichem Eigentum sowie Straßensperren.

Die im Januar 2025 gestartete Militäroperation „Iron Wall“, die sich hauptsächlich auf Flüchtlingslager im nördlichen Westjordanland konzentrierte, führte zur Vertreibung von über 40.000 Palästinensern. Während die Armee behauptete, es gebe keine offizielle Politik zur Evakuierung dieser Gebiete, berichteten Zeugen gegenüber B'Tselem und der Zeitung Haaretz, dass Soldaten die Bewohner unter Drohungen und teilweise mit Waffengewalt zum Verlassen ihrer Häuser zwangen. Viele vertriebene Familien mussten unter überfüllten Bedingungen in Gemeindezentren oder Veranstaltungshallen schlafen und waren für Nahrung, Wasser und andere Grundbedürfnisse auf die Hilfe von Anwohnern und Hilfsorganisationen angewiesen. Wie die Bewohner des Gazastreifens sind auch die meisten Menschen in den Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlandes Flüchtlinge, die während der Nakba 1948 vertrieben wurden, oder deren Nachkommen. Viele beschrieben diese neue Erfahrung der Vertreibung als Wiederaufleben ihrer eigenen Traumata oder der ihrer Familien.

Im Februar 2025 gab Verteidigungsminister Israel Katz bekannt, dass die Armee beabsichtige, während des gesamten kommenden Jahres in den Flüchtlingslagern zu bleiben und dass die Bewohner während dieser Zeit nicht zurückkehren dürften. Seit Januar 2025 sind Städte und Flüchtlingslager im nördlichen Westjordanland zu Geisterstädten geworden, die nun ausschließlich von Militärkräften besetzt sind. Im Mai 2025 wurde das vollständig entvölkerte Flüchtlingslager Jenin als „großer Militärstützpunkt“ beschrieben, und Berichten zufolge setzte die Armee den Abriss von Gebäuden im Lager fort, um Wege für Militärfahrzeuge zu schaffen.

Diese gewaltsame Vertreibung im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, wird auch offiziell vom Staat Israel durch rechtliche und bürokratische Mittel unterstützt. Im Jahr 2024 erreichten die Menge des zu „Staatsland“ erklärten Landes, die für Siedlungen bereitgestellten Haushaltsmittel, die Anzahl der für Siedlungswohnungen erteilten Baugenehmigungen und das Tempo des Baus neuer illegaler Außenposten seit Jahrzehnten einen Höchststand. Zwischen Oktober 2023 und März 2025 wurden mindestens 14 neue Außenposten auf oder in der Nähe der Ruinen evakuierter Hirtengemeinden errichtet. Von diesen Außenposten aus setzen die Siedler ihre Bemühungen fort, die verbliebenen Gemeinden zu vertreiben und die palästinensische Bevölkerung ethnisch zu säubern.

So wurde beispielsweise im Mai 2025 die 150-köpfige Gemeinde Maghayer a-Deir nur wenige Tage nach der Errichtung einer neuen Siedlung in einem Schafstall, der einem der Bewohner gehörte, vertrieben. Die Mitglieder der Gemeinde, deren Familien ursprünglich in den 1950er Jahren aus der Negev-Wüste vertrieben worden waren, mussten ihre Häuser verlassen und sich auf verschiedene Dörfer in der Umgebung verteilen.

Im Juli 2025 wurde die Gemeinde al-Mu'arrajat, in der etwa 36 Familien und Hunderte von Menschen lebten, gewaltsam vertrieben. Es war eine der größten Gemeinden, die seit Oktober 2023 vertrieben wurden. Die Gemeinde, die jahrelang unerbittlicher Gewalt und Schikanen durch Siedler ausgesetzt war, wurde unter Drohungen entwurzelt, nachdem Siedler einen Außenposten innerhalb des Dorfes errichtet hatten. Heute gibt es in diesem Teil des Jordantals, einem Gebiet von etwa 150.000 Dunam (1 Dunam = 0,1 Hektar), nur noch eine einzige Gemeinde: Ras 'Ein al-'Auja Jahalin, die nun völlig der Gewalt der Siedler ausgeliefert ist.

Vertreibung innerhalb Israels

Im April 2024 übertrug die israelische Regierung die Behörde für die Durchsetzung von Landesgesetzen vom Finanzministerium an das Ministerium für Nationale Sicherheit unter der Leitung von Minister Itamar Ben Gvir. In den folgenden Monaten gab das Ministerium bekannt, dass gemäß der Politik des Ministers die Zahl der Abrissverfügungen für Häuser im Negev um 400 % gestiegen sei. Nach Angaben der Polizei wurden im Jahr 2024 3.746 Dunam (1 Dunam = 0,1 Hektar) bebaute Fläche zerstört, der Großteil davon in der Negev. Dies entspricht einem Anstieg von 274 % gegenüber 2023. Zwei Dörfer, Wadi al-Khalil und Umm al-Hiran, wurden fast vollständig dem Erdboden gleichgemacht, drei weitere Stadtviertel wurden von der Landkarte getilgt.

Infolgedessen wurden über 1.000 Menschen obdachlos.

Im Mai 2025 begann Israel mit dem Abriss aller 300 Häuser in dem nicht anerkannten Dorf a-Sar, in dem etwa 3.000 Menschen lebten. Berichten zufolge rissen einige Bewohner ihre Häuser selbst ab, um die von Israel für den Abriss verhängten Geldstrafen zu vermeiden, und Dutzende wurden in ein Gemeindezentrum und eine Schule umgesiedelt, die faktisch zu provisorischen Vertriebenenlagern geworden sind. Israel plant, auf den Ruinen dieser nicht anerkannten Dörfer, deren Bewohner gewaltsam umgesiedelt wurden, sowie auf Grundstücken von Dörfern in der Negev, die ebenfalls abgerissen werden sollen, eine Reihe jüdischer Siedlungen zu errichten oder bestehende auszuweiten.

D. Soziale, politische und kulturelle Zerstörung

Soziale, politische und kulturelle Zerstörung im Gazastreifen

Die Ausbreitung der Anarchie

Unter dem Vorwand seines Krieges gegen das Hamas-Regime hat Israel einen beispiellosen Angriff auf die zivile und soziale Ordnung im Gazastreifen geführt. Alle Ordnungskräfte in Gaza, darunter Polizeibeamte und Kommandeure sowie Zivilschutzkräfte, wurden während der monatelangen Kämpfe systematisch von israelischen Streitkräften angegriffen. Infolgedessen und angesichts akuter Engpässe bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern erklärte das OHCHR im Juli 2024, dass sich im Gazastreifen „Anarchie ausbreitet“, was zum „Zerfall des sozialen Gefüges in Gaza, zu Kämpfen ums Überleben und zur Spaltung der Gemeinschaften“ führt.

Im Verlauf der Offensive wurde über weit verbreitete Lynchjustiz sowie gewalttätige Auseinandersetzungen um Territorium und Ressourcen berichtet. Darüber hinaus wurde das in Gaza entstandene Machtvakuum von bewaffneten kriminellen Banden gefüllt, die im gesamten Gazastreifen operieren. Israel hat diesen Banden nicht nur erlaubt, an Macht zu gewinnen, sondern auch angedeutet, dass es ihnen möglicherweise die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung übertragen wird. Israelische Beamte haben sogar erklärt, dass Israel sie mit Waffen versorgt habe.

Infolgedessen haben sich die Beziehungen innerhalb der Gemeinden in Gaza zunehmend verschlechtert, während die Mehrheit der Bevölkerung gezwungen ist, in immer überfüllteren Vertriebenenlagern zu leben. Einwohner berichten von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen hungernden, erschöpften Familien um die Aufstellung eines Zelttes in einem Lager, von „wildem Verhalten von Kindern“ oder von „Eifersucht, nachdem jemand ein Lebensmittelpaket ergattern konnte“.

Shadi al-Kurd, Bewohner des Flüchtlingslagers Jabalya und Vater von fünf Kindern, wurde aus seinem Zuhause vertrieben und lebt nun mit seiner Familie in einem Zelt, das er im Stadtteil a-Rimal in Gaza-Stadt aufgestellt hat. Er berichtete B'Tselem von der Anarchie in den Hilfsgüterverteilungszentren:

Es gibt bewaffnete Banden, die in Fahrzeugen ankommen. Sie erreichen die Lastwagen vor allen anderen, schießen in die Luft, versetzen die Menschen in Angst und Schrecken und beschlagnahmen große Mengen Mehlsäcke. [...] Es herrscht totales Chaos, die Menschen kämpfen, jeder versucht, sein Paket zu schützen, damit es nicht gestohlen wird. [...] Wenn ich einen Sack Mehl ergattern kann, trage ich ihn mindestens fünf Kilometer weit zu Fuß. Wenn ich müde werde, setze ich mich irgendwo hin, um mich etwa 10 Minuten auszuruhen, wobei ich die ganze Zeit ein Messer in der Hand halte, aus Angst, dass einer der Schläger mir den Mehlsack wegnehmen könnte. Das ist vielen Menschen auf dem Rückweg von den Hilfsgüterverteilungszentren passiert [...] Meistens gehe ich mit einem Freund zum Verteilungszentrum, und manchmal nehme ich meinen Sohn Ahmad mit, damit er mich beschützen kann, während ich den Mehlsack auf der Schulter trage.

Angriff auf die Familie

Der Angriff Israels hat verheerende Auswirkungen auf die Familien in dem Gazastreifen gehabt. Seit Beginn der Offensive bis März 2025 wurden etwa 14.000 Frauen in dem Gazastreifen zu Witwen und sind nun allein für ihre Familien verantwortlich. Rund 40.000 Kinder haben einen oder beide Elternteile verloren, was die größte Waisenkrise der modernen Geschichte zu sein scheint. Eine UNICEF-Umfrage vom April 2024 ergab, dass 41 % der Familien in Gaza Kinder betreuen, die nicht ihre eigenen sind.

Hanaa al-Qreinawi aus dem Flüchtlingslager al-Bureij beschrieb in einer Aussage gegenüber B'Tselem, wie sie ihren verwaisten Neffen aufnahm, nachdem seine Eltern getötet worden waren. Hanaas Schwester Amani war in den letzten Monaten schwanger, als die israelische Offensive begann, nachdem sie fast 16 Jahre lang versucht hatte, schwanger zu werden.

Sie brachte ihren Sohn Ousamah im Dezember 2023 unter schwerem Beschuss zur Welt. Etwa zwei Wochen nach seiner Geburt wurde ihr Mann bei einem Luftangriff auf ihr Haus in al-Bureij R.C. getötet. Etwa sechs Monate später kam Amani selbst bei einem Luftangriff auf die Schule in Deir al-Balah ums Leben, in der sie arbeitete. Hanaa berichtete B'Tselem:

Meine Schwester zu verlieren ist unerträglich, aber ich akzeptiere dieses Schicksal, das Gott mir auferlegt hat. Ousamah ist jetzt neun Monate alt. Amani hat mich immer gebeten, auf ihn aufzupassen und für ihn zu sorgen, als hätte sie im Voraus gewusst, dass sie sterben würde. Sie sagte mir immer: „Du wirst dich um ihn kümmern müssen, denn du bist wie ich.“ Er war alles für Amani, und nachdem sein Vater getötet worden war, versuchte sie, es ihm wieder gut zu machen. [...] Bevor sie getötet wurde, zeigte meine Schwester Ousamah auf ihrem Handy ein Bild von seinem Vater und sagte ihm: „Schau, das ist dein Vater“, damit er ihn wiedererkennen würde. Jetzt zeige ich ihm Bilder von seiner Mutter und seinem Vater auf dem Handy, damit er weiß, wer sie waren, und morgens sage ich zu ihm: „Schau, das sind deine Eltern. Sag ihnen Guten Morgen.“ Ich weiß nicht, womit Ousamah es verdient hat, ohne Mutter und Vater aufzuwachsen. Es gibt keine Erklärung dafür. Sie wurden kaltblütig ermordet, und ihr Sohn wurde verwaist. Ich bin untröstlich für ihn und für meine Schwester und ihren Mann, die 16 Jahre lang auf ein Kind gewartet haben, und als sie endlich Ousamah bekamen, wurden sie getötet und ließen ihn für immer zurück.

Während der gesamten Dauer der Offensive waren vertriebene Familien oft gezwungen, ältere oder kranke Angehörige zurückzulassen, die den harten Bedingungen der Vertreibung nicht standhalten konnten. Viele Familien sind seit langem von ihren Angehörigen getrennt, wobei einige nicht wissen, was aus ihnen geworden ist. Nach Angaben der Gesundheitsbehörden in Gaza werden mehr als 11.000 Bewohner des Gazastreifens weiterhin als vermisst geführt, wobei die meisten vermutlich tot sind und unter den Trümmern begraben liegen. Darüber hinaus wurden Tausende Männer und Jungen während der Festnahmen durch das israelische Militär im Laufe der Offensive von ihren Familien getrennt und sind verschwunden. In den meisten Fällen hatten ihre Familien keine Möglichkeit, herauszufinden, was mit ihnen geschehen ist, geschweige denn, Kontakt aufzunehmen.

Von B'Tselem-Feldforschern während der Offensive gesammelte Zeugenaussagen deuten darauf hin, dass Familien in Gaza unter der Last des Wissens, dass sie ihre Kinder nicht schützen und nicht einmal ihre grundlegendsten Bedürfnisse befriedigen können, auseinanderbrechen.

Frauen und Männer beschrieben ihre Hilflosigkeit, als sie ihre Kinder durch Schüsse, Luftangriffe, Überfahren werden, Hunger, Kälte oder Krankheiten sterben sahen. Im März 2025 berichtete ein amerikanischer Arzt, der als Freiwilliger in Gaza tätig war, von einem speziellen Bereich in der Notaufnahme des Nasser-Krankenhauses in Khan Yunis, in dem Kinder untergebracht werden, die aufgrund ihres Zustands oder aufgrund der unüberschaubaren Arbeitsbelastung und der knappen Ressourcen in den Krankenhäusern nicht mehr gerettet werden können. Die Familienangehörigen dieser sterbenden Kinder, so der Arzt, warten dort an ihrer Seite, bis sie sterben.

Adnan al-Qassas, 36, aus Bani Suheila östlich von Khan Yunis, sprach über seine neugeborene Tochter Aishah, die im Alter von 23 Tagen erfroren ist, als ihre Familie in einem Zelt im Flüchtlingslager al-Mawasi lebte:

Am Freitag, dem 20. Dezember 2024, war es sehr regnerisch und kalt, mit starkem Wind. In der Nacht wurde das Zelt überflutet. Rana und ich hielten die Kinder dicht bei uns. Ich blieb bis 4:00 Uhr morgens wach, um sicherzustellen, dass das Zelt nicht im Wasser versank, und ging dann schlafen. Kurz bevor ich einschlief [...] Wir wachten um 6:00 Uhr morgens auf. Ich hob Aishah hoch und sie war wie ein Eisblock, kalt und steif und blau, und ihre Augen waren offen. Ich hielt sie völlig geschockt fest. Sie atmete nicht. Ich rannte mit ihr zur Erste-Hilfe-Station des Roten Halbmonds, die 500 Meter entfernt war. Dort versuchten sie, sie wiederzubeleben, aber es gelang ihnen nicht, also brachten sie uns beide mit einem Krankenwagen ins Naser-Krankenhaus in Khan Yunis, wo sie erneut versuchten, sie wiederzubeleben, aber ohne Erfolg. Sie sagten, ihr Herz und ihr Kreislaufsystem seien durch die Kälte geschädigt worden. Aisha wurde sofort beerdigt.

Rana und ich sind am Boden zerstört. Der Tod von 'Aishah, unserem einzigen Mädchen unter fünf Kindern, hat uns wie ein Blitzschlag getroffen. Ranas Herz ist gebrochen [...] Ich fürchte um das Leben unserer übrigen Kinder in diesem Zelt, das uns keinen Schutz bietet. Wir überleben dank Lebensmittelhilfe und essen nur Konserven und Linsen. Das reicht nicht aus, und ich habe Angst, ein weiteres Kind durch Kälte und Hunger zu verlieren. Gestern hat es wieder geregnet, und unser Zelt ist untergegangen. Ich fühle mich hilflos. Ich habe mein Baby verloren und möchte kein weiteres Kind verlieren.

Die israelische Offensive hat auch die Bewohner daran gehindert, ihre Trauerrituale auszuüben. Aufgrund des Ausmaßes der Todesfälle wurde das Ausheben von Gräbern, darunter auch Massengräbern, in der Nähe von Krankenhäusern und auf öffentlichen Plätzen zur Normalität.

Im April 2024 veröffentlichte Euro-Med Human Rights Monitor eine Karte mit über 120 Massengräbern im Gazastreifen, die sich in Innenhöfen von Häusern und Krankenhäusern, an Straßenkreuzungen, in Bankettsälen, auf Sportplätzen, in Schulen und Moscheen befanden. Erschütternde Bilder von zerstückelten oder verwesenden menschlichen Überresten, die in öffentlichen Bereichen zurückgelassen wurden, und streunenden Hunden, die sich von unbegrabenen Leichen ernährten, wurden in den internationalen Medien und in unzähligen Zeugenaussagen, die von B'Tselem-Feldforschern gesammelt wurden, ausführlich berichtet.

In vielen Fällen hinderten Soldaten Familien daran, die Leichen ihrer Angehörigen zu bergen und zu bestatten. In anderen Fällen filmten Soldaten sich selbst, wie sie die Leichen von Palästinensern schändeten, unter anderem indem sie sie mit Bulldozern und Panzern überführen – eine Praxis, die auch während israelischer Operationen im nördlichen Westjordanland dokumentiert wurde. Es wurde berichtet, dass israelische Streitkräfte Dutzende palästinensischer Leichen nach Israel gebracht und in Leichensäcken zurückgebracht hätten, die so stark verwest waren, dass sie nicht mehr identifizierbar waren. Familien die unter Trümmern oder auf den Straßen nach den Überresten ihrer Angehörigen suchten, waren gezwungen, sich zur Identifizierung auf Zähne und Knochen oder auf Kleidungsreste und Schmuckstücke zu verlassen, die noch an abgetrennten Gliedmaßen hingen. Viele der Bestatteten wurden oft ohne Grabsteine beigesetzt, ihre Namen wurden handschriftlich auf weiße Leichentücher oder Leichensäcke geschrieben. Die Gebete wurden, wenn überhaupt, hastig in Krankenhausfluren oder vor Leichenhallen gesprochen.

All dies, zusammen mit der anhaltenden Vertreibung, der Zerstörung von Moscheen und Kirchen und der Beschädigung von Friedhöfen, die Gebete, Beerdigungen und Trauerfeiern erschwerten, untergrub die Fähigkeit der Familien, ihre Verluste zu verarbeiten, noch weiter.

Azizah Qishtah, 67, aus Rafah, berichtete, wie sie und ihr 70-jähriger blinder Ehemann Ibrahim allein zurückblieben, nachdem ihre Familie durch israelische Bombenangriffe vertrieben worden war, und wie sie Ibrahim, nachdem er durch Granatsplitter getötet worden war, selbst in einem provisorischen Grab begraben musste:

Ich hob meinen Mann auf und trug ihn auf meinem Rücken. Sein Körper war durch die Verletzung schlaff und sehr schwer. Es war niemand da, der mir helfen konnte, und ich musste ihn alleine tragen. Ich ging ein Stück, ruhte mich aus und ging dann weiter [...] Plötzlich bemerkte ich, dass seine linke Hand stark zitterte. Ich fragte ihn, ob er eine Massage wolle, aber dann sah ich, dass er tot war. Ich überprüfte es noch einmal – ich hatte mich nicht getäuscht. Er war genau dort gestorben, in meinen Armen. Es war niemand in der Nähe. Ich sah mich um und entdeckte eine kleine Grube in der Nähe eines Olivenbaums im Garten meines Onkels. Ich hatte kein Tuch für ein Leichentuch. Ich nahm einen Vorhang vom Fenster und eine Plastiktüte, wickelte ihn selbst ein und rollte ihn langsam in die Grube.

Ich habe zwei Stunden gebraucht, ganz allein. Es war sehr schwer, aber Gott hat mir Kraft gegeben. Ich habe ihn selbst begraben. Ich habe Blechplatten und ein Holzbrett über ihn gelegt und ihn mit Erde bedeckt. Ich habe ein paar Gebete gesprochen und geweint. Ich habe leise geweint, vor Schmerz. [...] Ich blieb zwei Wochen lang allein in dem Haus, bis mir am 24. Mai 2025 fast das Wasser und das Essen ausgegangen waren. An diesem Tag hörte ich draußen Schüsse. Ich ging hinaus und sah, dass die Blechplatten, mit denen ich das Grab meines Mannes bedeckt hatte, voller Löcher waren und der Kopf meines Mannes aus dem Boden ragte. Ich konnte es nicht ertragen ... Ich legte ihn zurück in die Grube, bedeckte sie mit neuen Blechplatten und Holz und begrub ihn erneut. Ich hatte keine Angst mehr. Ich dachte nur noch an den Schmerz, den Verlust, das Leid.

Angriff auf das Bildungswesen

Bis April 2025 waren etwa 90 % aller Schulen in Gaza durch Luftangriffe, Beschuss und sogar vorsätzliche Brandstiftung und Zerstörung durch israelische Streitkräfte beschädigt worden. Viele der noch stehenden Gebäude wurden zu Unterkünften für Binnenflüchtlinge umfunktioniert, die ihrerseits wiederholt Ziel von Angriffen wurden. Infolgedessen hatte bis Juni 2025 kein einziges Kind im schulpflichtigen Alter in Gaza (etwa 658.000 Kinder) seit mehr als 18 Monaten eine Schule besucht.

Verschiedene Organisationen warnten, dass diese Zerstörung schwerwiegende und langfristige Folgen für die emotionale, intellektuelle und soziale Entwicklung der Kinder in Gaza haben werde, denen jegliche Form von Routine, die üblicherweise von Pädagogen bereitgestellten Unterstützungsnetzwerke sowie Räume für Interaktion, Freizeitgestaltung und Spiel mit Gleichaltrigen vorenthalten worden seien. Die Berichte schätzen weiter, dass diese Entbehrungen tiefgreifende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Kinder haben und ihre Anfälligkeit für Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch erhöhen werden.

Die Zerstörung des Bildungssystems in Gaza wird voraussichtlich tiefe Spuren in der palästinensischen Gesellschaft hinterlassen, die über Generationen hinweg zu spüren sein werden. Studien zeigen, dass Kinder, die über längere Zeit nicht zur Schule gehen können, nicht nur in ihren Lernfortschritten zurückfallen, sondern sogar Rückschritte machen. Experten sagen voraus, dass dieser dramatische Rückschlag langfristige Auswirkungen auf die Beschäftigungsaussichten der Kinder in Gaza und damit auch auf die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Gemeinschaft haben wird.

Beeinträchtigung der Berichterstattung durch die Presse

Während der aktuellen Offensive hat Israel Journalisten fast vollständig daran gehindert, in den Gazastreifen einzureisen, um über die Lage zu berichten. In den wenigen Fällen, in denen ausländischen Journalisten Zugang gewährt wurde, durften sie nur bestimmte Gebiete unter Aufsicht und Begleitung von israelischem Militärpersonal betreten, und das von ihnen gesammelte Material wurde von israelischen Militärzensoren überprüft und genehmigt.

Gleichzeitig führte Israel eine Kampagne gegen die lokale Presse in Gaza durch. Nach Angaben des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) wurden zwischen Oktober 2023 und Januar 2025 etwa 160 Journalisten in Gaza getötet, die meisten davon im Dienst und trotz deutlich gekennzeichneter Pressewesten. Damit ist der Angriff Israels auf Gaza der tödlichste für Journalisten, den das CPJ in den letzten drei Jahrzehnten dokumentiert hat.

Zahlreiche Untersuchungen, die im Laufe des Angriffs veröffentlicht wurden, ergaben, dass Israel gezielt und systematisch gegen Journalisten vorging, sie in einigen Fällen bedrohte, verhaftete und inhaftierte. Laut dem Bericht „Pressefreiheit 2024“ von Reporter ohne Grenzen (RSF) „wurde Gaza zur gefährlichsten Region der Welt für Journalisten, ein Ort, an dem der Journalismus selbst vom Aussterben bedroht ist“.

Angriff auf das historische und religiöse Kulturerbe

Bis Juni 2024 hatte Israel etwa 206 archäologische und historische Stätten im Gazastreifen zerstört, darunter öffentliche Märkte und alte Stadtviertel, von denen einige über tausend Jahre alt waren. In mehreren Fällen wurde berichtet, dass israelische Streitkräfte Antiquitäten aus archäologischen Stätten und Museen im gesamten Gazastreifen geplündert hätten.

Bibliotheken, Museen, Archive, Theater und andere kulturelle Einrichtungen wurden ebenfalls zerstört, darunter das Zentralarchiv der Stadt Gaza. Die dort aufbewahrten historischen Dokumente, von denen einige 150 Jahre alt waren, wurden bei einem Brand zerstört. Eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen kam zu dem Schluss, dass das Innere des Gebäudes wahrscheinlich während der Zeit in Brand gesetzt wurde, als israelische Streitkräfte in dem Gebiet operierten.

Israelische Luftangriffe verursachten auch erhebliche Schäden an alten Moscheen und Kirchen im Gazastreifen, teilweise während dort Gebete stattfanden. Bei zwei Angriffen, die von der UN-Untersuchungskommission untersucht wurden, wurden etwa 200 Gläubige getötet. Erhebliche Schäden wurden an der ältesten Moschee Gazas, al-'Omari, und an einer griechisch-orthodoxen Kirche aus dem fünften Jahrhundert gemeldet, die als eine der ältesten der Welt gilt. In einem Video vom August 2024 waren Soldaten zu sehen, die in einer von ihnen gestürzten Moschee Exemplare des Korans verbrannten.

Soziale, politische und kulturelle Zerstörung im Westjordanland

Angriff auf das Bildungsrecht

In den letzten zwei Jahren wurde das Recht auf Bildung für Kinder und Jugendliche im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, schwer beeinträchtigt. Im Norden des Westjordanlands leben derzeit fast 12.000 Kinder, die durch israelische Militäroffensiven vertrieben wurden, in Vertriebenenlagern, die meisten ohne Zugang zu Bildungsräumen oder -ressourcen. Aufgrund von Bewegungsbeschränkungen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben Schulen in der gesamten Westbank den Präsenzunterricht reduziert, so dass die Schüler bis zur Hälfte des Schuljahres 2024 versäumen.

Einwohner berichteten B'Tselem, dass viele Kinder aufgrund fehlender technischer Ausstattung an Tagen, die für Fernunterricht vorgesehen sind, nicht lernen können. An solchen Tagen sind viele Eltern gezwungen, zu Hause zu bleiben, um ihre Kinder zu betreuen, was ihre Lebensgrundlage weiter beeinträchtigt. Hinzu kommt die Gewalt durch Siedler und Militär, darunter gewalttätige Übergriffe und Vandalismus durch Siedler gegen Schulen in Gebiet C, sodass viele Eltern Angst haben, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Darüber hinaus drangen im April 2025, nach der Verabschiedung von Gesetzen gegen die UNRWA, Polizeibeamte während der Schulzeit in sechs von der UNRWA betriebene Schulen in Ostjerusalem ein und verteilten Schließungsbefehle (weitere Informationen hierzu finden Sie im Abschnitt „Angriff auf den Status der palästinensischen Flüchtlinge“ in diesem Bericht).

Angriff auf das historische Erbe und religiöse Rituale der Palästinenser

Die breit angelegte Offensive Israels gegen die palästinensische Identität und Kultur umfasst auch Angriffe auf religiöse Praktiken und Kultstätten im Westjordanland und in Ostjerusalem.

Während der Fastenmonate Ramadan in den Jahren 2024 und 2025 wurden kollektive Beschränkungen für die Einreise von Palästinensern aus Israel und Ostjerusalem in die Al-Aqsa-Moschee verhängt. Im Ramadan 2024 wurde dokumentiert, dass die israelische Polizei extreme Gewalt gegen palästinensische Jugendliche anwendete, die versuchten, die Moschee zum Gebet zu betreten. Berichten zufolge drohten israelische Behörden muslimischen Geistlichen mit Verhaftungen und Zugangsverboten zum Gelände. Unterdessen durften jüdische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens trotz des von Israel selbst verhängten Gebetsverbots für Juden auf dem Gelände (mit Ausnahme der Klagemauer) regelmäßig das Gelände betreten, beten und zu Hass aufstacheln.

Die Störung von Bestattungs- und Trauerritualen ist ebenfalls ein vertrauter Teil des Alltags unter gewaltsamer militärischer Präsenz. Seit Jahren verhängen israelische Streitkräfte im Westjordanland Beschränkungen, die die Überführung von Leichen zur Bestattung verzögern, die Zahl der Trauergäste begrenzen und Zivilisten während Beerdigungen angreifen. Das Militär hat auch Leichen von Palästinensern entwendet, manchmal um sie als Verhandlungsmasse zu nutzen. Seit Oktober 2023 hat B'Tselem zahlreiche Vorfälle untersucht und dokumentiert, bei denen israelische Soldaten die Überführung von Leichen zur Bestattung verhindert, Leichen von Palästinensern, darunter auch Kinder, beschlagnahmt und Familien den Zugang zu den sterblichen Überresten ihrer Angehörigen verweigert haben. Diese Vorfälle waren oft Teil der häufigen Razzien des Militärs in Flüchtlingslagern und Städten im nördlichen Westjordanland. Weitere Vorfälle waren Beschränkungen der Teilnahme an Beerdigungen und sogar Schüsse auf Trauerversammlungen. Nach Angaben des Jerusalem Legal Aid and Human Rights Center (JLAC) an B'Tselem hält Israel Mitte Juli 2025 die Leichen von 316 Palästinensern aus dem Gazastreifen, dem Westjordanland einschließlich Ostjerusalem und Israel fest, darunter 28 Minderjährige.

Soziale, politische und kulturelle Zerstörung innerhalb Israels

Zensur und Unterdrückung

Während der monatelangen Angriffe Israels auf Gaza wurde jede Solidaritätsbekundung mit den Bewohnern Gazas oder Kritik an der tödlichen Politik Israels als Verrat dargestellt und mit harten Konsequenzen geahndet oder manchmal sogar gänzlich verboten. So verhängte die Polizei beispielsweise ein generelles Verbot für palästinensische Proteste und Kundgebungen, unabhängig davon, ob sie gegen die israelischen Aktionen in Gaza gerichtet waren oder andere Ziele verfolgten, aber mit der Bekundung palästinensischer Identität einhergingen. Eine Welle von Verhaftungen, die im Oktober 2023 begann, erfasste alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Palästinensische Kulturschaffende, Pädagog*innen, Akademiker*innen und Aktivist*innen wurden verhaftet und verhört meist weil sie ihre Solidarität mit Gaza bekundet, palästinensische Symbole gezeigt oder religiöse Inhalte, auch in sozialen Medien, gepostet hatten.

Unter der Führung des für die Polizei zuständigen Ministers Itamar Ben Gvir haben Polizeigewalt und Unterdrückung zugenommen, auch gegen jüdisch-israelische Bürger, die ein Ende des Krieges fordern, und sogar gegen die Familien der in Gaza festgehaltenen israelischen Geiseln, die sich für eine Freilassung einsetzen. An Hochschulen in Israel wurden die Meinungsfreiheit und die persönliche Sicherheit palästinensischer Studierender und Lehrkräfte stark eingeschränkt, da sie wegen solcher Äußerungen in beispiellosem Ausmaß schikaniert, suspendiert und entlassen wurden. Auch die Angriffe auf die palästinensische Kultur innerhalb der Grünen Linie haben zugenommen, darunter die Verhaftung palästinensischer Kulturschaffender und Verbote palästinensischer Kunst, oft auf direkten Befehl des Kulturministers.

Auf gesetzgeberischer Ebene sollten mit den Änderungsvorschlägen zum Anti-Terror-Gesetz, die 2024 in erster Lesung im Knesset verabschiedet wurden, die Straftat der Aufwiegelung als Instrument der israelischen Regierung zur Unterdrückung kritischer Stimmen verankert werden. Ein Gesetzentwurf, der im Oktober 2024 in erster Lesung verabschiedet wurde, zielte darauf ab, die Vertretung palästinensischer Bürger Israels im Knesset zu reduzieren, bis hin zu ihrer vollständigen Abschaffung.

Das Verfahren zur Amtsenthebung des Knesset-Abgeordneten Ayman Odeh im Juni 2025 markierte eine weitere Eskalation der Delegitimierung und Unterdrückung der palästinensischen Öffentlichkeit in Israel und ihrer Vertreter. Der Versuch, Odeh aus dem Amt zu entfernen, war eine Reaktion auf seine Äußerungen zur Unterstützung eines Abkommens zwischen Israel und der Hamas, das die Freilassung sowohl israelischer Geiseln als auch palästinensischer Häftlinge vorsah. Obwohl das Abkommen von der Regierung selbst gebilligt worden war, nutzten Abgeordnete der Koalition und der Opposition Odehs Unterstützung für die Freilassung palästinensischer Häftlinge, um ihn als Sympathisant von Terroristen darzustellen und seine Absetzung zu rechtfertigen.

Kriminalität

Zu den Versuchen, die palästinensische Gesellschaft innerhalb Israels zu spalten und zu schwächen, gehört auch die systematische und absichtliche Vernachlässigung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die die Gemeinschaft von innen heraus zerfrisst. In einer Umfrage des Israel Democracy Institute aus dem Jahr 2024 gaben etwa zwei Drittel der palästinensischen Befragten an, sich persönlich wenig sicher zu fühlen. Diese Unsicherheit hat ein Klima der Angst und des gegenseitigen Misstrauens geschaffen, das den Zusammenhalt der Gemeinschaft stark untergräbt.

Die Auslieferung der palästinensischen Bürger Israels an kriminelle Banden ist das Ergebnis langjähriger Diskriminierung und Vernachlässigung durch den israelischen Staat. Seit Itamar Ben Gvir das Amt des Ministers für Nationale Sicherheit übernommen hat, ist diese Vernachlässigung zur offiziellen Politik geworden und hat viele Menschenleben gekostet (weitere Informationen finden Sie unter „Tötungen und schwere körperliche und seelische Verletzungen innerhalb Israels“ in diesem Bericht). Bereits vor Oktober 2023 stoppte Ben Gvir eine Kampagne zur Bekämpfung der Kriminalität in arabischen Gemeinden und strich die Mittel für den nationalen Plan zur Bekämpfung von Kriminalität und Gewalt. Berichten zufolge wurde während seiner Amtszeit auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Regierungsstellen zur Verbrechensprävention in arabischen Gemeinden eingestellt.

Diese Entwicklungen wurden noch dadurch verschärft, dass die staatlichen Mittel für die Entwicklung palästinensischer Städte in Israel, die unter anderem zur Bekämpfung der Kriminalitätskrise vorgesehen waren, als erste gestrichen oder gekürzt wurden, um Israels Angriff auf Gaza nach dem 7. Oktober zu finanzieren. Diese Kürzungen waren dreimal so hoch wie die Kürzungen bei anderen staatlichen Zuwendungen.

Kinder und Jugendliche sind von dieser Vernachlässigung besonders stark betroffen. Nach Angaben der Anti-Gewalt- und Anti-Kriminalitätszentrale der Arabischen Gesellschaft sind Hunderte von Kindern in den letzten zwei Jahren durch kriminelle Gewalt zu Waisen geworden. Diese Kinder leiden Berichten zufolge unter hohen Angstzuständen, Traumata und Funktionsstörungen. Aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Dienstleistungen in der arabischen Gesellschaft haben sie Schwierigkeiten, angemessene psychosoziale Betreuung zu erhalten, und sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, selbst in die Kriminalität abzurutschen.

Darüber hinaus beschreibt der Bericht der Zentrale für 2024, dass alle Kinder und Jugendlichen in arabischen Gemeinden nun häufiger kriminellen Aktivitäten in ihrer unmittelbaren Umgebung ausgesetzt sind. In einer separaten Veröffentlichung wurde festgestellt, dass Kriminelle erheblichen Gruppendruck ausüben, um Jugendliche zu rekrutieren. Eltern gaben an, dass sie Angst hätten, ihre Kinder auch tagsüber auf die Straße zu lassen, und Kinder sagten, dass sie Angst hätten, zur Schule zu gehen, einem Ort, der stark von der allgegenwärtigen Realität der Kriminalität geprägt ist.

E. Das Gefängnissystem als Netzwerk von Folterlagern

Seit Jahrzehnten hält Israel Hunderttausende Palästinenser in Haft, darunter viele Mitglieder der Gemeinschaft und politische Führungskräfte aus verschiedenen Regionen. Das Inhaftierungsprojekt sollte von jeglichem politischen Engagement abschrecken und Aktivisten deutlich machen, dass jeder Versuch, sich gegen die israelische Unterdrückung zu wehren, mit Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, gewaltsamer Unterdrückung und sogar schwerer Folter geahndet werden kann.

Die Umwandlung des israelischen Gefängnissystems in einen Mechanismus, der zum großen Teil auf die systematische Misshandlung palästinensischer Häftlinge abzielt, begann bereits vor dem 7. Oktober und geht auf die rassistische und gewalttätige Politik des Ministers für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, zurück, der sich offen damit brüstete, die Haftbedingungen für palästinensische Gefangene zu verschlechtern. Die Eskalation der Entmenschlichung der Palästinenser im öffentlichen Diskurs Israels seit Oktober 2023 sowie die Komplizenschaft des Rechtssystems, das eigentlich die Rechte der Häftlinge schützen sollte, ermöglichten die vollständige Umsetzung der Politik des Ministers.

Unter dem Deckmantel des Angriffs auf Gaza sind israelische Gefängnisse zu Orten geworden, an denen staatliche Gewalt am offensten und brutalsten zum Ausdruck kommt. Seit Oktober 2023 wurden Tausende Palästinenser aus Gaza, dem Westjordanland und aus Israel selbst festgenommen und in israelischen Gefängnissen inhaftiert, zusätzlich zu den Tausenden, die bereits zuvor inhaftiert waren. Unterdessen hat das israelische Gefängnissystem einen grundlegenden Wandel durchlaufen, wodurch seine Gefängnisse und Haftanstalten praktisch zu einem Netzwerk von Folterlagern für palästinensische Häftlinge geworden sind. Regelmäßige, schwere und willkürliche Gewalt, sexueller Missbrauch, Demütigung und Erniedrigung, absichtliche Aushungerung, unhygienische Haftbedingungen, Schlafentzug und Verweigerung medizinischer Behandlung sind zu systematischen und institutionalisierten Praktiken geworden. Infolgedessen sind bis heute mehr als 73 Gefangene in israelischer Haft gestorben, darunter auch Minderjährige. Nach Angaben von B'Tselem stammten etwa 48 von ihnen aus dem Gazastreifen, 22 aus dem Westjordanland und Ostjerusalem und drei waren israelische Staatsbürger.

Dieser Wandel betraf nicht nur den israelischen Strafvollzugsdienst, der Ben Gvir unterstellt ist, sondern auch militärische Haftanstalten, die zu Beginn des Krieges für Personen eingerichtet wurden, die während des Angriffs auf Gaza festgenommen wurden. Die in diesen Einrichtungen inhaftierten Personen, von denen die meisten willkürlich und ohne ordentliches Verfahren festgenommen wurden, darunter viele Verletzte, die dringend medizinische Versorgung benötigten, waren menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt und wurden fast ohne jegliche Kontrolle festgehalten.

„Ich habe gesehen, wie Menschen aus dem Gazastreifen verwundet in der Einrichtung ankamen und dann wochenlang ohne medizinische Versorgung hungern mussten“, sagte ein israelischer Soldat, der im Folterlager Sde Teiman gedient hatte. „Ich habe gesehen, wie sie sich selbst vollurinierten und -koteten, weil sie nicht auf die Toilette durften. Ich kann es immer noch riechen. Viele von ihnen gehörten nicht einmal zur Nukhba (der Kommandoeinheit der Hamas, die den Angriff vom 7. Oktober angeführt hatte), sondern waren normale palästinensische Zivilisten aus Gaza, die zur Untersuchung festgenommen und nach brutaler Misshandlung freigelassen wurden, als sich herausstellte, dass sie unschuldig waren. Es ist kein Wunder, dass dort Menschen starben. Das Wunder ist, dass überhaupt jemand überlebt hat.“

Während des gesamten israelischen Angriffs deckten mehrere Untersuchungsberichte schwere Misshandlungen von Häftlingen in diesen Militärhaftlagern durch israelische Soldaten auf. Einer der schrecklichsten Fälle betraf die Vergewaltigung eines mit Handschellen gefesselten Häftlings durch mehrere Soldaten. Trotz der Schwere dieser Taten erhielten die Soldaten, die der Tat verdächtigt wurden, breite öffentliche Unterstützung, unter anderem von Mitgliedern der Knesset.

Im Oktober 2024 wurde Adham Abu Naser, ein 33-jähriger Vater von drei Kindern, an einem Militärkontrollpunkt in Jabalya festgenommen, als er mit seiner Familie auf der Suche nach einer Unterkunft war, nachdem sie zum fünften Mal vertrieben worden waren:

Die Soldaten riefen mich zu sich und befahlen mir, mich vor meiner Frau und meinen Kindern auszuziehen. Das war ein zutiefst demütigender Moment. Meine Tochter Ahlam rannte zu mir, während ich mich auszog, und klammerte sich an mich. Ein Soldat sagte mir, ich solle meine Frau rufen, damit sie sie wegbringe, sonst würden sie uns beide verhaften. Meine Frau kam und nahm Ahlam mit, die weinte: „Ich will zu meinem Papa! Ich will zu meinem Papa!“ Alle um uns herum waren in Tränen aufgelöst. [...] [In einem Raum am Kontrollpunkt Jaba-ly] [s]oldiers attackierten uns alle mit Schlagstöcken. Ich schrie vor Schmerz wegen der Schläge und der engen Handschellen. Jedes Mal, wenn ich meine Hände hob, um mich zu schützen, schnitten die Kabelbinder noch tiefer in meine Haut. Sie gossen kaltes Wasser über uns, beschimpften uns und nannten uns „Schwuchtel“, „Nukhba“, „Scheiße“, „Dreck“ und „Wir schicken euch in die Hölle“.

Wochenlang wurde Abu Naser von Soldaten schwer misshandelt, unter anderem während seiner Haft in der Haftanstalt Sde Teiman, wo er wiederholt über den Aufenthaltsort israelischer Geiseln befragt wurde:

Am ersten Tag [in Sde Teiman] war ich überrascht, dass es eine Einheit namens Qam'ah [„Unterdrückung“] gab. Sie kamen und warfen Tränengasgranaten in die Hütte. Einige Häftlinge verloren das Bewusstsein, andere bluteten aus Nase und Mund, weil sie das Gas eingeatmet hatten. [...] Die „Unterdrückungseinheiten“ kamen mehrmals am Tag. Die Besatzungssoldaten stürmten in die Hütte und schlugen uns mit Knüppeln brutal auf den ganzen Körper. Dann durchsuchten sie uns einen nach dem anderen, warfen uns zu Boden, traten mit ihren Armeestiefeln auf uns und schlugen uns mit ihren Helmen.

Die Erfahrung der Inhaftierung hinterlässt bei palästinensischen Häftlingen auch nach ihrer Freilassung tiefe physische und psychische Narben. Viele berichten von anhaltenden körperlichen und psychischen Leiden aufgrund der Misshandlungen, denen sie während der Haft ausgesetzt waren, und beschreiben, wie diese ihr Leben zerstört haben: Jüngere Häftlinge mussten ihre Ausbildung abbrechen, Erwachsene hatten Probleme bei der Arbeitssuche und in ihrer Familie.

Der Kreislauf des Leidens und seine psychologischen Auswirkungen reichen über die Gefangenen selbst hinaus. Auch Familienangehörige, die während der langen Monate der Haft oft keinen Kontakt zu ihren Angehörigen aufnehmen oder etwas über deren Schicksal erfahren konnten, mussten einen hohen Preis zahlen. Viele Kinder verloren ihre Mutter oder ihren Vater. Frauen und Männer waren gezwungen, ihre Kinder alleine großzuziehen. Kinder wurden ihren Eltern weggenommen. Familien mussten ihre Ersparnisse aufbrauchen und Schulden machen, um die Rechtskosten zu bezahlen, während Jugendliche plötzlich und ohne Erklärung enge Freunde verloren.

F. Angriff auf den Status der palästinensischen Flüchtlinge

In den vielen Jahrzehnten der Vertreibung und des Lebens in Flüchtlingslagern seit der Nakba 1948 ist der Flüchtlingsstatus zu einem grundlegenden Ethos der palästinensischen Gesellschaft und zu einem zentralen Element geworden, das ihre kollektive Identität in den von Israel kontrollierten Gebieten und darüber hinaus zusammenhält. Seit seiner Gründung hat Israel erhebliche Anstrengungen unternommen, um den palästinensischen Flüchtlingen ihren Flüchtlingsstatus abzuspochen und ihnen die Rechte und den Schutz zu verweigern, die Flüchtlingsgruppen nach internationalem Recht zustehen, darunter vor allem das Recht auf Rückkehr.

Dieser Kontext trägt zum Verständnis der tiefen Bedeutung des tödlichen Angriffs auf den Gazastreifen bei, wo etwa zwei Drittel der Bevölkerung Nakba-Flüchtlinge und deren Nachkommen sind, sowie der Zerstörung von Flüchtlingslagern im nördlichen Westjordanland.

Der Versuch, das anzugreifen, was Israel als „Wespennester“ bezeichnet und als Kern einer Bedrohung für den Staat wahrnimmt, ist in der Praxis ein umfassender Angriff auf die Institutionen, die den Flüchtlingsstatus als zentrales Element der palästinensischen Identität und Kultur bewahren.

Das auffälligste Beispiel für Israels Angriff auf palästinensische Flüchtlinge und deren Flüchtlingsstatus sind die anhaltenden Bemühungen, die Arbeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) zu stören. Die Organisation wurde 1950 durch eine Resolution der Vereinten Nationen gegründet, um Hilfe, Bildung, Gesundheitsversorgung, Berufsausbildung und andere Dienstleistungen bereit zu stellen, und ist seit Jahrzehnten die wichtigste Einrichtung zur Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge. Vor den israelischen Angriffen betrieb die Organisation 284 Schulen im Gazastreifen mit rund 290.000 Schülern und 96 Schulen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, mit rund 46.000 Schülern. Die UNRWA unterhielt außerdem 22 medizinische Kliniken im Gazastreifen und 44 Gesundheitszentren im Westjordanland, darunter ein Krankenhaus. Insgesamt versorgte die Organisation etwa 1,7 Millionen Menschen im Gazastreifen (etwa 80 % der Bevölkerung) und etwa 900.000 Menschen im Westjordanland. Sie beschäftigte in beiden Gebieten etwa 30.000 Mitarbeiter.

Im Rahmen dieser Bemühungen hat Israel auch die Aktivitäten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) ins Visier genommen, das palästinensischen Flüchtlingen seit 1950 einen offiziellen Status und institutionelle Unterstützung gewährt. Unter Berufung auf angebliche Verbindungen zwischen Mitarbeitern der Organisation und der Hamas führt die israelische Regierung seit Oktober 2023 eine heftige Kampagne gegen die UNRWA, die im Januar 2025 in einem Gesetz gipfelte, das ihre Aktivitäten auf israelischem Gebiet verbietet.

Seit Beginn des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen dienen die UNRWA-Schulen im Gazastreifen als Zufluchtsorte für Hunderttausende Binnenflüchtlinge, während die Kliniken der Organisation unzählige Verwundete erstversorgt und damit das zusammenbrechende Gesundheitssystem entlastet haben. Die Mitarbeiter der UNRWA haben auch eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung und Verteilung humanitärer Hilfe gespielt, indem sie die belagerte Bevölkerung mit Trinkwasser versorgt, Hunderttausenden von Bewohnern des Gazastreifens psychosoziale Unterstützung geleistet und vieles mehr getan haben.

Die israelische Regierung nutzte den Moment, um einen heftigen Angriff auf die Aktivitäten der UNRWA zu starten, den sie mit Vorwürfen der Zusammenarbeit zwischen der Organisation und der Hamas während des Angriffs vom 7. Oktober rechtfertigte.

Der Leiter der Organisation wies jegliche Zusammenarbeit zurück und bezeichnete jegliche Verbindungen zur Hamas als „minimal und technischer Natur, die sich aus der Tatsache ergeben, dass die Organisation den Gazastreifen kontrolliert“. Neun UNRWA-Mitarbeiter (von insgesamt etwa 30.000 Beschäftigten) wurden nach einer Untersuchung der Vereinten Nationen entlassen, die zu dem Schluss kam, dass sie möglicherweise an dem Angriff vom 7. Oktober beteiligt waren.

Der Angriff auf die UNRWA wird voraussichtlich verheerende Auswirkungen auf viele Aspekte des Lebens der Palästinenser haben, und es ist noch zu früh, um die vollständigen humanitären Folgen abzuschätzen. Über den praktischen Schaden für die Arbeit der Organisation und die materielle Unterstützung, die sie palästinensischen Flüchtlingen gewährt, hinaus ist es jedoch auch wichtig, den Schaden für die Sichtbarkeit und Vertretung palästinensischer Flüchtlinge in den Augen der internationalen Gemeinschaft und, im weiteren Sinne, für das Flüchtlingsdasein selbst anzuerkennen, das ein zentraler Bestandteil der kollektiven Identität der Palästinenser ist.

G. Aufstachelung zum Völkermord und Entmenschlichung seit Oktober 2023

Entmenschlichung und Aufstachelung sind wesentliche Bestandteile der Entwicklung eines Regimes hin zum Völkermord. Sie dienen als wichtige Instrumente in dem Prozess, durch den die Opfer aus dem von der Soziologin Helen Fein als „Universum der Verpflichtung“ bezeichneten Bereich der Täter ausgeschlossen werden. In allen bekannten Fällen von Völkermord in der Neuzeit haben die verantwortlichen Regime beide Mechanismen systematisch eingesetzt, um Motivation für gewalttätige Handlungen zu schaffen und diese moralisch, sozial und politisch zu rechtfertigen.

Entmenschlichung ist der Prozess, durch den Mitgliedern einer Opfergruppe ihre menschlichen Eigenschaften genommen werden, sie als von Natur aus unmoralisch oder gefährlich dargestellt und für alle negativen Handlungen bestimmter Personen oder Organisationen innerhalb ihrer Gruppe kollektiv verantwortlich gemacht werden. Auf diese Weise werden die Opfer als Personen angesehen, für die moralische Normen nicht gelten oder die „ihr Leid selbst verschuldet haben“. Diese Wahrnehmung ermöglicht es einer Gesellschaft, ihnen Gewalt anzutun, ohne ihr eigenes Selbstbild von Moral zu erschüttern.

Entmenschlichung geht oft mit Aufstachelung einher, die darauf abzielt, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, Gewalt gegen eine bestimmte Gruppe auszuüben oder passiv zu dulden.

Aufwiegelung erfolgt häufig durch die Verbreitung falscher Informationen, die Verfälschung von Tatsachen oder emotionale Manipulation wie das Schüren von Angst.

Im Sinne des Völkerrechts stellt die „direkte und öffentliche Aufforderung zur Begehung von Völkermord“ gemäß der Völkermordkonvention (1948, Artikel 3 (c)) an sich schon eine Straftat dar. Das israelische Strafrecht befasst sich ebenfalls mit dieser Frage und enthält ein Verbot der „Veröffentlichung mit der Absicht, zum Rassismus anzustiften“ (Strafgesetzbuch § 144B (a)) und ein Verbot der „Anstiftung zu Gewalt oder Terrorismus gegen eine Gruppe oder einen Teil einer Gruppe“ (Strafgesetzbuch § 144D2 (a)) sowie § 3(2) des Gesetzes über Völkermord (Verhütung und Bestrafung) Gesetz 5710-1950.

In Israel dauert der Prozess der Entmenschlichung der Palästinenser, insbesondere derjenigen im Gazastreifen, und ihrer Darstellung als „Sicherheitsbedrohung“ bereits seit Jahrzehnten an, unterstützt durch die Aufrechterhaltung einer fast vollständigen Trennung zwischen jüdischen und palästinensischen Gemeinden in allen von Israel kontrollierten Gebieten. Vor diesem Hintergrund schufen der Angriff vom 7. Oktober und seine Auswirkungen auf die Israelis einen fruchtbaren Boden für die Verschärfung eines Diskurses, der die Menschlichkeit der Palästinenser im Gazastreifen leugnet und gleichzeitig jegliche moralische oder rechtliche Verpflichtung ihnen gegenüber verwirft und ignoriert.

Seit Oktober 2023 ist es die politische Führung Israels, die den Prozess der Entmenschlichung und Anstiftung zum Völkermord vorantreibt. Eine unvollständige Liste genozidaler Äußerungen hochrangiger israelischer Beamter, Journalisten und anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens findet sich auf Dutzenden von Seiten in der Vorlage Südafrikas an den Internationalen Gerichtshof (IGH) und verdeutlicht das erschreckende Ausmaß dieses Phänomens. Die höchsten Entscheidungsträger Israels haben sich an der Debatte beteiligt, die den Palästinensern ihre Menschlichkeit abspricht und sie als „Tiere“ darstellt, die nicht wie Menschen behandelt werden sollten.

So erklärte Verteidigungsminister Yoav Gallant am 9. Oktober 2023: „Eine vollständige Belagerung der Stadt Gaza. Keine Elektrizität, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.“

Als Israel seine Bodenoffensive im Gazastreifen startete, wandte sich Premierminister Benjamin Netanjahu mit den Worten „Denkt daran, was Amalek euch angetan hat an“ die israelischen Soldaten – eine Anspielung auf die biblische Geschichte, in der Gott den Israeliten befiehlt, das Volk der Amalekiter zu vernichten. Im israelischen kulturellen Kontext wird diese Aussage eindeutig als Aufruf zur vollständigen Vernichtung der Palästinenser verstanden.

Generalmajor Ghassan Alian, Leiter der Koordinierungsstelle für Regierungsaktivitäten in den Gebieten (COGAT), wandte sich an die Bewohner des Gazastreifens in arabischer Sprache: „Menschliche Tiere müssen wie solche behandelt werden. [...] Ihr wolltet die Hölle, ihr werdet die Hölle bekommen.“

Diese Rhetorik beschränkt sich nicht nur auf Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die der israelischen Rechten nahestehen. Während der gesamten Monate der Angriffe haben sich auch viele Persönlichkeiten des politischen Zentrums und der Mitte-Links-Parteien an der Hetze beteiligt. Benny Gantz sprach sich für die Vertreibung der Bewohner aus Gaza aus, und andere schlossen sich der Auffassung an, dass es „keine unbeteiligten Zivilisten im Gazastreifen gibt“, und forderten eine Verschärfung der Blockade und der Beschränkungen für humanitäre Hilfe.

Die israelischen Medien spielten eine bedeutende Rolle bei der Entmenschlichung, indem sie die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens als Mittäter der am 7. Oktober begangenen Gräueltaten gegen israelische Zivilisten oder als Unterstützer dieser Gräueltaten darstellten. In den Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober wurden den Israelis wiederholt Aufnahmen von Zivilisten aus dem Gazastreifen gezeigt, die an dem Angriff und der Entführung israelischer Zivilisten beteiligt waren oder ihre Unterstützung für die Hamas zum Ausdruck brachten. Die israelischen Medien veröffentlichten häufig Umfragen, die eine hohe Zustimmung der palästinensischen Bevölkerung zu dem Angriff der Hamas am 7. Oktober belegten, oft ohne darauf hinzuweisen, dass die überwiegende Mehrheit der Palästinenser keine visuellen Aufnahmen der während des Angriffs begangenen Gräueltaten gesehen hatte oder nicht glaubte, dass die Hamas diese tatsächlich begangen hatte.

All dies trug dazu bei, das Bild der Palästinenser im Gazastreifen als Barbaren, „menschliche Tiere“, blutrünstig und „Nazis“ zu verstärken – ein Prozess, der sich immer weiter verfestigte, bis er zu einer normativen und weit verbreiteten Position in der israelischen Politik, den Medien und der öffentlichen Debatte wurde.

Die Entmenschlichung und Stigmatisierung der gesamten Bevölkerung Gazas als verantwortlich für oder unterstützend gegenüber den am 7. Oktober begangenen Verbrechen lieferte eine moralische Rechtfertigung und soziale Legitimation für die Verletzung von Zivilisten im Gazastreifen. In den Mainstream-Medien, der Populärkultur und im Alltag prägte sich die Auffassung, dass fast jede Form der Gewalt gegen die Bewohner Gazas als Teil der Bemühungen zur Niederlage der Hamas und zur Befreiung der israelischen Geiseln akzeptabel sei. Umfragen, die während der Monate der Angriffe veröffentlicht wurden, verdeutlichten die vollständige Normalisierung dieser Sichtweise in der israelischen Gesellschaft. So stimmte beispielsweise eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung der Aussage zu, dass es „keine Unschuldigen in Gaza“ gebe.

die Überführung humanitärer Hilfe in den Gazastreifen abgelehnt und die Idee einer gewaltsamen Umsiedlung der dortigen Bewohner unterstützt.

Darüber hinaus werden in den israelischen Medien täglich genozidale Rhetorik und Aufrufe zu Massenmord, Vertreibung und ethnischer Säuberung geäußert. An der Spitze stehen Channel 14 und beliebte Journalisten wie Amit Segal, der dazu aufrief, „die Erinnerung an Amalek auszulöschen“, oder Almog Boker, der erklärte, dass es „in Gaza keine unbeteiligten [Menschen] gibt“.

Mit Ausnahme von Haaretz berichtete kein großes israelisches Medienunternehmen regelmäßig über das Ausmaß der zivilen Todesopfer im Gazastreifen. Wenn Todeszahlen genannt wurden, basierten diese in der Regel auf Angaben des israelischen Militärs, das die meisten palästinensischen Opfer systematisch als „Terroristen“ einstuft. So berichtete Channel 12 News am 18. März 2025, dem Tag, an dem Israel das Waffenstillstandsabkommen mit der Hamas brach und 404 Palästinenser, darunter überwiegend Frauen und Kinder, tötete: „Rund 400 Militante getötet.“

In vielerlei Hinsicht haben die israelischen Medien die Blindheit der israelischen Öffentlichkeit gegenüber den Verbrechen im Gazastreifen ermöglicht. Während der gesamten Monate der Angriffe wurde nur über einen Bruchteil der schrecklichen Folgen berichtet, und die Gewalt gegen Palästinenser in anderen Gebieten wurde kaum erwähnt. Anstatt über die Geschehnisse vor Ort zu berichten, verbreiteten die israelischen Medien, oft ohne einen Hauch von Kritik, die Propaganda der Regierung und des Militärs über das angeblich moralische und rechtmäßige Vorgehen der Streitkräfte und die angeblich geringe Zahl ziviler Opfer im Vergleich zu anderen bewaffneten Konflikten. Diese Behauptungen wurden wiederholt von internationalen Experten, UN-Institutionen und Menschenrechtsorganisationen widerlegt.

In ähnlicher Weise haben die Medien Berichte und Zeugenaussagen über die Ausbreitung der Hungersnot in Gaza und die Verantwortung Israels dafür prominent zurückgewiesen. Eine gängige Behauptung in der öffentlichen Debatte lautet, dass Israel ausreichend humanitäre Hilfe nach Gaza gelassen habe und dass etwaige Engpässe ausschließlich darauf zurückzuführen seien, dass die Hamas die Hilfe systematisch stehle. Auch diese Behauptung wurde im Laufe des Angriffs widerlegt, unter anderem vom Leiter des OCHA. In einer erschreckenden Teufelsspirale äußerte ein großer Teil der jüdisch-israelischen Öffentlichkeit den Wunsch, nichts über das Leid der Palästinenser sehen oder hören zu wollen, woraufhin die Medien entsprechend reagierten und die Rechtfertigungen für eine solche Vermeidung noch verstärkten.

Eine Umfrage des Chord Center ergab beispielsweise, dass 64 % der israelischen Bevölkerung die Berichterstattung der Medien über die Lage der Zivilbevölkerung in Gaza für angemessen hielten und keine zusätzliche Berichterstattung für notwendig erachteten.

Beweise dafür, wie Entmenschlichung und Aufwiegelung das Verhalten des Militärs konkret geprägt haben, finden sich in den Aussagen zahlreicher Kommandeure, darunter auch der höchsten, sowie in den Aussagen von Soldaten vor Ort. Brigadegeneral Yehuda Vach, Kommandeur der im Netzarim-Korridor operierenden Division 252, machte die Vorstellung, dass es „in Gaza keine Unschuldigen gibt“, zu einer operativen Doktrin. Unter seinem Kommando wurde der Korridor zu einer riesigen Todeszone erklärt und jeder, der sie betrat, einschließlich Kinder, wurde erschossen. Zivilisten, die in diesem Gebiet getötet wurden, wurden systematisch als „Terroristen“ eingestuft. Brigadegeneral Dado Bar Kalifa, Kommandeur der Division 36, schrieb Ende Oktober 2023 in einem Brief an seine Truppen: „Die barbarische und mörderische Natur des Feindes ist allen in Israel und auf der ganzen Welt offenbart worden. Sein wahres Gesicht ist enthüllt worden. [...] Wir werden jeden verfluchten Ort, aus dem er gekommen ist, zerstören. Wir werden ihn vernichten und seine Erinnerung auslöschen. Wir werden ihn in Häusern, auf Straßen und in Tunneln verfolgen, und wir werden nicht zurückkehren, bis er vernichtet ist.“

Die sozialen Medien wurden mit genozidalen Äußerungen überschwemmt, wie aus dem Bericht an den Internationalen Gerichtshof Südafrikas und aus Veröffentlichungen von Journalisten und verschiedenen Organisationen hervorgeht. Unzählige Videos kursierten, in denen israelische Soldaten stolz die Zerstörungen dokumentierten, die sie in Gaza angerichtet hatten, oder die Bewohner auf verschiedene Weise demütigten.

Obwohl die Entmenschlichungs- und Hetzekampagnen in erster Linie gegen die Bewohner des Gazastreifens gerichtet sind, werden auch Palästinenser im Westjordanland und innerhalb Israels in der öffentlichen Debatte und von Entscheidungsträgern häufig als blutrünstige Feindesbevölkerung dargestellt. In den ersten Wochen nach dem 7. Oktober machten Regierungsvertreter deutlich, dass der Krieg Israels nicht auf den Gazastreifen beschränkt sei, sondern gegen alle Palästinenser unter israelischer Herrschaft gerichtet sei. Ende November 2023 erklärte Minister Bezalel Smotrich als Reaktion auf eine Umfrage „die eine Unterstützung der Hamas-Angriffe unter Palästinensern im Westjordanland zeigte: „Es gibt zwei Millionen Nazis im Westjordanland“, und fügte später hinzu: „Funduq, Nablus und Jenin müssen wie Jabalya aussehen.“ Verteidigungsminister Israel Katz machte ebenfalls deutlich, dass Israel notfalls in der Westbank genauso vorgehen werde wie im Gazastreifen. In einer Umfrage unter Israelis sprachen sich 82 % der Befragten für die gewaltsame Umsiedlung der Bewohner des Gazastreifens aus, 56 % befürworteten auch die gewaltsame Umsiedlung palästinensischer Bürger Israels.

Die gleiche wilde Hetze richtet sich auch gegen Tausende Palästinenser, die seit Oktober 2023 in israelischen Haftanstalten festgehalten werden, die meisten ohne Anklage oder Gerichtsverfahren. Diese Häftlinge, darunter auch solche, die bei Massenverhaftungen in Gaza ohne konkreten Verdacht festgenommen wurden, werden in der israelischen öffentlichen Debatte wiederholt als Nukhba-Aktivisten dargestellt. Entsprechend der vorherrschenden öffentlichen Meinung und der rassistischen, gewalttätigen Politik von Nationalsicherheitsminister Itamar Ben Gvir, dessen Amt auch für das israelische Gefängnissystem zuständig ist, werden diese Häftlinge als „Abschaum“ betrachtet, der keine grundlegenden Lebensbedingungen verdient, und entsprechend behandelt.

Das Ausmaß der Verbrechen, die das israelische Regime in den letzten 20 Monaten gegen die Palästinenser im Gazastreifen begangen hat, wurde zum Teil durch die tiefgreifende moralische und kognitive Verzerrung ermöglicht, die sich in der israelischen Gesellschaft festgesetzt hat. Die systematische Entmenschlichung der Palästinenser – seien es Bewohner des Gazastreifens, Bewohner des Westjordanlands, palästinensische Gefangene oder palästinensische Bürger Israels – hat zu einer Realität geführt, in der Völkermord und die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft nicht nur als legitim, sondern als sicherheitspolitische und moralische Notwendigkeit dargestellt werden.

5.

VÖLKERMORD ALS PROZESS

Völkermord ist in der Regel das Ergebnis einer schrittweisen Entwicklung, manchmal über viele Jahre hinweg, von Bedingungen, die den Boden für ein repressives und diskriminierendes Regime bereiten, das schließlich zum Völkermord führt: zum vorsätzlichen Handeln mit der Absicht, eine bestimmte Gruppe zu vernichten. Dieser Prozess verläuft in der Regel in mehreren Phasen, darunter die Entrechtung der betroffenen Gruppe, ihre Entmenschlichung, indem sie als zu beseitigende Bedrohung dargestellt wird, die Normalisierung von Gewalt gegen die Gruppe im öffentlichen, politischen und rechtlichen Diskurs sowie die Anwendung direkter physischer Gewalt. Solche Bedingungen können jedoch viele Jahre lang bestehen, ohne dass es zu Massengräueln, einschließlich Völkermord, kommt. Häufiger ist es jedoch ein auslösendes Ereignis oder eine Reihe von Ereignissen, die das Regime dazu veranlassen, seine Gewalt gegen die Gruppe in eine Politik der systematischen, groß angelegten Vernichtung umzuwandeln. Ein solcher Auslöser kann ein gewaltsamer Angriff sein, der bei der Gruppe, die später zu den Tätern wird, ein Gefühl der existenziellen Bedrohung hervorruft oder verstärkt. In vielen Fällen wird die Politik der Vernichtung und Auslöschung als notwendig für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Sicherheit der Tätergruppe dargestellt.

Dieser Abschnitt untersucht die langfristigen politischen und sozialen Prozesse, die die Voraussetzungen für den Völkermord Israels im Gazastreifen geschaffen haben; die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 als Auslöser, der die israelische Gesellschaft und Politik tiefgreifend verändert hat; sowie das öffentliche und politische Klima in Israel, das die Umsetzung des Völkermords vorangetrieben hat. Es ist wichtig zu beachten, dass die in diesem Abschnitt beschriebenen Bedingungen und Umstände auch in anderen Gebieten bestehen, in denen Palästinenser unter israelischer Kontrolle leben, sodass die Gefahr, dass das Regime über den Gazastreifen hinaus einen Völkermord begeht, sehr real ist.

A. Grundlagen des Regimes (1948–2023)

Während seines gesamten Bestehens hat das israelische Regime rechtliche, soziale und politische Grundlagen geschaffen, die in der Geschichte und Forschung als Voraussetzungen für Völkermord anerkannt sind (in Verbindung mit anderen, weiter unten diskutierten Umständen). Dieser Abschnitt konzentriert sich auf drei Merkmale des israelischen Regimes, die den Grundstein für einen Wandel hin zu einer Politik der Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und des Völkermords an den Palästinensern im Gazastreifen gelegt haben:

das Apartheidregime, einschließlich Trennung, demografischer Manipulation und ethnischer Säuberung; die Entmenschlichung und Konzeptualisierung der Palästinenser als existenzielle Bedrohung für die Israelis; und die systematische und institutionalisierte Anwendung von Gewalt gegen Palästinenser, die de facto straffrei bleibt.

Das israelische Apartheidregime – demografische Manipulation, ethnische Säuberung und Trennung

Seit den Anfängen des israelischen Staates waren die Beziehungen zwischen Juden und Palästinensern von kolonialen Siedlungsmustern geprägt, darunter weitreichende Besiedlung mit Vertreibung und Enteignung, demografische Manipulation, ethnische Säuberungen und die Auferlegung einer Militärherrschaft über die Palästinenser. Es ist wichtig zu beachten, dass kolonialistische Praktiken nicht im Widerspruch zu den nationalen Merkmalen der zionistischen Bewegung stehen, darunter die historische Verbindung des jüdischen Volkes zum Land Israel, die jahrtausendelange Präsenz jüdischer Gemeinschaften in der Region sowie die antisemitische Verfolgung und der Völkermord an den Juden in Europa. Der Begriff „Siedlerkolonialismus“ bezieht sich auf ein Kolonialprojekt, bei dem eine organisierte Einwandererbevolkerung sich auf bereits von einer indigenen Bevölkerung bewohntem Land niederlässt und diese zu vertreiben und zu ersetzen sucht. Die Anwesenheit der indigenen Bevölkerung wird als nationales und demografisches Problem angesehen, das gelöst werden muss, manchmal mit gewaltsamen Mitteln, insbesondere wenn die indigene Gruppe sich gegen wehrt die Enteignung. In vielen Fällen führt dies zu weit verbreiteten und systematischen Morden bis hin zur vollständigen oder teilweisen Vernichtung der indigenen Gruppe. Da der Kampf um Land in der Regel zur vollständigen Vernichtung der indigenen Gruppe, führt sind viele Wissenschaftler der Ansicht, dass Siedlerkolonialismus besonders anfällig dafür ist, in Völkermord auszuarten. Bekannte Fälle von Siedlerkolonialismus sind Australien, Neuseeland, die Vereinigten Staaten, Kanada, Namibia und Südafrika.

Das Regime, das sich nach der Gründung des Staates Israel etablierte, institutionalisierte die jüdische Vorherrschaft und wandte konsequent Muster gewaltsamer Kontrolle, Diskriminierung und Trennung gegenüber den Palästinensern an. Dieses systemische Verhalten kommt einer Apartheid gleich – ein Begriff, der ein institutionalisiertes Regime bezeichnet, in dem Gesetze, Strukturen und Praktiken eingesetzt werden, um die Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere in allen von ihr kontrollierten Gebieten aufrechtzuerhalten, wobei diese Vorherrschaft in der Regel als moralische und existenzielle Notwendigkeit dargestellt wird.

Unter dem Apartheidregime Israels werden die tödliche Gewalt gegen den Gazastreifen, die gewaltsame Militärherrschaft über Millionen Zivilisten im Westjordanland und die institutionalisierte Diskriminierung palästinensischer Bürger Israels von vielen Israelis als natürlich oder zumindest als unvermeidlich angesehen.

Trennung

Im Laufe der Jahre hat Israel ein System der rechtlichen und physischen Trennung zwischen jüdischen und palästinensischen Gebieten sowie zwischen palästinensischen Gemeinden in verschiedenen Gebieten errichtet. Ostjerusalem wurde annektiert und von der Westbank abgeschnitten; palästinensische Gemeinden in der Westbank wurden durch strenge israelische Bewegungsbeschränkungen voneinander abgeschnitten; und die Abriegelung des Gazastreifens von allen Seiten wurde immer extremer. Mit dem Machtantritt der Hamas im Jahr 2007 wurde die physische, wirtschaftliche und rechtliche Isolation des Gazastreifens vor allem aufgrund der von Israel verhängten Blockade fast vollständig.

Die Isolation Gazas hat ihre Wurzeln in der israelischen Wahrnehmung des Gazastreifens als besonders bedrohlicher Raum, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass etwa zwei Drittel der Bevölkerung Flüchtlinge sind, die während der Nakba 1948 vertrieben wurden, sowie deren Nachkommen. Palästinensische Flüchtlingslager in Gaza und anderswo werden in Israel als „Wespennester“ bezeichnet – Orte des Terrorismus und des palästinensischen Widerstands gegen die Existenz Israels. Seit Beginn der Besetzung im Jahr 1967 versuchte Israel, die Flüchtlingslager aufzulösen und damit das Erbe der Vertreibung, Enteignung und Unterdrückung der Palästinenser im Gazastreifen aufrechtzuerhalten. Dies zeigte sich beispielsweise in den Bemühungen Israels, den Gazastreifen zu entvölkern in den Jahren unmittelbar nach seiner Besetzung 1967, sowie in den von Ariel Sharon angeführten Mord- und Zerstörungskampagnen, die sich in den 1970er Jahren auf die Flüchtlingslager im Gazastreifen konzentrierten. Es ist kein Zufall, dass der erste palästinensische Aufstand gegen die israelische Besetzung im Gazastreifen stattfand, als im Dezember 1987 die erste Intifada ausbrach.

In den letzten Jahrzehnten und insbesondere seit 2007 dient Gaza Israel als „Laboratorium“ für die Erprobung extremer militärischer und administrativer Praktiken, wobei die Gewalt immer weiter eskaliert. Bewaffnete Angriffe der Hamas und anderer palästinensischer Gruppierungen im Gazastreifen, darunter auch Angriffe auf israelische Zivilisten, die nach der Räumung der israelischen Siedlungen im Jahr 2005 fortgesetzt wurden, dienten allen folgenden israelischen Regierungen als Rechtfertigung für die Verhängung einer erdrückenden Blockade gegen Gaza und die weitere Isolierung des Gazastreifens vom Westjordanland. Der Gazastreifen ist praktisch zu einem riesigen Gefängnis geworden, dessen Bewohner ständig am Rande einer humanitären Krise leben und extremer Gewalt ausgesetzt sind, weitgehend außerhalb des Blickfelds der israelischen Öffentlichkeit.

Beispielsweise berechnete Israel im Jahr 2008 die Mindestkalorienzufuhr, die nach Gaza geliefert werden durfte, ohne eine humanitäre Katastrophe auszulösen. Die weitreichenden Schäden, die der Zivilbevölkerung in Gaza zugefügt wurden, sind im Laufe der Jahre zur Normalität geworden, wie die Militäroperationen israelischen dort in den Jahren 2008, 2012, 2014 und 2021, der tödliche Schusswaffengebrauch gegen Demonstranten während der Proteste der „Großen Rückkehrmärsche“ 2018–2019 und das Fehlen jeglicher öffentlicher oder rechtlicher Rechenschaftspflicht für diese Handlungen zeigen.

Demografische Manipulation und ethnische Säuberung

Der Begriff „demografische Manipulation“ bezeichnet staatlich gelenkte Eingriffe in soziale und räumliche demografische Prozesse. Im Rahmen der Apartheid ist demografische Manipulation ein zentrales Mittel, um die Mehrheit der herrschenden Gruppe in bestimmten Gebieten sicherzustellen. Zu den Methoden gehören die Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen, die Zerstreung einer Gruppe über verschiedene Regionen, diskriminierende Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitiken sowie Wohnbeschränkungen für bestimmte Gruppen.

Ethnische Säuberung ist eine extreme Form der demografischen Manipulation und besteht in der gewaltsamen Entfernung einer ethnischen, nationalen, rassistischen oder religiösen Gruppe aus einem bestimmten Gebiet. Zu den Zielen kann die Schaffung eines ethnisch homogenen geografischen Gebiets, die Entfernung einer als demografische oder sicherheitspolitische Bedrohung angesehenen Bevölkerungsgruppe oder die Beschlagnahme von Land gehören, das als strategisch, religiös oder national wertvoll angesehen wird. Ethnische Säuberungen gehen oft mit der Zerstörung der physischen Strukturen der betroffenen Gruppe einher.

Um eine jüdische Mehrheit zu etablieren und die jüdische Kontrolle über das Land zu maximieren, haben israelische Regierungen verschiedene Instrumente der Raumplanung eingesetzt, darunter ethnische Säuberungen und unverhohlene diskriminierende Gesetze in Bezug auf Staatsbürgerschaft, Wohnsitz und Einwanderung. Ähnlich wie in der südafrikanischen Apartheid wurde dies unter Wahrung des Narrativs eines „demokratischen Staates“ unter der dominierenden Gruppe verfolgt, indem sichergestellt wurde, dass Mitglieder dieser Gruppe die Mehrheit unter den als „Staatsbürger“ definierten Personen innerhalb des als „Staat“ definierten Territoriums ausmachen.

Das Ziel des politischen Zionismus war es, die für die Gründung eines jüdischen Staates erforderliche jüdische Mehrheit zu erreichen und eine langfristige Lösung für den palästinensischen Widerstand gegen die jüdische Besiedlung und das zionistische Nationalprojekt zu finden.

Die ethnische Säuberung der Palästinenser in den ersten Jahren nach der Gründung Israels war das Ergebnis einer Kombination aus Sicherheitsüberlegungen zum Schutz der jüdischen Siedlungen und Plänen zur demografischen Umgestaltung. Dabei wurden etwa 750.000 Palästinenser vertrieben und an ihrer Rückkehr gehindert, der größte Teil ihres Landes und Eigentums enteignet und palästinensische Städte, Dörfer und Kulturstätten zerstört und vollständig ausgelöscht. In den ersten Jahren der Staatsgründung wurden Gesetze verabschiedet, die die Ergebnisse dieser ethnischen Säuberung festschreiben sollten. Zu den wichtigsten zählen das Gesetz über das Eigentum Abwesender von 1950 und das Rückkehrgesetz von 1950, das den grundlegenden diskriminierenden Grundsatz verankerte, dass Juden aus aller Welt das Recht haben, nach Israel einzuwandern, während das Recht palästinensischer Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat nie anerkannt wurde.

Verschiedene Praktiken der demografischen Manipulation und ethnischen Säuberung prägten in den folgenden Jahrzehnten weiterhin die israelische Politik gegenüber den Palästinensern im Land und wurden schnell auf die Palästinenser in den von Israel im Juni 1967 besetzten Gebieten angewendet. Damals vertrieb Israel Hunderttausende Menschen gewaltsam aus ihrer Heimat und löschte einige der Dörfer, aus denen sie vertrieben wurden, vollständig aus, darunter in der Region Latrun, in den Flüchtlingslagern um Jericho, im Mughrabi-Viertel von Jerusalem und im Gazastreifen. Die überwiegende Mehrheit der syrischen Bewohner der Golanhöhen, etwa 130.000 Menschen, wurde ebenfalls gewaltsam vertrieben. In einer verdeckten Operation im Januar 1972 vertrieb Israel zwischen 6.000 und 20.000 Palästinenser aus ihrem Land im Rafah-Salient auf der Sinai-Halbinsel und zerstörte ihre Häuser. In den letzten zehn Jahren ist die Idee, Raum durch Gewalt zu organisieren, zu einem legitimen Bestandteil des öffentlichen und politischen Diskurses in Israel geworden, was zum Teil auf die Vision von Politikern wie Itamar Ben Gvir und Bezalel Smotrich, zurückzuführen ist, die heute eine zentrale Rolle in der Regierung spielen.

Mechanismen der Entmenschlichung und Darstellung der Palästinenser als existenzielle Bedrohung

Entmenschlichung und Dämonisierung, die extreme Gewalt gegen eine bestimmte Gruppe legitimieren, sind eine notwendige Voraussetzung für die Begehung von Völkermord.

Seit den Anfängen der zionistischen Besiedlung wurden Palästinenser auf verschiedene Weise entmenschlicht, um ethnische Säuberungen, Enteignungen und die Errichtung eines Regimes der jüdischen Vorherrschaft zu ermöglichen. In der vorherrschenden zionistisch-israelischen Narrative wurde das unter dem britischen Mandat als Palästina definierte Gebiet als „Ödland“ dargestellt und in der öffentlichen Wahrnehmung als „Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ verinnerlicht.

Die palästinensische nationale Identität wurde oft gänzlich geleugnet oder als ausschließlich in der Opposition zur jüdischen Besiedlung verwurzelt dargestellt. Palästinenser wurden häufig als Neuankömmlinge aus benachbarten arabischen Ländern beschrieben. Bis heute wird in Israel öffentlich darüber diskutiert, ob es überhaupt ein „palästinensisches Volk“ gibt.

Negative Stereotypen und rassistische Verallgemeinerungen über Muslime, Araber und Palästinenser sind seit langem ein Merkmal des öffentlichen Diskurses in Israel. Populäre Metaphern, wie die Beschreibung Israels als „Villa im Dschungel“ des Nahen Ostens, stellen Israel als Insel der Zivilisation und Aufklärung in einer ansonsten primitiven Weite dar. Die palästinensische Kultur und die arabisch-muslimische Kultur im weiteren Sinne werden oft als todverherrlichend und hasspredigend beschrieben.

Unterdessen werden die „demografische Bedrohung“ Geburtenraten der Palästinenser und ihre physische Präsenz überall zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer im israelischen Diskurs unter Sicherheitsbehörden, Mainstream-Medien, führenden Forschungsinstituten und Politikern aller Couleur gemeinhin als „tickende Zeitbombe“ und „existenzielle Bedrohung“ bezeichnet.

Eine weitere zentrale Form der Entmenschlichung besteht darin, alle Palästinenser als von Natur aus „barbarisch“ oder einer fanatischen und kompromisslosen Ideologie verpflichtet darzustellen. Die Geschichte zeigt, dass die Darstellung einer gesamten ethnischen, nationalen, religiösen oder rassistischen Gruppe als ernsthafte Sicherheitsbedrohung oder existenzielle Gefahr, meist basierend auf den Handlungen einzelner Personen oder Organisationen innerhalb dieser Gruppe, immer wieder eine Voraussetzung für Massengräuel war, einschließlich Völkermord.

Palästinenser werden von Israelis als permanente und existenzielle Sicherheitsbedrohung wahrgenommen. Der lange und blutige Konflikt zwischen der zionistischen Bewegung und dem Staat Israel auf der einen Seite und der palästinensischen Nationalbewegung auf der anderen Seite hat im Laufe der Jahre zahlreiche Angriffe von Palästinensern auf israelische Streitkräfte und Zivilisten mit Tausenden von Toten zur Folge gehabt. Diese Tatsache sowie Äußerungen und offizielle Dokumente palästinensischer Führer, die den bewaffneten Widerstand, einschließlich gezielter Angriffe auf Zivilisten, unterstützt oder daran beteiligt waren, prägen die Darstellung der gesamten palästinensischen Bevölkerung als ständige Bedrohung für die Sicherheit des Staates und seiner Bürger durch das Regime.

Seit Ende der 1980er Jahre, als die erste Intifada begann, hat der direkte Kontakt zwischen jüdisch-israelischen Zivilisten und palästinensischen Zivilisten aus den besetzten Gebieten stetig abgenommen, so dass persönliche Kontakte zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen immer seltener wurden. Die zweite Intifada, die auch Angriffe auf israelische Zivilisten umfasste, verschärfte das Gefühl der Bedrohung, das viele jüdische Israelis empfanden. Da die zweite Intifada kurz nach mehrjährigen Verhandlungen ausbrach, die aus israelischer Sicht beispiellose Zugeständnisse beinhalteten, verstärkte dies die Wahrnehmung, dass die Palästinenser nicht an einer politischen Lösung interessiert sind, sondern an der Zerstörung des Staates Israel.

Der „Rückzug“ aus dem Gazastreifen im Jahr 2005, auf den kurz darauf der Machtantritt der Hamas und weitere Angriffe auf Israel aus dem Gazastreifen folgten, festigte die israelische Ansicht, dass „Zugeständnisse“ an die Palästinenser zu Terrorismus führen.

Unterdessen haben die israelischen Behörden alle Versuche der Palästinenser, gewaltfreien Widerstand zu leisten, einschließlich diplomatischer Bemühungen, Menschenrechts-Aktivismus und Boykottaufrufe, konsequent als Terrorakte oder existenzielle Bedrohung behandelt. Tatsächlich haben die Palästinenser keine Möglichkeit, sich gegen die Unterdrückung, der sie ausgesetzt sind, zu wehren, ohne vom israelischen Staat als „Terroristen“ gebrandmarkt zu werden.

So wurde beispielsweise der Antrag der Palästinenser auf ein Gutachten des IStGH in Israel als strategische Bedrohung wahrgenommen. Die BDS-Bewegung wurde wiederholt als feindseliger terroristischer Akteur dargestellt. Gewaltfreie Protestkampagnen in den Bank-Dörfern, darunter auch in Ostjerusalem, wurden gewaltsam unterdrückt, oft mit tödlichen Folgen. Die Einstufung von sechs palästinensischen Menschenrechtsorganisationen als terroristische Vereinigungen durch Verteidigungsminister Benny Gantz im Oktober 2021, trotz der weit verbreiteten Ablehnung dieses Schrittes durch zahlreiche Staaten, darunter europäische Länder und die Vereinigten Staaten, folgt derselben Logik.

Die israelische Wahrnehmung der palästinensischen Präsenz als ständige Bedrohung führt zu einer machtorientierten, militaristischen Weltanschauung, die tief in der israelischen Kultur und Identität verwurzelt ist. Diese Sichtweise wird weithin als charakteristisches Merkmal von Regimes anerkannt, die auf ethnischer Vorherrschaft beruhen, darunter auch das Apartheidregime in Südafrika.

In Israel besteht seit 1949 eine Wehrpflicht für Juden, wobei die Wehrpflichtquote unter jüdischen Männern historisch zwischen 70 % und 90 % liegt.

Das israelische Militär wird nicht nur als Verteidigungskraft wahrgenommen, sondern auch als Fundament des sozialen Zusammenhalts, wobei der Militärdienst als moralisch begründete Handlung angesehen wird, die das Engagement für die Gesellschaft, den Staat und das Regime demonstriert. Der hohe Status des israelischen Militärs und die Darstellung der palästinensischen Bevölkerung als Sicherheitsbedrohung haben zusammen mit jahrelanger Entmenschlichung im Laufe der Zeit eine klare Hierarchie geschaffen, in der das Leben israelischer Soldaten über dem Leben palästinensischer Zivilisten steht.

Diese Priorisierung zeigt sich in der langjährigen Politik des Militärs in verschiedenen Kampfszenarien, wie dem Einsatz von Zivilisten als menschliche Schutzschilde, großzügigen Vorschriften für das Abfeuern von Waffen, die die Grenzen des Völkerrechts überschreiten, und weitreichenden, unpräzisen Bombardierungen ziviler Gebiete zum Schutz der Soldaten vor Ort. Diese Praktiken waren in den letzten zwei Jahrzehnten bei den Militäroperationen Israels im Gazastreifen besonders ausgeprägt, werden aber auch in anderen Gebieten unter israelischer Herrschaft angewendet.

Die Sichtweise der Palästinenser als permanente existenzielle Bedrohung für Israel muss auch vor dem Hintergrund des in der jüdisch-israelischen Identität, dem Diskurs und dem Ethos tief verwurzelten Opferbewusstseins verstanden werden. Obwohl Israel zu einer regionalen Militärmacht geworden ist, trotz einer langen Geschichte der Vertreibung, Enteignung und der Auferlegung eines gewalttätigen Militärregimes und trotz des enormen Machtungleichgewichts zwischen den beiden Seiten sehen sich die meisten jüdischen Israelis weiterhin als die einzigen Opfer, die keine andere Wahl haben, als zu töten und getötet zu werden, um zu überleben, während sie von Feinden umgeben sind, die ständig ihre Vernichtung anstreben. Dieses Opferbewusstsein hat seine Wurzeln in einer Geschichte des Antisemitismus, der Verfolgung und der Pogrome gegen das jüdische Volk, die im Holocaust gipfelten. Im Laufe der Jahre hat das israelische Regime diese Geschichte unter anderem dazu benutzt, um seine gewaltsame Kontrolle über die Palästinenser zu rechtfertigen.

Kultur der Straflosigkeit

Eine institutionelle, politische, soziale und rechtliche Kultur der Straflosigkeit, in der Täter vor der Verantwortung für Verbrechen gegen Mitglieder einer bestimmten Gruppe geschützt werden, ist ein gut dokumentierter Nährboden für extreme Verbrechen, darunter unter bestimmten Umständen auch Völkermord.

In den allermeisten Fällen, in denen Palästinenser im Laufe der Jahre durch Israel zu Schaden gekommen sind, wurden der Staat, seine Entscheidungsträger, Soldaten, Kommandeure, Polizeibeamte oder Zivilisten nicht zur Rechenschaft gezogen.

Die langjährige Unterstützung Israels durch westliche Länder, insbesondere durch die Vereinigten Staaten, hat ihm de facto Immunität vor den politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Mechanismen verschafft, die der internationalen Gemeinschaft zur Verhinderung von Verstößen gegen das Völkerrecht zur Verfügung stehen. Angehörige der israelischen Streitkräfte wurden nur selten wegen der Verletzung von Palästinensern vor Gericht gestellt, ebenso wenig wie israelische Zivilisten, insbesondere Siedler.

Beispielsweise gingen laut der israelischen Menschenrechtsorganisation Yesh Din in den fünf Jahren vor dem aktuellen Krieg 862 Beschwerden über Verstöße israelischer Soldaten gegen Palästinenser im Westjordanland beim israelischen Militärgerichtssystem ein (eine Zahl, die deutlich unter der tatsächlichen Zahl der Vorfälle liegt). Davon führten nur 258 zu strafrechtlichen Ermittlungen und nur 13 zu Anklagen. Von 219 Beschwerden über die Tötung von Palästinensern wurde nur eine Untersuchung eingeleitet (laut B'Tselem wurden im gleichen Zeitraum 950 Palästinenser von israelischen Streitkräften im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und im Gazastreifen getötet).

Eine umfassendere Überprüfung der militärischen Ermittlungen zu Beschwerden über Übergriffe von Soldaten auf Palästinenser seit 2000 zeigt, dass Ermittlungen selten zu Anklagen und noch seltener zu Verurteilungen führen. Ebenso wurden etwa 94 % der Fälle von Gewalt durch Siedler gegen Palästinenser im Westjordanland, die in den letzten zwei Jahrzehnten von der israelischen Polizei aufgenommen wurden, ohne Anklage eingestellt. Von den Ermittlungen, die aufgenommen wurden, führten nur 3 % zu vollständigen oder teilweisen Verurteilungen.

Diese weit verbreitete und systematische Straflosigkeit zeigte sich besonders deutlich während der israelischen Militäroperationen im Gazastreifen in den letzten zwei Jahrzehnten sowie bei den Protesten im Rahmen des „Großen Marsches der Rückkehr“ im Jahr 2018. Bei der Operation „Gegeneinander“ (von Dezember 2008 bis Januar 2009) töteten israelische Streitkräfte etwa 1.391 Palästinenser. Mindestens 759 von ihnen waren nicht an Feindseligkeiten beteiligt, darunter 344 Minderjährige. Über 5.000 wurden verletzt. Von mehr als 400 Vorfällen, die von der Militärstaatsanwaltschaft (MAG) untersucht wurden, führten nur drei Ermittlungen zu Anklagen. Die härteste Strafe wurde in einem Fall wegen Diebstahls einer Kreditkarte verhängt.

Während der Operation „Säule der Verteidigung“ im November 2012 töteten israelische Streitkräfte 167 Palästinenser. Mindestens 87 von ihnen waren nicht an Feindseligkeiten beteiligt, darunter 32 Minderjährige. Ein internes Militärkomitee untersuchte mehr als 80 Vorfälle mutmaßlicher Rechtsverstöße. Davon wurden 65 an den Militärstaatsanwalt weitergeleitet, der entschied, dass keiner davon eine strafrechtliche Untersuchung rechtfertigte.

Im Rahmen der Operation Protective Edge im Sommer 2014 töteten israelische Streitkräfte etwa 2.200 Palästinenser, Hunderte davon in ihren Häusern, darunter etwa 526 Minderjährige. Etwa 63 % der Getöteten waren nicht an Feindseligkeiten beteiligt. Dennoch wurden nur wenige Ermittlungen eingeleitet, von denen bisher nur eine zu einer Anklage führte – wegen Plünderung.

Während der Proteste im Rahmen des „Großen Marsches der Rückkehr“ von März 2018 bis Juli 2019 töteten israelische Streitkräfte 223 Palästinenser, darunter 46 Minderjährige, mit scharfer Munition, gummibeschichteten Metallgeschossen, Tränengasgranaten und anderen Mitteln. Mehr als 13.000 Palästinenser wurden verletzt. Von den eingeleiteten Ermittlungen führte nur eine zu einer Anklage.

Bei der Operation „Guardian of the Walls“ im Mai 2021 wurden Hunderte von Orten im Gazastreifen bombardiert, darunter zivile Infrastruktur, Wohnviertel, Wohnhochhäuser, Schulen und Krankenhäuser. Nach Angaben von B'Tselem wurden bei der Operation 233 Palästinenser getötet, darunter 137 Zivilisten, die nicht an den Feindseligkeiten beteiligt waren, darunter 54 Minderjährige. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden mehr als 2.000 Palästinenser verletzt. Von den 84 Vorfällen, die an die Untersuchungsstelle des israelischen Militärs weitergeleitet wurden, führte nur einer zu einer strafrechtlichen Untersuchung und einer Anklage.

Wenn das israelische Militärjustizsystem überhaupt tätig wird, konzentriert es sich auf Einzelfälle, in denen relativ rangniedrige Soldaten oder Kommandeure verdächtigt werden, Befehle verletzt zu haben. Hochrangige Kommandeure werden selten strafrechtlich verfolgt, und das System verfügt nicht über die Befugnis, die Befehle selbst oder die ihnen zugrunde liegenden militärischen Richtlinien zu überprüfen. Die Ermittlungen werden oft nachlässig durchgeführt und stützen sich fast ausschließlich auf die Aussagen von Soldaten, anstatt auf eine unabhängige Überprüfung der relevanten Beweise. Diese Aussagen werden häufig lange nach dem Vorfall aufgenommen, sodass die Verdächtigen ihre Aussagen abstimmen können, was eine wirksame Untersuchung erheblich behindert. Die Aussagen der Soldaten werden durchweg gegenüber denen der Palästinenser bevorzugt, deren Aussagen oft gar nicht erst aufgenommen werden. Im Wesentlichen dient das militärische Strafverfolgungssystem in erster Linie dazu, die Militärpolitik sowohl in den Augen der israelischen Öffentlichkeit als auch der internationalen Gemeinschaft und ihrer Institutionen zu beschönigen.

Der Oberste Gerichtshof Israels seinerseits bietet eine Fassade der rechtlichen Kontrolle über Maßnahmen staatlicher Behörden gegenüber Palästinensern. Tatsächlich hat das Gericht jahrelang die überwiegende Mehrheit dieser Maßnahmen entweder gebilligt oder sich einer Intervention enthalten, selbst wenn sie eindeutig gegen internationales Recht verstießen.

Das Ansehen des Gerichtshofs, gestützt durch seinen internationalen Ruf als unabhängige und liberale Institution zur Wahrung der Menschenrechte, hat die Straffreiheit Israels auf der Weltbühne gestärkt. Bis zum vergangenen Jahr trug diese irriige Wahrnehmung dazu bei, israelische Führer vor einer Strafverfolgung durch den IStGH zu schützen, unter anderem aufgrund des Grundsatzes der Komplementarität, wonach der IStGH nicht tätig wird, wenn ein Land über funktionierende innerstaatliche Mechanismen zur Ermittlung und Strafverfolgung verfügt.

Diese anhaltende Straflosigkeit gab den israelischen Entscheidungsträgern berechtigten Grund zu der Annahme, dass selbst eine hemmungslose, unverhältnismäßige und wahllose Reaktion auf den Angriff vom 7. Oktober 2023 die Unterstützung der westlichen Verbündeten oder zumindest deren stillschweigende Zustimmung finden würde, begleitet von symbolischen Erklärungen über das Leid der Palästinenser. Ebenso konnten israelische Kommandeure, Soldaten und Streitkräfte im Allgemeinen sowie Siedler im Westjordanland davon ausgehen, dass sie weiterhin nahezu vollständige Straffreiheit für die Verletzung palästinensischer Zivilisten genießen würden.

B. Der Angriff vom 7. Oktober 2023: Ein auslösendes Ereignis

Am 7. Oktober 2023 verübten die Hamas und andere palästinensische bewaffnete Gruppen den tödlichsten Angriff, der jemals gegen israelische Zivilisten verübt wurde. Dabei wurden insgesamt 1.218 Menschen im Süden Israels getötet oder nach Gaza entführt. Unter ihnen befanden sich 882 Zivilisten und Mitglieder von kommunalen Notfallteams, darunter 280 Frauen und 40 Kinder. Eine kleine Anzahl von Zivilisten wurde während der Kämpfe oder bei dem Versuch, ihre Entführung durch bewaffnete Palästinenser zu verhindern, durch israelische Militärfeuer getötet. Zehntausende wurden verletzt und 252 Menschen wurden lebend oder tot nach Gaza entführt. Die überwiegende Mehrheit der entführten Geiseln waren israelische Zivilisten, darunter Frauen, ältere Menschen und Kinder, von denen das jüngste ein neun Monate altes Baby war.

Bis Mitte Juli 2025 wurden 205 Geiseln nach Israel zurückgebracht, 148 lebend und 57 tot. Einige Geiseln wurden von ihren Entführern oder durch israelische Bombenangriffe getötet, andere werden weiterhin unter unerträglichen Bedingungen und ohne Zugang zu lebenswichtiger medizinischer Versorgung festgehalten.

Der Angriff der Hamas und anderer palästinensischer bewaffneter Gruppen umfasste schwere Gewalttaten, darunter sexuelle Gewalt, die teilweise tödlich endeten. Die Pflicht, Zivilisten so weit wie möglich zu verschonen, und das absolute Verbot, Zivilisten als Geiseln zu nehmen, sind grundlegende Prinzipien des humanitären Völkerrechts und verbindliche moralische Gebote.

Diese Handlungen stellen Kriegsverbrechen und wahrscheinlich auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. B'Tselem verurteilt diese Verbrechen aufs Schärfste.

Der völkermörderische Angriff auf die Bewohner Gazas und auf alle Palästinenser als Gruppe kann nicht verstanden werden, ohne die Auswirkungen des Angriffs vom 7. Oktober auf die israelische Gesellschaft anzuerkennen. Der Schock, die Angst und die Demütigung, die der Angriff ausgelöst hat, sowie die gesellschaftlichen Umwälzungen, die er nach sich zog, waren eine treibende Kraft für einen Wandel in der Politik der Regierung gegenüber den Palästinensern – von Unterdrückung und Kontrolle zu Zerstörung und Vernichtung.

Viele Israelis empfanden den Angriff vom 7. Oktober als ein Ereignis, das außerhalb von Zeit und Raum stattfand – ohne Kontext oder Hintergrund. In der lokalen Mainstream-Diskussion werden Hinweise auf den größeren Zusammenhang, nämlich die jahrelange gewaltsame Kontrolle, Besetzung und Blockade des Gazastreifens, fälschlicherweise als Versuch bezeichnet die Handlungen der Hamas zu leugnen oder zu rechtfertigen. Indem sie jede Diskussion über den Kontext und später auch über die in Gaza begangenen Verbrechen ablehnt, offenbart die israelische Öffentlichkeit die Hartnäckigkeit ihrer blinden Flecken.

Seit seiner Gründung hat das israelische Apartheidregime daran gearbeitet, jüdische Israelis physisch und psychisch von den Palästinensern zu trennen. Durch die jahrzehntelange gewaltsame militärische Besetzung wurde die israelische Bevölkerung so gut wie gar nicht mit der Gewalt konfrontiert, die den Palästinensern angetan wird. Die Tatsache, dass Palästinenser unter einem diskriminierenden, rassistischen und gewalttätigen Apartheidregime leben, wurde aus dem israelischen Bewusstsein effektiv ausgelöscht. Diese verzerrte Wahrnehmung der Realität, verbunden mit dem Gefühl der Sicherheit, das der israelische Sicherheitsapparat vermittelt, führte dazu, dass die meisten jüdischen Israelis sich nie vorstellen konnten, dass die jahrzehntelang täglich gegen Millionen Menschen ausgeübte Gewalt eines Tages zu tödlicher Gegengewalt in einem zuvor unvorstellbaren Ausmaß führen würde.

Der Angriff vom 7. Oktober war für die Israelis nicht nur wegen seiner Folgen oder des Versagens des Militärs beim Schutz der Zivilbevölkerung so traumatisch. Innerhalb weniger Stunden zerstörte er grundlegende Paradigmen, mit denen Generationen von Israelis aufgewachsen waren, darunter die Überzeugung, dass Gewalt und Unterdrückung auf eine Seite des Zauns beschränkt werden könnten, während auf der anderen Seite Frieden und Sicherheit herrschen würden.

Es gibt kaum ein Haus oder eine Familie in Israel, die von dem Angriff der Hamas und seinen Folgen verschont geblieben sind. Das Ausmaß des Angriffs und die beispiellose Zahl der israelischen Opfer bedeuteten, dass viele Menschen entweder persönlich oder in ihrem sozialen oder familiären Umfeld Verluste erlitten haben.

Seit diesem Morgen werden die Israelis mit Bildmaterial des Angriffs sowie mit Berichten von Überlebenden und Mitgliedern der Rettungskräfte und Streitkräfte, die vor Ort waren, überschwemmt. Diese haben tiefe Spuren in der israelischen Gesellschaft hinterlassen. Der von der Hamas angeführte Angriff hat mehr denn je zuvor Szenen von wehrlosen Juden, die massakriert werden, wieder ins Gedächtnis gerufen, die sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt haben und das individuelle und kollektive Sicherheitsgefühl der jüdischen Bevölkerung in Israel bis ins Mark erschüttert haben.

Der Zustand der Angst, Wut und Rachegefühle, der unmittelbar nach dem 7. Oktober unter vielen Israelis vorherrschte und sich deutlich in der öffentlichen Debatte widerspiegelte, bildete einen fruchtbaren Boden für die Hetze gegen Palästinenser im Allgemeinen und Bewohner des Gazastreifens im Besonderen. Diese Atmosphäre, die von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, hochrangigen Politikern, Militärkommandanten und Medienpersönlichkeiten noch verstärkt wurde, war ein wesentlicher Faktor für den Kurswechsel des israelischen Regimes von einer Politik der Kontrolle und Abschreckung durch wiederholte (an sich schon tödliche) Militäroffensiven und eine Blockade hin zu einer Politik des „totalen Sieges“ die auf durch die systematische, wahllose und vollständige Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft im Gazastreifen abzielt.

Die israelische Öffentlichkeit scharte sich bereitwillig um die Ideologie des „totalen Sieges“, ein Konzept, das die Illusion nährt, militärische Macht könne das verlorene Gefühl der Sicherheit wiederherstellen. Als Benny Gantz am 8. Oktober seine Rückkehr in die Regierung ankündigte, sagte er: „Gemeinsam werden wir siegen und den Blutigen Samstag zu dem Moment machen, der Israels Stärke und regionale militärische Überlegenheit für die kommenden Jahre prägen wird.“ Seine Erklärung spiegelte die Stimmung in der Bevölkerung wider, die in den folgenden Monaten die Zerschlagung der palästinensischen Gesellschaft im Gazastreifen mit ungebremster militärischer Gewalt ermöglichte.

Der Angriff vom 7. Oktober diente und dient auch weiterhin als scheinbar moralische Rechtfertigung für alle Maßnahmen des israelischen Militärs in Gaza und darüber hinaus, einschließlich Iran. Von Anfang an und während der gesamten Dauer wurde der israelische Angriff auf Gaza als Akt der Selbstverteidigung dargestellt, als notwendige Reaktion auf den Angriff der Hamas. Die Tatsache, dass dies für viele jüdische Israelis die absolute Rechtfertigung für jede Maßnahme Israels im Gazastreifen ist, hat es dem israelischen Regime ermöglicht, sich ohne nennenswerte öffentliche Kritik jeglicher rechtlicher Verpflichtung oder moralischer Zwänge zu entziehen. Ein deutliches Beispiel für den Wandel im öffentlichen Diskurs lässt sich anhand der Reaktionen auf genozidale Rhetorik vor und nach dem 7. Oktober finden. Als Bezale Smotrich beispielsweise im März 2023 nach einem Angriff eines Einheimischen auf Israelis dazu aufrief, die palästinensische Stadt Huwarah südlich von Nablus „auszulöschen“, stießen seine Äußerungen auf breite Kritik, auch von Seiten der politischen Mitte Israels.

Nach dem 7. Oktober wurden ähnliche Forderungen in Bezug auf Gaza und das Westjordanland alltäglich, akzeptiert und sogar von der Öffentlichkeit weitgehend unterstützt.

Die Realität seit Oktober 2023 zeigt, in welchem Ausmaß eine Gesellschaft, die von einem Apartheidregime geprägt ist, das Segregation, Verleugnung und Gewalt umfasst, in eine Politik des Völkermords abgleiten kann, als direkte Fortsetzung festgefahrener Muster der Unterdrückung und Verleugnung. Die Zerstörung in Gaza ist nicht nur das Ergebnis existenzieller Angst, sondern eine bewusste Entscheidung für eine Zukunft, in der kein Platz für palästinensisches Leben ist. In diesem Zusammenhang ist der Angriff der Hamas, so brutal er auch war, nicht nur eine schreckliche Katastrophe, die die israelische Gesellschaft heimgesucht hat, sondern auch ein Spiegel, der die menschlichen Kosten der Aufrechterhaltung eines jahrzehntelangen Unterdrückungsregimes widerspiegelt – ein Spiegel, dem Israel sich nicht mit Empörung und Feuer stellen will.

C. Ausnutzung der Gelegenheit durch eine rechtsextreme Regierung

Die aktuellen Angriffe auf Palästinenser im Gazastreifen müssen auch vor dem Hintergrund der Zusammensetzung und des Charakters der aktuellen israelischen Regierung verstanden werden. Im Dezember 2022, zehn Monate vor dem Angriff der Hamas, bildete Israel die extremste rechtsgerichtete Regierung seiner Geschichte. Von Anfang an waren die Handlungen der Regierung von dem Grundsatz geleitet, die jüdische Vorherrschaft aufrechtzuerhalten und zu festigen, wie dies in offiziellen politischen Dokumenten wie den Koalitionsvereinbarungen und den Leitprinzipien, der Regierung öffentlich zum Ausdruck kam, in denen betont wird, dass „das jüdische Volk ein ausschließliches und unbestreitbares Recht auf alle Teile des Landes Israel hat“.

Diese Regierung wird von hochrangigen Ministern geführt, die sich stolz und öffentlich zu gewalttätigen und völkermörderischen Ideologien bekennen. So erklärte beispielsweise Minister Bezalel Smotrich im Oktober 2021 gegenüber palästinensischen Mitgliedern der Knesset, sie seien „hier aus Versehen, es ist ein Fehler, dass Ben-Gurion die Arbeit nicht zu Ende gebracht und euch 1948 nicht vertrieben hat“. Rhetorik, die die palästinensische Sichtweise ausblendet und in einigen Fällen sogar die Existenz des palästinensischen Volkes leugnet, ist unter diesen Persönlichkeiten ebenfalls weit verbreitet. So erklärte Smotrich im März 2023: „Es gibt kein palästinensisches Volk.“

Während ihrer langjährigen Tätigkeit in verschiedenen öffentlichen Ämtern haben diese Politiker deutlich gemacht, dass sie ihre Weltanschauung in die Tat umsetzen wollen. Sie kündigten an, eine sogenannte freiwillige Umsiedlung der Palästinenser, die Annexion des Westjordanlands durch Israel und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für eine jüdische Besiedlung des Gazastreifens voranzutreiben, wobei sie sich offen über die Regeln des Völkerrechts und die Institutionen, die dieses Recht gewährleisten, hinwegsetzen.

2017 veröffentlichte Smotrich seinen Plan zur Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts. Der sogenannte „Entscheidungsplan“ stellte die Palästinenser vor die Wahl, entweder ihre Rechte aufzugeben oder mit Vertreibung und Auslöschung rechnen zu müssen. Die Ernennung eines Mannes, der diesen Plan als Minister im Verteidigungsministerium mit Zuständigkeit für die Zivilverwaltung konzipiert hat, sendet ein klares Signal, dass die israelische Regierung die Anwendung von Gewalt (einschließlich der Gewalt durch Siedler) zur Eroberung von Land und zur ethnischen Säuberung des Gebiets von Palästinensern befürwortet. Dementsprechend hat sich die Zahl der Angriffe von Siedlern auf Palästinenser zwischen Januar und September 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt. Seit dem Amtsantritt der aktuellen Regierung haben solche Angriffe einen neuen Charakter angenommen – Massenspogrome, die mit dem Huwarah-Pogrom im Februar 2023 begannen und seitdem wöchentlich fortgesetzt werden. In den Tagen vor dem 7. Oktober 2023 nahmen die Bemühungen von Mitgliedern der extremen Rechten, die Vertreibung von Palästinensern aus ihren Häusern im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, voranzutreiben, zu, was sich in Aufrufen zur Gewalt und der direkten Beteiligung an Provokationen und gewalttätigen Aktionen von Siedlern äußerte. Wie im Westjordanland üblich, wurde diese Gewalt oft durch die Anwesenheit des israelischen Militärs und manchmal sogar durch dessen aktive Beteiligung ermöglicht.

Um die Umstände, unter denen Israel seinen genozidalen Angriff auf die Palästinenser im Gazastreifen gestartet hat, vollständig zu verstehen, muss man berücksichtigen, dass dieser Moment für einen bedeutenden und zentralen Teil der israelischen Entscheidungsträger und Minister eine Gelegenheit war, weitreichende Pläne zur Ausweitung der israelischen Territorialkontrolle durch die Vertreibung und Enteignung der Palästinenser umzusetzen. Wie die Ministerin für Siedlungswesen und nationale Missionen, Orit Strock, sagte, ist dies für sie „eine Zeit der Wunder“. Während der Völkermord vom gesamten israelischen Apparat verübt wird, ist die Tatsache, dass viele seiner wichtigsten Architekten und politischen Entscheidungsträger offen und explizit ihren Extremismus und ihre genozidalen Absichten bekunden, ein wesentlicher Faktor, der seine Durchführung vorantreibt und ermöglicht.

6. FAZIT

Seit Israel seinen Angriff auf den Gazastreifen gestartet hat, sind wir Zeugen unerbittlichen menschlichen Leids und von Verlusten an Menschenleben in einem Ausmaß, das noch vor wenigen Monaten unvorstellbar gewesen wäre. Ganze Städte wurden bombardiert und dem Erdboden gleichgemacht, kaum ein Haus blieb stehen; Hunderttausende wurden aus ihrem Leben gerissen und irren mit dem Wenigen, das sie auf dem Rücken tragen können, wie menschliche Schatten durch staubige Straßen auf der Suche nach einer Notunterkunft; Erwachsene und Kinder drängen sich in endlosen Schlangen um ein wenig Essen und riskieren Leib und Leben, um ihre hungernden Familien zu ernähren; und vor allem droht überall der Tod. Dies ist eine menschliche Katastrophe, die live aus der Hölle übertragen wird.

Völkermord geht über die schrecklichen Schäden für die direkten Opfer hinaus. Er ist ein Angriff auf die Menschheit selbst: auf den Grundgedanken, dass jedes Leben wertvoll ist, und auf das Kernprinzip, dass jeder Mensch Anspruch auf Grundrechte hat, die ihn vor willkürlicher Gewalt schützen. Die Geschichte zeigt, dass der Versuch, eine Gruppe von Menschen auszurotten, ein Verbrechen mit katastrophalen Folgen ist – ein Verbrechen, das jeder Mensch bekämpfen und unverzüglich stoppen muss. Es ist eine moralische, rechtliche und menschliche Verpflichtung, die Tatsachen anzuerkennen, sie beim Namen zu nennen, sich auf die Seite der Opfer zu stellen und ein Ende der Zerstörung und Ausrottung zu fordern, während sie stattfinden.

Die in diesem Bericht vorgelegte Untersuchung lässt keinen Zweifel: Seit Oktober 2023 ist das israelische Regime für den Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen verantwortlich. Die Tötung von Zehntausenden Menschen, die körperliche oder seelische Schädigung von Hunderttausenden weiteren, die Zerstörung von Häusern und ziviler Infrastruktur in großem Umfang, Hunger, Vertreibung und die Verweigerung humanitärer Hilfe – all dies wird systematisch begangen, als Teil eines koordinierten Angriffs, der darauf abzielt, alle Facetten des Lebens im Gazastreifen zu vernichten. Darüber hinaus zeigen die Entscheidung Israels, diesen Angriff trotz unzähliger Warnungen und eindeutiger Beweise für seine tödlichen Folgen fortzusetzen, sowie die wiederholten öffentlichen Erklärungen israelischer Politiker, dass die gesamte Bevölkerung Gazas das Ziel sei, die Absicht der politischen und militärischen Führung Israels, das Leben der Palästinenser im Gazastreifen irreversibel zu zerstören.

Während im Gazastreifen ein Völkermord stattfindet, führt das israelische Regime einen Angriff auf die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland und eine Politik der eklatanten Menschenrechtsverletzungen gegen palästinensische Bürger Israels. Die Form und das Ausmaß dieser Maßnahmen mögen in den verschiedenen Gebieten unter israelischer Kontrolle variieren, aber sie beruhen alle auf derselben Logik: der Verleugnung der Menschlichkeit der Palästinenser. In einem Prozess, der mit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 begann und nach dem verbrecherischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 beschleunigt wurde, werden das Leben und die Würde der Palästinenser von den meisten jüdischen Israelis als entbehrlich angesehen und Gewalt gegen sie als normal angesehen.

Die routinemäßigen Morde und Zerstörungen im Gazastreifen und die Vertreibung von Zehntausenden Menschen im Westjordanland wären ohne die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft angesichts des unvorstellbaren Ausmaßes und der Schwere dieser Verbrechen nicht möglich gewesen. Die meisten dieser Verbrechen wurden während des fast zweijährigen Krieges ausführlich dokumentiert und veröffentlicht. Dennoch haben viele Staats- und Regierungschefs, insbesondere in Europa und den Vereinigten Staaten, nicht nur keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um den Völkermord zu stoppen, sondern ihn sogar ermöglicht – durch Erklärungen, in denen sie das „Recht auf Selbstverteidigung“ Israels bekräftigten, oder durch aktive Unterstützung, einschließlich der Lieferung von Waffen und Munition. Selbst nachdem der Internationale Gerichtshof entschieden hat, dass ein plausibler Verdacht besteht, dass Israels Handlungen Völkermord darstellen, und selbst nachdem der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen Premierminister Netanjahu und den damaligen Verteidigungsminister Gallant wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlassen hat, hat die internationale Gemeinschaft es versäumt, diese Handlungen unverzüglich zu stoppen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Völkermordcharakter der israelischen Aktionen im Gazastreifen und das Versagen der internationalen Gemeinschaft, diese zu verhindern, werden nicht nur Auswirkungen auf das künftige Verhalten Israels gegenüber dem palästinensischen Volk haben. Sie dürften auch die Verhaltensnormen in den internationalen Beziehungen und den Schutz der Menschenrechte weltweit neu gestalten. Die Missachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts und die offensichtliche Missachtung der moralischen Normen, die die Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt haben, könnten dazu führen, dass der Einsatz willkürlicher tödlicher Gewalt und die gezielte Bekämpfung von Zivilisten zum Ausgangspunkt für künftige gewaltsame Konflikte werden.

Angesichts der immensen Zerstörung und des moralischen Zerfalls ist es nicht nur notwendig, die Verbrechen anzuerkennen, sondern auch zu handeln und Verantwortung zu übernehmen – sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene. Wir sind uns bewusst, dass der Wiederaufbau nach einer solchen Verwüstung eine lange und mühsame Aufgabe sein wird, die eine grundlegende Veränderung der Grundlagen des israelischen Regimes erfordert.

Dieser Wandel ist auch deshalb unerlässlich, weil das israelische Regime, das alle moralischen Werte und Verpflichtungen seiner Bedeutung beraubt hat, eine Gefahr für alle Menschen unter seiner Herrschaft darstellt. Daher muss alles getan werden, um zu verhindern, dass es weitere Opfer fordert.

In unmittelbarer Folge erfordern die Erkenntnis, dass das israelische Regime in den Gazastreifen Völkermord begeht, und die tiefe Besorgnis, dass sich dieser auf andere Gebiete ausweiten könnte, in denen Palästinenser unter israelischer Herrschaft leben, dringende und unmissverständliche Maßnahmen sowohl seitens der israelischen Gesellschaft als auch der internationalen Gemeinschaft.

Es ist Zeit zu handeln. Es ist Zeit, diejenigen zu retten, die noch nicht für immer verloren sind, und alle Mittel des Völkerrechts einzusetzen, um Israels Völkermord an den Palästinensern zu stoppen.